

L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde

**Anstößiges rund um Werte,
Gemeindeentwicklung
und die (künftige) Rolle
der Erwachsenenbildung**



Fachtagung

**10. / 11. Januar 2007
Katholisch-Soziales Institut (KSI)
Bad Honnef**

DOKUMENTATION



GEFÖRDERT VOM:



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

INHALT

Von der Aktion zur Vision: Die Wiederentdeckung der Werte Ein Rückblick auf die Tagung „L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde“ <i>Reinhard Hohmann</i>	3
„ich bin wertvoll“ - Gedanken zu einem künstlerischen Eröffnungsimpuls <i>Hermann J Kassel</i>	10
INTRO: Meditation zu Paul Klee „Rote Brücke“	12
Was etwas wert ist: Begriffsbestimmung und Orientierungsfragen <i>Martin Thomé</i>	14
Gemeinde als Lebenswelt: Was macht Gemeinde „l(i)ebens-wert“? <i>Friedrich Springorum</i>	28
L(i)ebens-wert: Bürgerkommune als Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung der lokalen Gesellschaft <i>Paul-Stefan Roß</i>	38
L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde: Werte und Entwicklung der kirchlichen Gemeinden <i>Anna Hennersperger</i>	59
Überlegungen zu einer werteorientierten Erwachsenenbildung <i>Ingeborg Schüssler</i>	69
Wertschätzende Erkundung. Ein ressourcenorientierter Blick auf l(i)ebens-werte Gemeinden: Ansatz und Prozessdokumentation <i>Hubert Klingenberg und Florian M. Wenzel</i>	80
Erwachsenenbildung als Hefe für nachhaltige Entwicklung (in) der Gemeinde Im Dialog: Ralph Bergold und Reinhard Hohmann <i>Bericht: Reinhard Hohmann</i>	99

Aus der Einladung zur KBE-Fachtagung:

„ **Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen** – mit diesen Worten zitiert Bundespräsident Horst Köhler den Schriftsteller Max Frisch und verweist in seinem jüngsten Aufruf zu Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement auf deren große Bedeutung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In einer Zeit gesellschaftlichen Wandels, der viele Gewissheiten infrage und vor immer neue Herausforderungen stellt, verlangt ein bewusstes sich Einmischen eine Besinnung auf Werte. Eigene Wertvorstellungen geben Orientierung, motivieren und spenden auch in Durststrecken die notwendige Kraft. Sie haben so eine grundlegende Bedeutung für die Entwicklung von Zukunft; dies gilt auch und gerade dort, wo wir als verantwortungsbewusste AkteurInnen gefragt sind: in den kirchlichen und politischen Gemeinden.“

Wie kann Erwachsenenbildung sich hier einbringen, was kann sie beitragen – wo ist sie gefragt? – mit der Dokumentation dankt die KBE allen Mitwirkenden für ihre Beiträge: den ReferentInnen und Tagungsteilnehmenden, dem BMBF für seine finanzielle Förderung, unseren Kooperationspartnern Katholisch-Soziales Institut (KSI) und Bayerische Verwaltungsschule (BVS) sowie dem W. Bertelsmann-Verlag! Wir freuen uns auf die Fortsetzung und Ausweitung des in der Fachtagung begonnenen Austausches; unser Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde. Ansätze einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bietet hierfür eine Vielzahl von Ansatzpunkten!

Kontakt: annette.moerchen@t-online.de (Projektleitung)

Bonn, im März 2007

Von der Aktion zur Vision: Die Wiederentdeckung der Werte

Ein Rückblick auf die KBE-Tagung „L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde“ am 10./11. Januar 2007 im KSI in Bad Honnef ¹

Reinhard Hohmann

Was macht die Gemeinde der Zukunft zukunftsfähig und – vor allem – l(i)ebenswert? – In einem waren sich ReferentInnen und Mitwirkende der Fachtagung von Anfang an einig: Die Entwicklung vitaler Gemeinden ist nicht in erster Linie ein organisatorisch-technisches Problem. Ob eine Unternehmensberatung die kommunalen Dienstleistungen restrukturiert oder aus zehn Kirchengemeinden eine einzige wird – das mag notwendig sein und trifft doch nicht den Kern des Problems.

Rollt man die KBE-Tagung vom zweiten Arbeitstag her auf, so drängen Erzählrunden ins Gedächtnis, die sich durchweg auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen: Der Ausfall hergebrachter gemeindlicher Ordnungsmuster muss - anders als befürchtet - nicht automatisch ins Desaster führen; es gibt im Gegenteil Beispiele, wo er sich nachträglich gar als ein Segen erweist: Ein Pfarrer (oder der Leiter eines städtischen Jugendzentrums) wird versetzt, und der Nachfolger bleibt aus. Die Gemeinde sieht sich dadurch nach einer ersten Trauerphase aber nicht in Ohnmacht versetzt, sondern mobilisiert ungeahnte Kräfte. Aus der Verwaltung des Mangels wird eine Welle von Eigeninitiative, die viele ehemals passive Gemeindemitglieder (oder BesucherInnen des Jugendzentrums) in Bewegung bringt. Und diejenigen, die sich engagieren, erleben: „Ich bin wertvoll. Auf mich wird gehört. Mein Rat und mein Tun werden gebraucht.“



¹ Alle Beiträge, die R. Hohmann (KBE) hier in seinem Rückblick auf die Fachtagung „L(i)ebenswert! Lernort Gemeinde. Anstößiges rund um Werte, Gemeindeentwicklung und die (künftige) Rolle der Erwachsenenbildung“ anspricht, können in der vorliegenden Gesamtdokumentation nachgelesen werden. Die Mehrzahl der ReferentInnen hat ihre Ausführungen in der schriftlichen Fassung noch einmal inhaltlich ergänzt.

Angeregt wurden die Geschichten, die hier die Runde machten, von einer durch Hubert Klingenberg und Florian M. Wenzel (beide München) begleitete „wertschätzende Erkundung“, deren Ziel es war, den Blick von den üblichen Krisenszenarien weg auf die innovativen Ressourcen der Betroffenen, von den Problemen weg auf die Lösungen, von einer kritikorientierten weg auf die wertschätzende Perspektive zu lenken. „Appreciative Inquiry“ (AI), so der amerikanische Terminus, lehnt sich an Intentionen und Abfolgen der Zukunftswerkstatt an, stellt aber in dem Vierschritt „Entdecken – Erträumen – Entwickeln – Erfüllen“ die Vision in den Vordergrund.

Man kann dem Verfahren deshalb eine „positive Manipulierung“ vorhalten. Im Zusammenhang der Honnefer Tagung war aber allenfalls zu bedauern, dass nur ein kleiner Ausschnitt des an sich komplexen Vorgehens tatsächlich praktiziert werden konnte und die Teilnehmenden, wenn sie nicht gerade Didaktiker im Hauptberuf sind, kaum Gelegenheit haben werden, das Ganze einmal in der Praxis zu erproben. (Es sei denn, das hinter der Tagung stehende KBE-Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde“² selbst schafft dazu einmal die Gelegenheit.) Der zentrale Impuls, bei der Gemeindeentwicklung weniger auf die Defizite und mehr auf die Chancen zu schauen, hat sich jedenfalls eindrucksvoll bestätigt.



Erst von hier aus erschlossen sich die fünf Vorträge des Vortages, die von Martin Thomé (Bonn) moderiert wurden und allesamt danach fragten, welche Gemeinde der Zukunft wir uns eigentlich erträumen. Dabei war an politische ebenso wie an kirchli-

² Das KBE-Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde. Ansätze einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat eine Laufzeit von drei Jahren (2006 – 2008). Es wird wie die Fachtagung, zu der es einlädt, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Vgl. www.lernortgemeinde.de !

che Gemeinden gedacht, also an lebensweltliche Nahräume, in denen Menschen sich ohnehin bewegen, die zu gestalten sie aber erst lernen müssen.

Den am ehesten idealistischen Ansatz wählte Anna Hennersperger (Freising). Sie setzte der aktuellen Auszehrung der Pfarrei eine von der Theologie der Befreiung inspirierte, gesellschaftskritische Gemeinde der Zukunft entgegen, die sich dem „Ranking der Leistungsfähigkeit“ widersetzt, sich stark macht für die Schwachen und den „innerlich unbehausten modernen Menschen ein Dach über der Seele“ bietet. Sie wird synodal geprägt sein und ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Verflochtenheit in der Einen Welt besitzen. Der Blick einer solchen, in sich schon politisch denkenden Gemeinde richtet sich wie von selbst in die armen Regionen der Welt. Eine lebenswerte Kirchengemeinde, so Hennersperger, könne es nur in einer für alle Menschen lebenswerten Welt geben.



Friedrich Springorum (Düsseldorf) hatte die Kommune der Zukunft im Blick und setzte deutlich andere Akzente, wenn er auch ähnlich wie Hennersperger davon ausging, dass bürgerschaftliches Engagement sich erst mühsam gegen eine scheinbar mächtigere Obrigkeit und gegen latente Zweifel an der eigenen Kompetenz durchsetzen müsse. Dem für- und vorsorgenden Sozialstaat sei es stets ein Dorn im Auge. Springorums Credo: Der Staat sollte sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen und Spielregeln beschränken und im Übrigen den Individuen ermöglichen, sich selbst zu entwickeln und sich dann auch selbst zu helfen. Man könnte diese Überzeugung

„neo-liberal“ nennen, wäre der Begriff nicht in der aktuellen politischen Diskussion negativ (und zudem unzutreffend) besetzt. Springorum sieht sich in der Tradition der neoliberalen Nationalökonomie der 1930er Jahre und der von Ludwig Erhard und Erwin Müller-Armack geprägten sozialen Marktwirtschaft mit einem humanistischen Menschenbild, in dem Freiheit und Verantwortlichkeit an oberster Stelle stehen. Auch seine Gemeinde der Zukunft ist deshalb in erster Linie durch starke Individuen geprägt. Und durch Ästhetik: Bürgersinn könne nur da reifen, wo das Stadtbild nach erkennbar ästhetischen Kriterien gestaltet sei und sich das Lebensgefühl der Menschen widerspiegele.

Eine prekäre Erscheinung zunehmenden bürgerschaftlichen Engagements wurde von Paul-Stefan Roß (Stuttgart) ebenso wie von Ingeborg Schüßler (Kaiserslautern und Bonn) deutlich gemacht: Bürgerbeteiligung ist eine Domäne der Mittelschicht. Wer ohnehin beteiligungsgewohnt ist, nutzt das neu gewonnene Gestaltungspotential überdurchschnittlich – mit dem Effekt der Exklusionsverstärkung für diejenigen, die schon bislang eher am Rande standen. Roß forderte deshalb ein Partizipationsmanagement in den Kommunen mit dem Ziel, neue Zielgruppen zu gewinnen und dafür passende Formen zu entwickeln.



Roß begründete sein Konzept der „Bürgerkommune“ ebenfalls mit der Überzeugung, Staat und Markt seien mit dem gesellschaftlichen Wandel, insbesondere mit der demografischen Entwicklung dauerhaft überfordert, allerdings der Einzelne auf dem Wege der Selbsthilfe ebenso. Das bürgerschaftliche Engagement werde deshalb integraler Bestandteil zukünftiger Gesellschaft werden, ohne dabei den Charakter der Freiwilligkeit zu verlieren. Daraus ergibt sich die zentrale Herausforderung für Staat, Wirtschaft, Verbände und bürgerschaftlich Engagierte, neue Formen der lösungsorientierten Zusammenarbeit zu entwickeln. Wie schwierig das ist, lässt sich leicht erahnen, wenn man sich anschaut, bis zu welchem Grade Bürgerbeteiligung heute politisch gewünscht ist, wie schnell sie aber als „störende Einmischung“ gebrandmarkt

werden kann. Und auch wertfrei ist bürgerschaftliches Engagement nicht, sondern schreit förmlich nach einer Wertedebatte. Man kann sich nämlich nach den gleichen formalen Regeln für „ausländerfreie Zonen“ und gegen ein Behindertenwohnheim in der Nachbarschaft engagieren wie für einen Abenteuerspielplatz und ein Mehrgenerationenhaus. Aber was ist tolerabel und warum? Was ist uns etwas wert?

Das Problem wurde unter erwachsenenpädagogischen Gesichtspunkten von Ingeborg Schüßler als kritische Anfrage an das zentrale Paradigma der Selbstorganisation im bürgerschaftlichen Engagement formuliert. Sie sei gerade bei den habituell Benachteiligten am geringsten ausgeprägt und werde in traditionellen Lernumgebungen zu wenig geübt, um daraus Kompetenzen für das Engagement im Stadtteil, in der Pfarrei oder in Initiativen zu ziehen.



Auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeit kommt das lebenslange Lernen häufig nicht an sein Ziel. Bekannt ist das Dilemma der Umweltbildung, dass viel Wissen keineswegs automatisch zu einem veränderten Handeln führt. Mehr noch: Zwischen Umweltwissen und –verhalten lassen sich keine Zusammenhänge finden, solange dieses Wissen nicht an Wertvorstellungen andocken kann, die ihrerseits wieder an Emotionen, tiefgreifende persönliche Erfahrungen oder Schlüsselerlebnisse gebun-

den sind. Irritationen (wie etwa die aktuellen Meldungen über einen dramatisch beschleunigten Klimawandel) können durchaus wirksame Lernanlässe sein. Sie fordern dazu auf, den eigenen „Wertehimmel“ neu zu sortieren. Aber Irritationen sind nicht *per se* lernförderlich. Wenn das neue Wissen nicht an bisherige Sinnressourcen geknüpft werden kann, wenn die zukünftige Entwicklung nicht als gestaltbar erscheint, so drohen eher Verdrängung und Abgrenzung als ein produktives Lernen.

So gelangt man – in der aufrollenden Betrachtung der Tagung – leicht an den Anfang zurück. Die zentrale Botschaft des eröffnenden Vortrags von Martin Thomé war, dass jede Werte-Orientierung prinzipiell vorläufig und spannungsgeladen ist. Systematisch gesehen sind Werte zwischen der fundamentalen Sinnerfahrung als Basis und den Normen und Regeln als Konkretisierung angesiedelt. Während ein wie auch immer gearteter „Sinn“ mich im konkreten Fall zu nichts verpflichten muss und das Befolgen einer Norm oder eines Regelwerks zwar Klarheit gewährt, aber keine echte Verantwortung einfordert, ist die Entscheidung für einen Wert *per se* unsicher und risikobehaftet, aber eben deshalb auch „sittlich“ in einem engeren Sinne. Sie fängt da an, wo Menschen sich nicht mehr nur an ihren Bedürfnissen, Wünschen und absehbaren Vorteilen orientieren.

Woran dann? – An Werten, von denen sie ergriffen sind und derer sie doch nie ganz sicher sein können. Werthaltungen entwickeln sich in einem ständigen Dialog mit anderen, die ebenfalls danach fragen, wofür es sich zu leben lohnt. So schließt sich der Kreis. Denn die Gemeinde der Zukunft ist der genuine Ort für die Frage danach, „was mir, was uns etwas wert ist“.

Ein schönes Leitmotiv hatte Hermann J Kassel, der den Runden Tisch des KBE-Projekts als bildender Künstler begleitet, der Tagung mit auf den Weg gegeben: Jeder Teilnehmer erhielt den Stempel „Ich bin wertvoll“, war davon zu Beginn vielleicht ein wenig irritiert und wurde auf die Dialektik zwischen der eigenen Wertschätzung und dem wertorientierten Handeln verwiesen:

„Erst der Mut, mich selbst als wertvoll zu erklären, ... lässt mich wirklich wertschätzend meinem Gegenüber und meiner Umwelt begegnen.“

Reinhard Hohmann (Bonn) und Ralph Bergold (Bad Honnef) haben in einer ad-hoc-Zusammenfassung der Tagung darauf verwiesen, dass das dahinter stehende KBE-Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde“ auf die besten Traditionen der von N.F.S. Grundtvig herrührenden persönlichkeitsorientierten Erwachsenenbildung zurückgeht. Es ist ein Bildungsprojekt im traditionellen Sinne, das auf Dialog, Aufklärung, Praxisnähe, die Spontaneität des Lernens und – nicht zuletzt – auf flache Hierarchien baut. Lernende werden hier, wenn es gut geht, zu Veranstaltern ihres eigenen Lernens. Damit sie dann zu Gestaltern ihrer eigenen Gemeinde werden können.

Die Richtung dahin hatte Annette Mörchen (Bonn), die Leiterin von Projekt und Tagung, schon ganz zu Anfang mit einer meditativen Betrachtung zur „Roten Brücke“ von Paul Klee (1928) gewiesen: Wo fühle ich mich in meiner Gemeinde heimisch? Was macht ihr gerade zu schaffen? In welchem Licht erscheint sie? Wo erlebe ich Brückenschläge in ihr und zu wem sind die Brücken abgebrochen? Welche Aussichten bietet sie?

Eine rundum anregende Fachtagung, die vom W. Bertelsmann Verlag (Bielefeld) mit einem reichen Büchertisch unterfüttert wurde.

Kontakt: reinhard-hohmann@t-online.de



- ein künstlerischer Eröffnungsimpuls -

von
Hermann J Kassel

Die KBE-Fachtagung „L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde“ am 10./11.01.2007 im KSI in Bad Honnef verspricht in ihrem Untertitel „Anstößiges rund um Werte...“. Hier wie auch am Runden Tisch, der das gleichnamige KBE-Projekt mit vorbereitet hat und nun als „Think tank“ mit eigenen Impulsen zu unterstützen beauftragt ist, ist die Auseinandersetzung mit Werten ein zentrales Thema - von Dr. Martin Thomé pointiert gefragt: „WAS ist mir etwas wert und WAS ist es mir wert?“

Als bildender Künstler eingeladen, dieses Projekt - hier und da vielleicht intervenierend - zu begleiten, ist die Auseinandersetzung mit Werten, Respekt, Achtung und wo bzw. womit all dies beginnt, immer wieder ein ebenso zentrales Thema meiner Arbeit. Also, wo bzw. womit beginnt Wertschätzung?

Meiner Ansicht nach kann, ja muss meine Wertschätzung bei mir und mir selbst gegenüber beginnen. Dies versteht sich nicht in einer egozentrischen oder narzisstischen Sichtweise. Nehme ich mich in diesem, „richtig“ verstandenen Sinn als wertvoll an und wahr, ist dies vielmehr *die* Grundvoraussetzung dafür, auch nach außen hin wirklich wertschätzend empfinden und wertschöpferisch tätig sein zu können.

Als „gute Menschen“, nicht zuletzt durch unsere Sozialisation bedingt, bedenken wir mit dem Prädikat „wertvoll“ nur allzu gern unser Gegenüber und sagen „*du* bist wertvoll“. Sicherlich ist dies wohlgemeint, gut und richtig, zeigt aber eben auch sofort von mir weg auf mein Gegenüber, verpflichtet dieses somit quasi dazu, sich nun bitte auch eben so zu verhalten.

„Wage“ ich es aber zu sagen „*ich* bin wertvoll“, bringt und behält dies mich selbst in der Verantwortung für mein Handeln und Sein. So ich mich als wertvoll erkenne und erkläre, komme ich nicht mehr umhin, eben diese meine Verantwortung und Chance für wertschätzendes und wertschöpfendes Verhalten wahrzunehmen.

Erst der Mut, mich selbst als wertvoll zu erklären, mich dankbar als Geschenk zu begreifen, lässt mich wirklich wertschätzend meinem Gegenüber und meiner Umwelt begegnen. – Wertschätzung beginnt in mir, mir selbst gegenüber und geht von hier aus nach außen.

Dies ist der Grundgedanke und Ausgangspunkt für die Stempel-Aktion und -Edition „ich bin wertvoll ©“.

Gleich zu Beginn allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen auf und in die Hand gedrückt, will dieser Stempel das Bewusstsein hierfür wecken bzw. wach halten und als vielschichtiger „opener“ für die Fachtagung dienen.



Bitte stempeln Sie.

Dies erst macht den Stempel und seine Aussage nachhaltig wirkungsvoll.

Mit dem Aushändigen des Stempels und eines dazugehörigen Zertifikats sind der Wunsch und die Bitte an die Mitwirkenden der Fachtagung verbunden, diesen auch zu nutzen.

Holen Sie den Stempel immer wieder einmal hervor und stempeln Sie – sei es eine Mitteilung, eine Notiz, ein Couvert – versuchen Sie es!

Es ist erstaunlich, wie sich hierdurch „das so Gestempelte“ in unserer Wahrnehmung und Wertschätzung verändern kann ...



atelier@hermannkassel.de

www.hermannkassel.de

INTRO

Meditation zu Paul Klee, „Rote Brücke“



Paul Klee: Rote Brücke 1928. 58 (0 8) Aquarell auf Ölfarbegrundierung auf Papier, mit Gouache und Feder eingefasst, auf Karton, 21,1 x 32,8 cm. Staatsgalerie Stuttgart. © VG Bild-Kunst, Bonn 2007

Zum Einstieg in die Tagungsthematik „Lernort Gemeinde“ laden wir Sie ein, die Darstellung „Rote Brücke“ von Paul Klee (1928) auf sich wirken zu lassen. Sie finden im Folgenden fünf kleine Impulse, die Sie dabei ein wenig unterstützen sollen. Unter diesen haben wir jeweils etwas Raum gelassen für Ihre Assoziationen. (Die Notizen sind nur für Sie bestimmt!)

- **Bildelement Haus**
Wo fühle ich mich in meiner Gemeinde (Kommune/ Stadtteil oder Kirchengemeinde) heimisch? Welche festen Bezugsorte bietet sie mir?

- **Bildelement Schlot**
Woran arbeitet gerade meine Gemeinde? Was macht ihr zu schaffen?

- **Bildelement Sonne**
In welchem Licht erscheint meine Gemeinde? Was lässt sie strahlen?

- **Bildelement Brücke**
Wo erlebe ich in meiner Gemeinde Brückenschläge?
Zu welchen Personen(gruppen) sind die Brücken abgebrochen?

- **Bildelement Turm**
Welche Aussichten bietet meine Gemeinde? Personell? ... ihre Infrastruktur betreffend?

Was etwas wert ist.

Begriffsbestimmungen und Orientierungsfragen ³

Martin Thomé



Meine Damen und Herren,

ich bin Theologe und Philosoph, nach 12 Jahren als Referent an der Thomas-Morus-Akademie Bensberg bin ich seit zwei Jahren in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft für 32 Forschungsinstitute aus Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zuständig. Von diesem seit Juni 2006 in das Bundesministerium für Bildung und Forschung

(BMBF) abgestellt, koordiniere ich dort Konzept und Inhalte des „Jahr der Geisteswissenschaften 2007“, das vor anderthalb Wochen begonnen hat. Und außerdem bin ich verheiratet und habe vier Kinder. – Soviel zur notwendigen Selbstvorstellung.

Ich habe nun 20 Minuten Zeit, Sie mit Werten zu „beschießen“ und in einem Parforce-Ritt mit Ihnen einige Begriffe rund um Werte und Orientierung zu klären, die heutzutage schwer im Schwange sind und oft ebenso schwer missverstanden werden, die wir aber klären sollten, wenn wir uns hier zwei Tage über Gemeinde als I(i)ebenswerten Lernort unterhalten wollen. Ich habe lange nachgedacht, ob ich meinen Impuls mit einem Rasonnement über den vielfältigen Unfug, der im Namen der Werte gegenwärtig mit eben diesem Begriff angestellt wird, beginnen soll, werde dies aber sein lassen und Ihnen statt dessen zwei Begriffs-Triaden vorstellen, von denen aus sich ein Konzept von Werte-Orientierung erschließen kann, das ich aus meiner Sicht nicht nur für Gemeinde, aber eben auch für diese favorisiere. Fangen wir also an:

1. Moral – Ethos – Ethik

- **Moral**

– abgeleitet vom lateinischen mos, moris: Sitte, Brauch, Gewohnheit, Ordnung – bezeichnet den inhaltlichen Grundbestand an Regeln und Normen, dem sich Menschen verpflichtet fühlen und an den sie sich in ihrem täglichen Leben halten.

³ Erweiterte Fassung des Einführungsbeitrags zur Fachtagung.

Moral ist der Name für ein Regelwerk sittlicher Forderungen, Vorschriften und Normen.

- **Ethos**

– von griechisch: Heimat, Aufenthalt, Sitte, Gewohnheit – wird vielfach gleichbedeutend mit Moral gebraucht. Das ist allerdings nur begrenzt richtig: Denn die Griechen verstanden darunter vor allem das, was man als „gemeinsam gelebte gute Gewohnheit“ bezeichnen könnte und was vielleicht am besten durch unseren deutschen Begriff der Tugenden gefasst werden kann: Kein festes Regelwerk, keinen Katalog von Handlungsvorschriften und Gut-Böse-Definitionen, sondern die Summe an Haltungen, an habitus, an nachgerade selbstverständlichen „Umgangsformen“.

- **Ethik**

– aus dem gleichen Begriffsfeld wie Ethos stammend – bedeutet primär das Nachdenken über menschliche Lebensgestaltung, die systematische Reflexion der Moral und des sittlichen Verhaltens insgesamt. Ethik ist demnach die „Theorieebene“ der Moral und das, was als Begründungsbasis für moralische Normen und sittliche Grundhaltungen dient. Ethik ist eine philosophische und auch theologische wissenschaftliche Disziplin und damit eigentlich der am wenigsten geeignete Begriff, das zu bezeichnen, wofür er zumeist verwendet wird: nämlich die Zusammenstellung von verbindlichen Normen für das Verhalten in konkreten Lebenskontexten.

Betrachtet man diese begriffliche Unterscheidung, dann wird deutlich, was für ein Humbug es ist, wenn z.B. Banken von „ethischem Investment“ sprechen: Wenn sie das ihnen anvertraute Geld noch in die Förderung von Lehrstühlen für Philosophische oder Theologische Ethik stecken würden, gut – dann bliebe zwar immer noch die Frage, ob man grammatikalisch nicht eher von einem „Investment in Ethik“ sprechen müsste, aber wenigstens wäre dann das Wort „Ethik“ korrekt und sinnvoll gebraucht. Was gemeint ist, das ist aber vielmehr die Investition in Waren und Dienstleistungen, die weder durch Kinderarbeit noch mittels Umweltsünden zustandekommen und insofern nach den Kriterien einer europäischen Sittlichkeit moralisch einwandfrei sind (inwiefern Zinsnehmen nach eben dieser europäischen Sittlichkeitstradition überhaupt moralisch vertretbar ist, sei einmal dahingestellt – bis ins hohe Mittelalter hinein jedenfalls galt es als unchristlich und verwerflich!). Es geht also um eine Investition, die man „guten Gewissens“ tätigen kann und mit der man sich moralisch konventionsgerecht verhält. Mitnichten aber hat sie mit Ethik etwas, auch nur das geringste zu tun – allein das Wort „Ethik“ klingt weitaus erhabener und wertvoller

und jedenfalls längst nicht so verzichtssauer und obrigkeitshörig wie „Moral“, weswegen man es flugs benutzt und sich nichts Arges dabei denkt.

Gerade dieses „sich nichts dabei Denken“ aber ist es, was in der Frage nach Ethik und Werten die meisten Probleme verursacht: Es leistet der Trendwerdung der Ethik den allerbesten Vorschub und verwässert ihren Ernst und den Ernst der moralischen Konsequenzen aus Ethik bis hin zur Beliebigkeit, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann Boris Becker aus seiner „Philosophie“ des Nutella Genusses eine „Ethik“ des Nutella-Genusses machen wird. Wenn die Unterscheide zwischen Ethik, Ethos und Moral verwischt werden, wenn sie nicht mehr differenziert werden, dann werden sehr schnell individuelle Meinungen und Vorlieben zu ethischen Maximen hochstilisiert, dann werden ebenso schnell Moralcodices zusammengestellt und ohne konsequente Begründung für verbindlich erklärt, dann werden schließlich auch alle redlichen Bemühungen um die Etablierung von Werten und Werte-Orientierungen entweder als Moralismus diskreditiert oder aber als abstraktes Theoretisieren abqualifiziert.

Und damit stellt sich zugleich die nächste Frage: Womit hat man es eigentlich zu tun, wenn man nach Werten und Werte-Orientierungen fragt: mit Moral, mit Ethos, mit Ethik? In welchem der drei Bereiche bewegen wir uns nun, wenn wir von Werten und Werte-Orientierung sprechen? Um dies zu klären, ist eine weitere Begriffsunterscheidung notwendig, die zugleich in den Kern des Themas Werte-Orientierung hineinführt, indem sie die handlungsrelevanten Dimensionen ethischer Entscheidungen erschließt: die Unterscheidung zwischen Sinn, Wert und Norm.

2. Sinn – Wert – Norm

Wofür will man eigentlich Werte haben? Als Ziel – oder als Grundlage von Handeln, von Gesellschaft, von Personalität? Oft scheint es, dass beim Rufen nach und beim lautstarken Einfordern von Werten diese gleichsam das Ziel einer moralischen Wende im Bewusstsein der Menschen darstellen: Wenn erst einmal wieder Werte da sind und allgemein anerkannt sind, ist alles wieder gut und die Menschen leben wieder friedlich, solidarisch usw. miteinander – Werteformulierung und Werteorientierung als Rezept gegen gesellschaftliche Zerfallserscheinungen und Diffusionsprozesse, als der Kitt, der eine Gesellschaft irgendwie zusammenhält. Werden allerdings Werte nur als Ziel einer moralischen Entscheidung verstanden, dann werden sie zu reinen Gegenständen der Moral gemacht: Sie werden zum Objekt bloßer Vorschriftenkataloge, mit denen sie ins allgemeine Bewusstsein geprägt werden sollen, und so zu Garantien stabiler Verhältnisse gemacht. Die fatale Assoziation zu Moral als Stabilisator

überkommener Herrschaftsordnungen, durch die jede so geführte Werte-Debatte sofort diskreditiert wird, liegt nicht eben fern – denn ein solches Verständnis von Werten braucht auch keine besondere Begründung außer der Macht zu seiner allgemeinen Durchsetzung.

Anders dagegen, wenn man Werte nicht als Ziel bestimmter moralgenerierender Handlungen betrachtet, sondern als Grundlage jedes menschlichen Handelns ansieht, aus der heraus sich jedes Tun bestimmt und qualifiziert. Dann gehen Werte nicht in moralischen Vorschriften auf, dann sind sie vielmehr Sache der tatsächlichen Entscheidung des Einzelnen wie der Gruppe in der ethischen Abwägung von „Gut und Böse“, von „Richtig und Falsch“. Dann sind Werte in erster Linie Orientierungsmarken für das reflektierte und selbstbewusste Entscheiden, das sich der jeweiligen Herausforderung der Situation ohne das Netz und den doppelten Boden der vermeintlich sicheren Norm stellt – natürlich immer auch mit dem Risiko des Scheiterns, des Fehlgehens, des Fehlentscheidens. Werte als Grundlage des Handelns fallen aber ebenfalls nicht vom Himmel, sie sind nicht einfach so da, sondern bedürfen einer Fundierung in einer grundsätzlicheren Struktur, einer anderen Ebene, die sie nicht selbst darstellen. Denn sie sind immer auf ein ihnen vorausliegendes „Warum“ und „Woher“ bezogen, sie haben als risikobehaftete Handlungs- und Entscheidungsgrundlage einen Hintergrund, der ihnen ihre eigene (und nicht nur aus auf Machtbasis geschaffenen moralischen Fakten stammende) Plausibilität und Dignität verleiht. Werte in der hier gemeinten Form beruhen auf Sinn: Auf einer Dimension, die ihnen vorausliegt und die selbst nicht einer Handlungsentscheidung unterliegt. Daraus ergibt sich folgende Differenzierung:

- **Sinn**

– von althdt. *sinan*: reisen, auf dem Wege sein – ist eine Dimension der Wirklichkeit insgesamt. Sinn kann nicht „gemacht“ werden (auch wenn für viele gerne dies und jenes „Sinn macht“), sondern nur erfahren; Sinn erschließt sich aus dem Vollzug des Daseins, der Existenz selbst und aus der Reflexion auf die Zusammenhänge, aus denen heraus sich dieser Vollzug bestimmt und gestaltet und in denen er sich ereignet.

- **Werte**

– von althdt. *werd*: Kaufpreis, Kostbarkeit, Herrlichkeit, Ansehen, Geltung – sind diejenigen Prinzipien und Orientierungsmarken, die für die sinnvolle Gestaltung eines Lebens relevant und dauerhaft verbindlich sind. Werte benötigen eine Rückbindung an eine grundsätzliche Dimension, sie können nicht aus den Phänomenen der Welt selbst gewonnen werden, sondern sind weitgehend reaktive Entwürfe von Maximen und Prinzipien im Rückgriff auf bestimmte Sinnvorstellungen.

gen bzw. -deutungen. (Einen „Wert an sich, ohne Sinn“ kenne ich nicht; jeder Wert ist vermittelt durch eine Sinndimension, die ihm vorausliegt). Werte sind damit nicht das Gleiche wie Sinn, ja sie können Sinn auch nicht stiften, sondern sind von der Sinndimension des Daseins abhängig und werden von ihr geprägt. Eine schnelle Vermutung, dass eine Wertediskussion einer Person oder Gruppe oder Gesellschaft ihre (verlorene) Sinnorientierung wieder zurückgibt, setzt am falschen Ende an: Zuerst muss die Sinndimension erschlossen werden, dann kann man über die daraus resultierenden Werte sprechen.

- **Normen**

– von lat. norma: Richtschnur – sind die Umsetzungsregeln für Werthaltungen und –entscheidungen, die sich eine Person bzw. Gruppe selbst für ihr tägliches Handeln gibt. Jede Norm soll bestimmte Werte in einer verbindlichen Form artikulieren, sie dient dazu, bestimmte Werte in die Praxis umzusetzen. Kurz: Zu jeder Norm gehören Werte; Normen sind letztlich nichts anderes als die Ausformulierung der Konsequenzen aus Werten auf ganz bestimmte Handlungssituationen hin. Normen können keine Werte stiften noch sie vermitteln, sie sind im Gegenteil vollständig von den Werten (und damit auch den Wertentscheidungen) abhängig, die in ihnen ausgedrückt werden.

Damit können wir nun etwas klarer verorten, wo wir uns mit der Frage nach Werte-Orientierung befinden. Denn Sinn, Werte und Normen können (cum grano salis) mit Ethik, Ethos und Moral parallelisiert werden:

Sinn – Ethik

Werte – Ethos

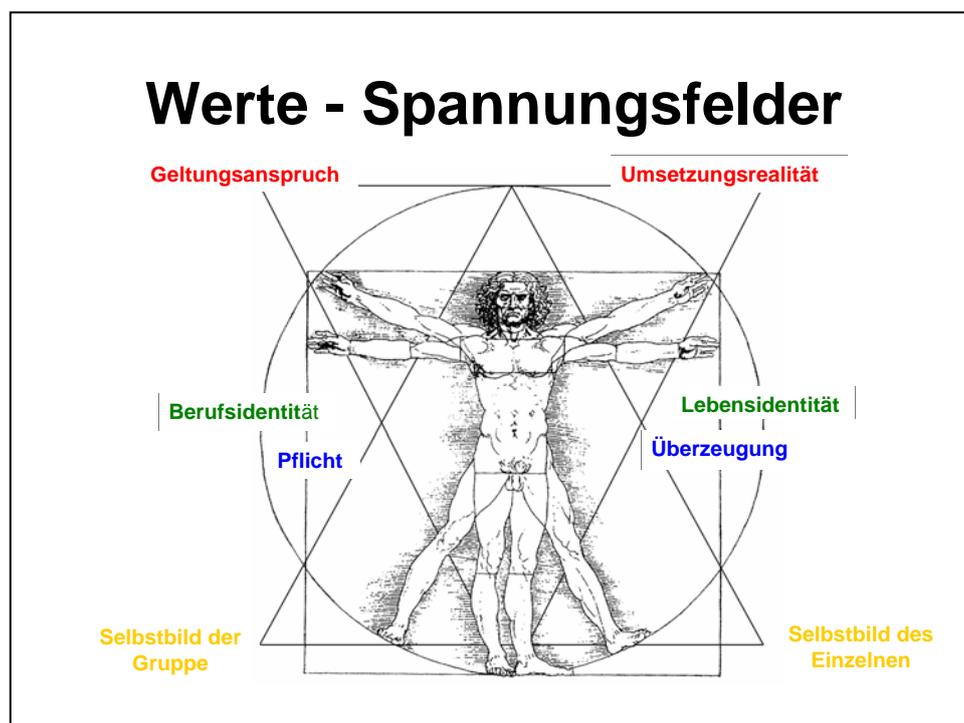
Normen – Moral

Die Erschließung von Sinn ist eine Frage der Reflexion auf Bedeutsamkeit und sittliche Relevanz überhaupt, mithin der Ethik; die Formulierung von Normen ist eine Sache der Moral als satz(ungs)hafter Festschreibung von Verhaltensregeln; und die Orientierung an Werten ist eine Sache des Ethos, der „gemeinsam gelebten guten Gewohnheit“, der Lebenspraxis in sittlichen Entscheidungen für Prinzipien und Wegmarken, an denen sich das Handeln und Entscheiden ausrichtet.

3. Werte-Orientierung

Es ist mithin deutlich, dass gerade Werte-Orientierung die eigentliche sittliche Herausforderung darstellt: Denn einerseits braucht sie Entschiedenheit und Konsequenz

in der Anerkennung der Sinnvoraussetzung des Handelns, andererseits aber ist sie in sich unsicher und risikobehaftet, da jede Entscheidung auf Wertebasis natürlicherweise vorläufig und perspektivisch unabgeschlossen ist: Weder kann ich sagen, dass sich damit ein definitiver Sinn endgültig offenbart – dazu ist alles Handeln, da es unter dem ärgerlichen Vorbehalt der Endlichkeit stattfindet, zu vorläufig; noch kann ich sagen, dass ich mit einer Werte-Entscheidung definitiv moralisch das Richtige tue – dazu sind Werte zu unspezifisch und zu wenig auf einzelne konkrete Situationen bezogen. Werte-Orientierung bedeutet – im Unterschied zur Sinnfrage, die ich im Zweifelsfalle rein akademisch und unverbindlich abhandeln kann, und ebenso im Unterschied zur Normeinhaltung, die ich im Zweifelsfall auf eine simple und klare Entweder-Oder-Struktur reduzieren kann – eine unaufhebbare Grundspannung, in der ich stehe und in der ich mich in meinem ganzen Handeln und Entscheiden halten muss, ohne jemals sagen zu können, dass ich endlich (und endgültig) auf der sicheren Seite der Gleichung der Sittlichkeit gelandet bin. Werte-Orientierung bedeutet ein bleibendes Spannungsverhältnis, dessen besonderer Charme zugleich darin besteht, dass es mich auf dem Weg der ständigen bewussten Entscheidung hält und mich gerade nicht in die Ruhe (man könnte auch sagen Starre) einer abstrakten Sinnspekulation oder aber einer durchgeregelten Moralität gelangen lässt.



Bei der Frage, wie solche Werte-Orientierung nun konkret zu gestalten wäre, geht es demnach in erster Linie darum, die genannten Grundspannungen, denen Menschen ausgesetzt sind, auszubalancieren und stabil in dieser Balance zu bleiben. Es ist eine Täuschung, zu glauben, man könne in eine Gesellschaft oder einen einzelnen

Menschen gleichsam eine „Werte-Diskette“ einschieben, die darauf gespeicherten Werte-Informationen auf die Festplatte übertragen und auf diese Weise den wertemäßig perfekt programmierten Menschen erhalten. Denn übersehen wird dabei die Tatsache, dass Werte und Orientierung primär Entscheidungen sind, die jeweils aus Überzeugung gewonnen und vertreten werden müssen. Werte-Orientierung bedeutet, sich immer wieder und immer neu einer fundamentalen Fraglichkeit zu stellen, die die menschliche Existenz ausmacht und die nie endgültig zur sicheren Seite hin zu entscheiden ist.

Menschen erleben beim Austrag von Werte-Spannungen immer wieder, dass sie nur mit vertieftem Nachfragen weiterkommen, dass die Dinge sich nicht so klar und einfach darstellen, wie man es gerne hätte. Und da kommt es dann darauf an, die „richtigen“ Fragen zu stellen, die Fragen, die bei der Ermittlung von Werte-Orientierungen hilfreich sind:

Eine Reihe von Fragen kann dabei zunächst dazu führen, die Werte selbst herauszudestillieren, an denen ich mich orientieren kann. Die sehr einfach formulierte Grundfrage lautet dabei: „Was ist mir etwas wert – und was ist es mir wert?“ Das Ergebnis dieser so gestellten Frage ist das, was wir als „Wertewissen“ bezeichnen können.

Von hier aus lässt sich das erfragen, was aus diesem Wertewissen – dem Wissen um die Werte, an denen ich mich orientiere – für die Orientierung selbst folgt: „Woran und wohin orientiere ich mich, wenn ich dem folge, was mir etwas wert ist?“ Das Ergebnis dieser Frage lässt sich als Orientierungswissen bezeichnen.

Von da aus schließlich – von dem Wissen um das, woran ich mich in meinem Handeln orientiere – erschließt sich ein dritter Fragekomplex: Die Frage nach dem rechten, an den ermittelten Werten orientierten Handeln: „Auf welchen Grundlagen entscheide ich mich?“

Werte-Orientierung lässt sich demnach mit folgendem dreischrittigen Schema darstellen:

a) Wertewissen

- Wissen, was mir etwas wert ist
- Wissen, was anderen etwas wert ist
- Wissen, welche Werte nach innen tragfähig sind
- Wissen, welche Werte nach außen plausibel sind

b) Orientierungswissen

- Wissen, woran ich mich orientiere in meinem Handeln
- Wissen, woran andere sich orientieren in ihrem Handeln
- Wissen, welche Orientierungen explizit gefordert sind
- Wissen, welche Orientierungen implizit vorhanden sind

c) Handlungswissen

- Wissen, auf welchen Grundlagen ich Entscheidungen treffen kann
- Wissen, auf welchen Grundlagen andere Entscheidungen treffen können
- Wissen, welche Entscheidung ich vor mir selbst vertreten kann
- Wissen, welche Entscheidung ich vor anderen vertreten kann

Dieser Dreischritt kann parallelisiert werden mit einer Sentenz von Alfred Herrhausen, die auf dessen Grabstein steht:

Du sollst das, was du denkst, auch sagen.

Du sollst das, was du sagst, auch tun.

Und du sollst das, was du tust, dann auch sein.

Was wir denken – das ist unser Wertewissen. Was wir sagen, was wir formulieren – das ist unser Orientierungswissen. Was wir tun – das ist unser Handlungswissen. Eines ohne die beiden anderen geht nicht. Wertewissen ohne Orientierungs- und Handlungswissen bleibt formalistisch, Orientierungswissen ohne Werte- und Handlungswissen bleibt abstrakt, Handlungswissen ohne Werte- und Orientierungswissen ist Aktionismus. Denken ohne Sagen und Tun scheitert ebenso wie Sagen ohne Denken und Tun oder Tun ohne Denken und Sagen; denn das, was wir „sind“, gibt es nur im Zusammenspiel aller drei Dimensionen von Werte-Orientierung.

4. Werte-Orientierung als Prozess

Werte-Orientierung bewegt sich demnach in einem Feld der Mehrdeutigkeit, der Uneindeutigkeit, der Vielschichtigkeit und Nicht-Endgültigkeit. Sie ist weder mit exakten moralischen Normen vollständig zu erfassen noch durch systematisch-ethische Reflexion gänzlich einzuholen. Werte-Orientierung ist ein Prozess, der als solcher im-

mer unter dem Risiko des Scheiterns steht – aber auch unter der Entlastung vom Zwang, immer alles richtig zu machen und entweder der vorgegebenen Norm oder aber dem spekulativ erdachten Ideal genügen zu müssen. Werte-Orientierung scheitert nicht an dem, woran Sinnspekulation und Normerfüllung scheitern: dem Absolutheitsanspruch des jeweiligen Gegenstandes, des umfassenden Sinnes bzw. der absoluten Norm. Werte-Orientierung scheitert an der Bedingung des Menschseins selbst, seiner Endlichkeit und Nicht-Abschließbarkeit, seiner Offenheit und Unvollendetheit. Und dieses Scheitern ist im Unterschied zu den beiden anderen Varianten ein sehr menschliches Scheitern, ein Scheitern, das immer noch auf Erlösung und Verzeihung hoffen kann, auch wenn es sie nie voraussetzen und sich ihrer allzu sicher sein darf.

Werte-Orientierung ist ein Prozess: ein geschichtlicher Prozess, der sowohl den Einzelnen als auch die Gesellschaft umfasst und einbezieht. Und weil Werte-Orientierung ganz in der Fraglichkeit des menschlichen Daseins, in seiner Uneindeutigkeit, seiner Vielschichtigkeit und Offenständigkeit wurzelt, kann dieser Prozess auch durch Fragen angestoßen und in Bewegung gehalten werden. Und die eine Grundfrage, die dieses Offenhalten immer wieder leistet und die sich als **Leitfrage für die Entwicklung von Werte-Orientierung** eignet, lautet sehr einfach:

Was ist mir etwas wert – und was ist es mir wert?

Werte-Orientierung bedeutet,

1. sich an Werten und nicht an Bedürfnissen oder Wünschen zu orientieren
2. Entscheidungen zu treffen, ohne dadurch je auf die sichere Seite zu kommen
3. alles Handeln unter den Vorbehalt der Uneindeutigkeit seiner Grundlagen zu stellen
4. von Menschen Eigeninitiative und Entscheidung zu verlangen und nicht nur jeden „dort abzuholen, wo er steht“
5. selbst zu werten und Wert-Urteile zu fällen, auch auf die Gefahr hin, sich zu irren
6. immer bereit zu sein, die eigenen Werte-Orientierungen zu überprüfen
7. in komplexen Beziehungen, in Relationen zu denken und nicht in linearen Kausalzusammenhängen
8. sich und andere den unaufhebbaren Wertespannungen auszusetzen, die menschliche Existenz und Zusammenleben ausmachen, und sie nicht aufheben zu wollen
9. sich mehr an Fragen als an Antworten zu orientieren

5. Werte-Orientierung – Nachhaltigkeit – Partizipation: Implikationen für das KBE-Projekt

Wenn es uns nun in dem KBE-Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde ...“ um die Implementation eines „Lernort Gemeinde“ geht, der die Förderung nachhaltiger Entwicklung und partizipativer Gestaltungskompetenz zum Ziel hat, dann lohnt es sich, nachzusehen, was diese beiden Kernziele – Nachhaltigkeit und Partizipation – denn aus der Sicht eines solchen Werte-Orientierungs-Modells bedeuten könnten – und das will ich jetzt abschließend noch tun:

(a) Nachhaltigkeit

Ein solches Ethos-Modell, das sich an Werte bindet und auf Orientierung aus ist, ist eigentlich nur an einer Stelle nachhaltig – das aber nachhaltig: nämlich darin, dass es nie auf die sichere Seite bringt, sondern immer in der Entscheidung steht, dass man sich nie auf einem einmal gefundenen und festgeschriebenen Kanon ausruhen und sich künftig in allen Fragen auf ihn berufen kann, sondern dass mit der Orientierung und den ihr zugrunde liegenden Werten auch immer die eigene Existenz und ihre Hintergründung in der Frage steht. Das Werte-Konzept, das ich Ihnen hier umrisshaft vorgestellt habe, ist genau darin „nachhaltig“, dass es den Einzelnen wie die Gemeinschaft/ die Gemeinde nie auf die sichere Seite bringt, sondern immer neu vor die existenzielle Frage der gelebten Haltungen, der darin repräsentierten Werte und des durch diese artikulierten Sinnes stellt.

(b) Partizipation

Hier muss ich eine weitere begriffliche Unterscheidung einführen. Vielfach wird Partizipation ausgehend vom Begriff des Individuums verstanden. Dabei wird das Individuum dem Kollektiv resp. der Gemeinschaft gegenüber gestellt, als Teil davon betrachtet und in seinem Handeln an der Gestaltung des „großen Ganzen“ beteiligt. Gemeint ist damit die große Wende in der Wertschätzung des Individuums, die Ulrich Beck mit der Frühromantik gekommen sieht. In dieser wird das Individuum vom Ruch des „Asozialen“ befreit – stattdessen werden gerade aus ihm und in ihm die positiven und produktiven Gestaltungskräfte für die Gesellschaft hervorgehen gesehen.

Ich muss nun etwas „Wasser in den Wein“ des „Individuums-Jubels“ schütten. Die begriffliche Unterscheidung, um die es mir hier geht und die in meinen Augen höchst-relevant für Werte-Orientierungs-Entwicklung ist, lautet so: Der Gegenbegriff zu Individuum ist nicht das Kollektiv oder die Gemeinschaft, sondern die *Person*.

Wie das?

Joseph Ratzinger schreibt in seiner „Einführung in das Christentum“:

„Der Christ sieht im Menschen nicht ein Individuum, sondern eine Person – mir scheint, dass in diesem Überschnitt von Individuum zu Person die ganze Spanne des Übergangs von Antike zu Christentum, von Platonismus zu Glaube liegt. Dieses bestimmte Wesen ist durchaus nichts Sekundäres, das uns nur bruchstückweise das Allgemeine als das Eigentliche ahnen ließe. Als das Minimum ist es ein Maximum; als das Einmalige und Unwiederholbare ist es ein Höchstes und Eigentliches.“⁴

Das bedeutet: „Individuum“ ist durchaus nichts so „individuelles“, wie man es gerne hätte. Die traditionelle Metaphysik vor allem der Griechen geht davon aus, dass jedes Ding in der Welt sich als Einzelnes zurückführen lässt auf ein allgemeines Prinzip, eine „Idee“, wie Platon sagt. Er leitet es also ab von etwas, das „eigentlich“ wirklich ist und volle Realität hat und von dem das Einzelne nur ein Abglanz ist, die letzte und beliebig häufig mögliche Reproduktion der einen Grund-Idee, gleichsam mit einer bloß geborgten Realität. Das aber bedeutet: „Individuum“ ist nicht viel mehr als eben die kleinste, nicht mehr weiter differenzierbare Einheit eines Reproduktionsprozesses, der beliebig oft wiederholt werden kann und in dem allenfalls noch eine Ahnung des Eigentlichen, Ursprünglichen, Wesentlichen präsent ist. Wie ärgerlich: „Individuum“ gerade nicht als Bezeichnung für Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit, als die es gerne angesehen wird, sondern als Bezeichnung für bloß Abgeleitetes, Abhängiges, das auch noch unter dem Mangel der zweifelhaften Realität leidet und insofern nur die Ableitung aus einem unerreichbaren Ursprung ist. „Individuum“ dient damit der Vereindeutigung des Einzelnen unter der Idee eines Allgemeinen; Individuum ist der Einzelfall eines Allgemeinen, eines Oberbegriffs, der seine Dignität, seine Würde allein daraus bezieht, dass in ihm ein schwacher Abglanz von dem aufscheint, was als das eigentliche Sein allem Seienden zu Grunde liegt. Und das bedeutet: Individuum ist ein Ausdruck der Eindeutigkeit, der Vereindeutigung, der Objektivierung dessen, was mit ihm bezeichnet wird. Was Individuum genannt wird, kann damit zugleich Objekt der Betrachtung, Behandlung, Bearbeitung sein, es wird „be-greifbar“, handhabbar, benutzbar – eben ein Gegenstand, von dem man genau weiß, was es mit ihm auf sich hat und wie er zu verstehen ist.

Was könnte demgegenüber der Begriff „Person“ in dem von Ratzinger gemeinten Sinne bedeuten? Nicht umsonst spricht das Konzil von Chalcedon in seinem Versuch, Jesus Christus in seiner Gottheit und Menschheit zugleich zu denken, von „prosopon“, also von „Person“ – die doch etwas anderes ist als eine bloße Ableitung von nach unten immer bruchstückhafter werdenden Emanationen des einen eigentlichen göttlichen Wesens. Und zugleich stellt das Vierte Laterankonzil in der bekann-

⁴ J. Ratzinger (1968) : Einführung in das Christentum. München, S. 123.

ten Analogieregel fest, dass eine sichere Einsicht in das, was als „Wesen Gottes“ zu bezeichnen wäre, gerade nicht möglich ist – dass also eine grundlegende Bedingung dafür, den Menschen in christlichem Verständnis als „Individuum“ im oben beschriebenen Sinne anzusprechen, vom Wesen des Glaubens her gar nicht gegeben ist. Auch wenn man sich streiten mag, was die Ableitung von „persona“, der Theatermaske, eigentlich bedeuten mag – ob der Akzent nun mehr auf dem Maskenhaften, d.h. der aufgesetzten Erscheinung, oder auf dem Antlitzhaften, d.h. der „Menschen-gesichtigkeit“ liegt – so ist es doch unbestreitbar, dass in der „Person“ wesentlich ein Ansichtigwerden liegt, ein unmittelbares Gegenwärtigsein, eine Konkretion jenseits bzw. vor aller Abstraktion und Formalisierung. In der Person liegt das Angesicht des konkreten anwesenden Anderen – und damit auch die Gegenwart, die Eingebundenheit in Zeit und Geschichte, in das, was zwischen den Personen geschieht. Damit einher geht aber, wenn denn Gegenwart etwas Unwiederholbares und Einzigartiges ist, auch die Unvergleichlichkeit und Einzigartigkeit des Begegnenden, des Gegenübers selbst. Person ist also der Einzelfall einer Anwesenheit, eines Gegenübers, und damit ein inhaltlicher Begriff, der nicht bloß formal bleibt, nicht eine Ableitung von einem allgemeinen Wesen beschreibt, sondern eine Absolutheit beschreibt, die nur angemessen mit der Unbedingtheit und Absolutheit des Anderen zu fassen ist – einer Absolutheit, einer Abgelöstheit von allen objektiven Kategorien, die den Einzelnen in die Gegenwart dem Anderen gegenüber stellt und fordert. Und an dieser Stelle entsteht das, was „Verantwortung“ als fundamentale ethische Kategorie meint: das unmittelbare Herausgefordertsein durch die Anwesenheit des Anderen, mich seinem Anspruch zu stellen – einem Anspruch, dem ich mich weder entziehen kann noch für oder gegen den ich mich entscheiden kann, weil er mich schon allein durch die einzigartige, unvergleichbare Personalität des Anderen unbedingt herausfordert. Ich kann mir meine Verantwortung, mein Antwort-geben-müssen im Angesicht des Anderen nicht wählen, weil sie mir immer schon durch seine Anwesenheit vorgegeben ist und mich sozusagen „anspringt“, ich mich ihr nicht entziehen kann.

(c) Fassen wir also zusammen:

Individuum

ist immer der Einzelfall eines Allgemeinen, sozusagen das Exemplarische eines Typus. Es ist damit zugleich der Anfang der Verabsolutierung des Eigenen und der Ver-eindeutigung dessen, was den Sinn menschlicher Existenz ausmacht; und damit – Sie erinnern sich an die Werte-Frage – zugleich das Einfallstor für jede Art von endgültig-eindeutigem Werte- und Normen-Kanon, auf den man sich, so man ihn einmal hat, für alle Zeit berufen kann. „Individualität“ ist der Ansatz, aus dem heraus die „beziehungslose“ (= sich selbst verabsolutierende) Setzung von Werte-Kanons geschieht. Gehe ich vom Individuum aus, kann ich aus mir allein heraus Verbindliches

und Gültiges für alle setzen, da alle ja nur Ableitungen aus einem Allgemeinen sind, dessen ebenso eindeutiger Repräsentant auch ich bin, was mir die Fraglosigkeit meiner Setzungen ermöglicht. Und ein solcher absoluter Geltungsanspruch, die Hoheit über andere Ansprüche für sich reklamierend, **ist letztlich der** Anfang vom Ende jeder nachhaltig-partizipativ-lernend gedachten Entwicklung menschlicher Gemeinschaft, sei es im Staat oder in der Gemeinde.

Person

demgegenüber meint die Unverwechselbarkeit und Einzigkeit dessen, was neuzeitlich-romantisch mit dem Begriff Individuum assoziiert (aber leider meist nicht gedacht ...) wird. Denke ich von der Person aus, verbietet sich von vorneherein jede objektivierende Verallgemeinerung meines privaten Werte-Kanons, weil ich mich selbst ebenso wie den anderen in die Uneindeutigkeit der personalen Relation aussetzen muss. In dieser gilt die Frage, was mir etwas wert ist, nicht mehr nur für mich allein, sondern wird immer schon im Kontext der Relation zu anderen gestellt.

Person ist dasjenige, was den Einzelnen in seine unverwechselbare und unvertretbare Verantwortung zwingt und damit Entscheidung von ihm fordert: Verantwortung für seine nie endgültig abschließbare Werte-Orientierung, Entscheidung immer wieder neu für das verantwortliche Umsetzen von Werten und dem in ihnen hinterlegten Sinn, gegen die Versuchung der subtilen Vermassung und Vereinnahmung für Fremdinteressen, die latent im Hochloben des „Individuums“ verborgen sind: Entscheidungen, die werte-haltig und werte-basiert sind und eben nicht sich mit der wohlfeilen Attitüde des „ganz Individuellen“ in der gleichgesinnten Masse verstecken und sich gegenseitig schulterklopfend auf der sicheren Seite der Sittlichkeit wähen kann.

Und damit sind wir auch wieder bei unserem **Gesamthema** angekommen:

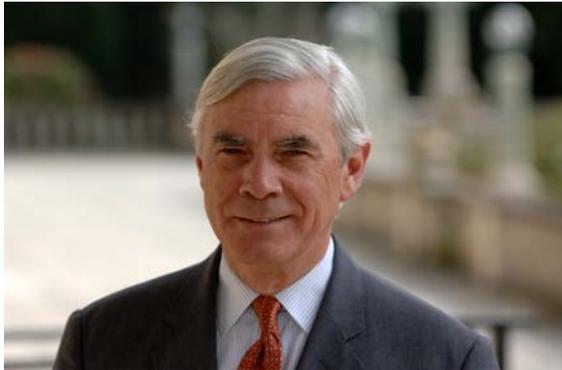
Nachhaltiges und partizipatives Werte-Lernen im eigenen Leben wie in dem der Gemeinde geht meines Erachtens nur durch die Rückbesinnung auf ein dynamisches Verständnis von Werte-Orientierung. Und dieses Modell wiederum geht nur, wenn ihm ein Verständnis der Handelnden als *Personen* zu Grunde liegt – sowohl der einzelnen Beteiligten wie auch des Gesamtkomplexes „Gemeinde“: Handlungsfähigkeit und Gestaltungskompetenz gewinne ich nicht aus mir alleine, aus meiner Individualität und dem, was ich für richtig und gut halte aufgrund meines individuellen Werte-Kanons (und eine Gemeinde wird auch nicht dadurch konstituiert, dass sich alle Mitglieder auf einen vorherrschenden solchen Kanon geeinigt haben und sich hinfert immer auf ihn berufen). Handlungsfähigkeit und Gestaltungskompetenzen entwickeln sich vielmehr aus der immer wieder neuen Frage, was mir (und anderen) etwas wert ist und was es mir und ihnen wert ist; eine Gemeinde ist ein dynamisches System,

keine geschlossene Gesellschaft, sie lebt von Fragen und nicht von Antworten, sie wird gestaltet im Prozess der Infragestellung liebgeordener Gewohnheiten und altbekannter fragloser Sicherheiten.

Kontakt: martin.thome@bmbf.bund.de

Gemeinde als Lebenswelt: was macht Gemeinde I(i)ebens-wert? ⁵

Friedrich Springorum



Es gab Vorfreude auf diesen Tag und es gab auch Vorfreude auf Sie, weil ich die Vermutung hege, mit Ihnen interessante Menschen zu treffen, die sich für ein Thema engagieren, das auch mir wichtig ist. Meine erwartungsvolle Spannung basierte nicht zuletzt auf zahlreichen Gedanken und Materialien, die mir Frau Mörchen zur

Vorbereitung übermittelt hatte. Die bange Frage: Schaffe ich das alles zu lesen und zu integrieren und meine eigenen Gedanken daran entlang auszurichten?

Dies ist ohne zeitlichen Anspruch nicht zu haben. Jedoch mit zunehmender Beschäftigung wurde mir klar, welches „wert-volles“ Tun das ist. Karl Valentin beschreibt dies kurz und bündig mit seiner humorvollen Treffsicherheit: *„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“*. Nun will ich keineswegs das Nachdenken und das Vorbereiten dieses Vortrags mit Kunst auf eine Stufe stellen. Dennoch ist manches Verwandte darin: Ernst, Zuwendung zu anderen Menschen, Humor und Identifikation.

Bei aller Identifikation mit dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ muss ich nun gestehen, in der Vergangenheit oft frustriert über Politikhandeln gewesen zu sein, insbesondere aber auch über die Indifferenz von Bürgern und Zeitgenossen, sich zu engagieren – etwas anspruchsvoller formuliert: „Verantwortung zu übernehmen“. Schimpfen und das ausführliche Beschreiben des Unliebsamen fällt den Menschen offenbar leichter und liegt ihnen mehr, als sich aktiv der Umstände anzunehmen, die ihren Unwillen hervorrufen. Hierzu ein Zitat von Immanuel Kant, der einen Wesenszug der Deutschen m. E. gut trifft:

„Der Deutsche fügt sich unter allen zivilisierten Völkern am leichtesten und dauerhaftesten der Regierung, unter der er ist, und ist am meisten von Neuerungssucht und Widersetzlichkeit gegen die eingeführte Ordnung entfernt“.

⁵ Leicht überarbeitete Fassung des Tagungsbeitrags.

Friedrich Springorum ist Partner von Trainer Utermann Consulting (TUC) und zudem als Coach für Führungskräfte tätig.

Zum Ende dieser Tagung wünsche ich mir als Ergebnis der Gespräche konkrete Handlungsimpulse, die zu einer Bewegung beitragen, die Entwicklung bedeuten. Ich habe an mir selbst doch immer wieder erlebt, dass ich zwar viele Gedanken hatte, diesen aber oftmals keine Taten folgten. Gemeinsam jedoch, durch gegenseitigen Anstoß und wechselseitige Unterstützung geht es, glaube ich, besser. Dass jeder Einzelne für sich einen nachhaltigen vitalen Vorsatz mitnehme, etwas zu tun über das Denken hinaus, stelle ich mir als ein wichtiges Ziel auch dieser Tagung vor.

Drei Themen will ich in den nächsten Minuten behandeln:

- A. Mein persönlicher Weg zum gesellschaftlichen Engagement: die Sozialisation.
- B. Biotop: meine persönliche Vorstellung von einer I(i)ebens-werten Gemeinde.
- C. Ich mache ein Fass auf:
Was ist wichtiger oder vordringlicher: die kollektive Entwicklung der Gesellschaft oder die persönliche Reifung des Individuums? - Eine persönliche Antwort.

Zwei Begriffe bilden - selten trennbar voneinander - in der Biographie wechselseitig bedingende Wirkungsebenen:

- Lernorte
- Tatorte

Auf diese sei hier nun als erstes kurz eingegangen!

A. Mein persönlicher Weg zum gesellschaftlichen Engagement: die Sozialisation

Anstelle einer persönlichen Vorstellung: einige relevante autobiographische Notizen auf dem Weg zum zivilgesellschaftlichen Engagement (in Stichworten).

(1) Lernorte

Familie

Atmosphäre in einem aufgeklärten Geist, konservativ, durchaus werteorientiert; Eltern boten hinreichende Vorbildmöglichkeiten; durch vier Geschwister früh Gemeinschaft erlebt;

organisches, stabiles, integratives, gelegentlich etwas kühles Familienleben; erste Begegnung mit Einsamkeit und Alleinsein.

Schule (Internat)

Das Internat: mit 15 Jahren selbst erstrebt und ausgesucht, reformpädagogisch geprägt. Intensives soziales Leben im Schulparlament, in Heimfamilien mit gemischter Altersstruktur und der Möglichkeit, früh Verantwortung zu übernehmen und zu spüren. Kinder und Jugendliche wurden als mündige und einsichtsfähige Menschen behandelt bei gleichzeitig klarer Durchsetzung von wichtigen Regeln; im Lernort Schule fortgesetzte Berührung mit Einsamkeit und Verantwortung für mich selbst: es zählte, was ich sagte, dachte und tat. Heraustreten aus behütetem Verwöhnungsstatus; keine Delegationsmöglichkeiten mehr für entstandene Ergebnisse und Konsequenzen; vertraut werden mit der eigenen Position im Spannungsfeld des Einzelnen und der Gemeinschaft. Das, was heutzutage gelegentlich etwas ironisch für den Begriff „Team“ als Abkürzung benannt wird: **Toll, ein anderer macht's**, funktionierte nicht mehr, dieser „Schutz“ war weitestgehend verschwunden.

Studium

Einsamkeitserlebnisse erneut in verschärfter Form, durch Abwesenheit fester Strukturen und Regeln; aber auch deutlich erhöhtes Freiheitsmaß in gesteigerter Selbstverantwortung durch freizügigeres Leben und Studentenstatus. Im Studium der Rechtswissenschaften Funktionsmechanismen von Staat und Gesellschaft kennen gelernt. Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen wie „Was ist überhaupt Recht? Gerechtigkeit? ...“ Erkenntnisquelle Platon, Ulpian: „Jedem das Seine“ – *suum cuique* – daraus entwickelte These: „**Nichtwahrnehmung** demokratischer Rechte, wie zum Beispiel (Selbst-) Bestimmung und Teilhabe („Partizipation“ in unserem gemeinsamen Thema) wirken sich nahezu ebenso gravierend aus, wie **Missbrauch** dieser Rechte“.

(2) Tatorte - und zugleich immer noch Lernorte

Beruf

Banklaufbahn und das Erleben der manchmal drückenden Verantwortung für materielle Werte versetzten mich unausweichlich in das Spannungsfeld, das Verantwortung spürbar macht, das Gewissen sich regt: die bange Frage, werde ich der Aufgabe gerecht, das Geld der Bank (bei Krediten) und das Geld der Kunden (bei Vermögensberatung und –Betreuung) tatsächlich *treuhänderisch* zu schützen? Diese Verantwortung ist nicht abwälzbar oder delegierbar – sie beißt sich wie ein Wolf am ei-

genen Wesen fest. Sobald ich versuche, mich dieser Verantwortung zu entledigen, ergreift den Körper eine starke Unruhe. Hier war es wieder: das Gefühl der Einsamkeit, des selber Einstehen-Müssens für die Verantwortung des eigenen Handelns in der Wirkung auf Andere! Ein wichtiges Thema wurde für mich, die Bedeutung von Geld und besonders seine Wirkung **auf** den Menschen zu beobachten und damit eine neue Dimension in die Betreuung einzubringen. Meist kümmern sich die Menschen nur darum, was sie am Besten mit dem Geld anstellen, das ihnen gehört – oftmals erleben ‚Besitzende‘ das Leben genauso kompliziert, wie die, die davon sehr wenig haben. Was das Geld hingegen gleichzeitig mit ihnen macht, ist kaum Gegenstand der Überlegung und Wahrnehmung. Hier also die soziale Dimension, einer übergeordneten Verantwortung zu entsprechen. Beispielhafte Dilemma-Lagen: (1) Kredit verlangt Sicherstellen, dass ausgeliehenes Geld zurückkommt, gleichzeitig aber der Schuldner nicht zur Unzeit in Not gebracht und verantwortbar konstruktiv in schwierigen Zeit begleitet wird. (2) In der Anlageberatung Kundeninteresse durch sorgfältige aber teure Beratungsqualität wahren und andererseits das oft entgegen laufende Bankinteresse an auskömmlichem Ertrag zur Geltung bringen. Auch hier Erfahrung der Einsamkeit in einer kaum delegierbaren Dilemma-Entscheidung.

Nach 24 Jahren Ende der Banktätigkeit: kein realistisch gangbarer Weg in Beantwortung und Verantwortung der dringenden Fragen.

Wahrgenommenes gesellschaftliches Engagement

Durch Mitgliedschaften im Wirtschaftsrat der CDU (e.V.), ASU (Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer) und AEU (Arbeitskreis evangelischer Unternehmer) versuchte ich unparteiisch und sachbezogen einen Beitrag zum gesellschaftspolitischen Diskurs zu erbringen. Besonders positive Erfahrungen konnte ich in Belgien sammeln und empfinde in den letzten vier bis fünf Jahren auch in Deutschland eine wachsende Bereitschaft von Personen, sich parteifern, aber politisch zu engagieren.

Mitwirkung in Kulturinstitutionen

In Kunstvereinen, dem Forum Russische Kultur, Goethemuseum (jeweils in verantwortlicher Tätigkeit) bestand die Möglichkeit, jenseits von (eher materiell geprägter) Wirtschaft, Erfahrungen in der Gestaltung von Lebensräumen, Gemeinden und Städten zu sammeln und Brücken zwischen Arbeitswelt und privatem, persönlichem Leben zu bauen.

Mitwirkung als erwachsener Berufstätiger in Schulen

Waldorfschulen (Mitglied in Finanzgruppe), insgesamt sehr befriedigend und wertvoll, weil Menschen redlich/gemeinschaftsorientiert engagiert - „redlich“ als Tätigwerden im wohlverstandenen Interesse aller, die es betrifft. Als besonders anziehend erschien mir, dass es kaum ein Handeln wider besseres Wissen gab (in anderen Zusammenhängen oft zu erleben), stattdessen das spürbare Bekenntnis zu leitenden Werten: was ist mir etwas wert und was ist es mir wert? (Thomé ⁶)

Hierzu einen prägnanten Gedanken von *Alfred Herrhausen*:

„Du sollt das was du denkst auch sagen, du sollst das was du sagst auch tun und du sollst das was du tust dann auch sein“.

Die Mitgliedschaft im Vorstand des Trägervereins meines ehemaligen Internats gibt die Möglichkeit, der Schule etwas von dem zurückzugeben, womit sie mich als Schüler für mein Leben ausgerüstet hat.

Mitwirkung/ Mitgliedschaft in karitativer Organisation (Aufsichtsorgan)

Die oft langwierigen und nicht immer zeitökonomischen Prozesse z.B der Leitbildbestimmung, Identitätsfindung und Orientierungssuche erfordern eine gewisse „Frustrationstoleranz“. Die Balance zwischen sozialer und ökonomischer Vitalität gelingt manchmal nicht und ist sicher auch schwierig herzustellen. Konfliktscheu ist eine der dafür relevanten Ursachen. Zeitverluste entstehen durch „ideal-orientiertes Wunschdenken“ (A. Herrhausen: *„Die meiste Zeit geht dadurch verloren, dass die Dinge nicht zu Ende gedacht werden“*).

Erfahrung: Dialoge und Entwicklungsbemühungen in diesen sozialen Kontexten könnten signifikant wirksamer werden, wenn sie im Sinne der Thomé'schen Struktur: *Sinn - Wert - Norm und Moral – Ethos – Ethik* (vgl. a.a.O.) behandelt würden.

B. Biotop: Wie ich mir die Gemeinde wünsche, in der ich gerne lebe

Der Begriff „Biotop“ wird gewöhnlich nur für Lebensräume verwendet, die ohne Menschen, nur „Natur“ sind!! Ich verwende ihn an dieser Stelle auch für den Lebensraum,

⁶ Vgl. den hier ebenfalls dokumentierten Tagungsbeitrag von M. Thomé: Was etwas wert ist. Begriffsbestimmung und Orientierungsfragen.

der von Menschen dominiert ist und meine damit die Gesamtheit aller Pflanzen und sämtlicher Lebewesen, die den Ort „Gemeinde“ ausmachen.

1. Gestaltung des Stadtbildes

Ich wünsche mir, dass die Gestaltung des Stadtbildes nach erkennbar ästhetischen Kriterien erfolgt (Ästhetik als die Wissenschaft, die sich mit dem *Schönen* in all seinen Erscheinungsformen befasst). In diesem Sinne soll ein sinnvolles Handeln der kommunalen Bauaufsicht und des Denkmalschutzes erkennbar werden. Unter sinnvoll verstehe ich hier dasjenige Handeln, das den Bürgern und damit auch mir erkennbar nutzt, um sich (mich) wohl zu fühlen. Hierzu zählen das Verhindern einer ästhetischen, kulturellen und geschmacklichen Verarmung und gleichzeitig die Erhaltung einer Vielfalt, die erst das Stadtleben lebendig macht.

Attraktivität wie umgekehrt auch die Ärmlichkeit eines Stadtbildes sind von großer Bedeutung für das Lebensgefühl! Die Menschen nehmen das Schöne wie das Verkommene wahr – oft unbewusst, aber immer mit einer Wirkung.

2. Gestaltung und Förderung des Kulturlebens

Zwei Grundsätze sind mir für die Gestaltung und Förderung des Kulturlebens von zentraler Bedeutung:

- „Soviel Lenkung wie nötig, soviel Freiheit wie möglich!“
- „Hilfe zur Selbsthilfe“ (der Bürger)

Bedeutsam erscheinen mir die Förderung der Vielfalt des geistigen Lebens in Theater, Musik und Kultur wie auch die Integration von Universität, Wirtschaft und Kultur in das Stadtleben. Nicht missen möchte ich in meiner Gemeinde Programmkinos, aktive Volkshochschule, ASG-Bildungsforum, Café Philosophique, Kneipen etc.

Ebenso wichtig scheint mir, dass regelmäßig öffentlich - in offenen Foren - über die Rolle der Stadtverwaltung nachgedacht wird: Ist sie Animateurin, Finanzier, Ermöglicherin, Moderatorin oder Macherin und Bestimmerin bzw. Zensorin? Hier könnte ein Fundament gelegt werden für die Entwicklung von Gestaltungskompetenz und Partizipation, Nachhaltigkeit und Stabilität. - Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Schulpolitik zu.

Auch hier wieder die Doppelfrage: *Was ist mir etwas wert und was ist es mir wert?*

3. Entwicklung des politischen Klimas

Das politische Klima und seine Entwicklung ist ein nicht minder wichtiger Faktor für das Lebensgefühl ‚meiner‘ Gemeinde. Ich wünsche mir eine glaubwürdige Stadtregierung und – verwaltung, die, statt macht- oder parteipolitisch allein zu handeln, offen und am Austausch mit den Bürgern interessiert ein Klima herstellen, in welchem Bürgerengagement als willkommen erlebt wird, ja dazu animiert wird! Sie sollten erkennbar Verantwortung zeigen (und damit u.a. die Bereitschaft zu Antworten) und ernsthaft nach Möglichkeiten suchen, sich mit den Bürgern in einen dialogischen Prozess des Aushandelns der Lebensbedingungen zu begeben.

Die Gemeindeverwaltung sollte im Rahmen ihrer Gestaltungsspielräume die Balance zwischen (a) Basisdemokratie mit offensiven, Teilhabe bietenden Diskursen und (b) nachhaltig wirksamer, an Langfristkriterien orientierter Lebensraumgestaltung mit den Möglichkeiten hoheitlichen Handelns realisieren. In diesem Zusammenhang wünsche ich mir eine offensive Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Ausmaß sich der für- und vorsorgende Sozialstaat zur freiheitlich sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln lässt. Liegt darin wirklich ein „Entweder – Oder“ oder gibt es nicht auch Wege, die beide divergierenden Richtungen verbinden könnten. Hier braucht es dialektisch gut geschulte Moderatoren, die Ideologien offen legen und eine Plattform schaffen, in intellektueller Redlichkeit die erwünschten und unerwünschten Folgen zu benennen und zur Verantwortung auffordern.

In diesem Zusammenhang erhoffe ich mir von der Stadtverwaltung, dass sie Wege findet, die Nähe zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern zu fördern. Von Wirtschaftsführern und Unternehmen erwarte ich, dass sie sich glaubwürdig gesellschaftlich engagieren und damit nicht zuletzt auch die Akzeptanz der Marktwirtschaft als solcher schützen.

Politiker und Wirtschaftsvertreter sollten rund um ethische Fragestellungen einen aktiven Dialog pflegen. Ethik trägt einen aktivischen Charakter und, wie wir im Eingangsreferat von Martin Thomé ⁷ gehört haben, bedeutet dies primär das Nachdenken über die menschliche Lebensgestaltung und damit auch die systematische Reflexion der Moral und des sittlichen Verhaltens insgesamt. Solches Tun ist nicht auf geschlossene Zirkel zu beschränken; es gehört ebenso in den halböffentlichen wie öffentlichen Raum.

⁷ Vgl. Fußnote 6

C. Was ist wichtiger oder vordringlicher: die kollektive Entwicklung der Gesellschaft oder die persönliche Reifung des Individuums?

- Eine persönliche Antwort -

Zum Schluss mache ich nun das vorhin angekündigte „Fass“ auf:

Was könnte das zuvor Gesagte jetzt für die Gesellschaft im Hinblick auf die Stärkung von Bürgerpartizipation versus Weiterentwicklung des staatlichen Systems bedeuten, in dem der Bürger sich dann zu arrangieren hätte?

Was ist uns etwas wert und was ist es uns wert?

Ich habe nicht den Eindruck, dass in dieser Republik Kontroversen nicht engagiert ausgetragen würden. Aber so zahlreich wie sie sind – ich denke dabei nicht nur an Talkrunden, sondern auch an politische Debatten innerhalb und außerhalb der Parlamente – so wenig wird für den Bürger erkennbar, wohin das alles führt (und auch: wohin es führen *soll*). Einmal abgesehen davon, dass man so etwas wie intellektuelle Redlichkeit meistens vergeblich sucht, wird für den Bürger auch nicht recht erkennbar, was das Ziel der Diskutanten eigentlich ist. Wollen sie den Staat schwächen? Oder wollen sie das Individuum stärken? Wollen sie das kooperative System stärken? Wollen sie die politischen Parteien stärken? Oder sollten sie vielleicht etwa das Individuum stärken wollen? Wenn man die Begriffe wie Gesundheitssystem, Sozialversicherungssystem, Rentensystem, Steuersystem nimmt, so scheint es sich dabei immer um die Weiterentwicklung „geschlossener Systeme“ und nicht um die Stärkung von Individuen zu handeln. Das System jedoch, in dem der Einzelne lebt, sein individueller Kosmos ist der Raum, in dem sich die politisch geschlossenen Systeme auswirken.

Die Mehrheit der Bürger lebt nicht in dem Gefühl, dass sie ihre Sorgen und Betroffenheit in Form von Partizipation zur Geltung bringen könnte. Dieses spürt der Bürger natürlich und richtet sich darauf ein – manchmal hat man den Eindruck, dass er sich ganz gerne darauf einrichtet.

Meine persönliche Überzeugung geht jedoch genau in die andere Richtung:

Der Staat sollte sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen und Spielregeln zu setzen und im Übrigen den Personen Möglichkeiten anbieten, sich selbst zu entwickeln, selbst zu reifen und dann eben ihn auch auffordern, sich so weit wie möglich selbst zu helfen.

Da Familien heutzutage immer weniger ihre angestammten Aufgaben der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung/ Erziehung ausüben, fällt dem Staat verstärkt die Aufgabe zu, sich um Ausbildung und Fortbildung, Erwachsenenbildung, Persönlichkeitsbildung zu kümmern. Dies geschieht eben gerade nicht durch ein dichtes, oftmals undurchschaubares Regel- und Vorschriftenwerk, sondern vielmehr dadurch, dass jeder Einzelne darauf vorbereitet wird, sich persönlich die Frage zu stellen (und zu beantworten): „Was ist mir etwas wert und was ist es mir wert“? Nun ist mir schon auch klar, dass manche Menschen es zunächst als eine bessere Lebensweise empfinden, nicht zu sehr persönlich gefordert zu werden. Es scheint zunächst einfacher, die Verantwortung für das eigene Leben an Andere zu delegieren. Mir selbst ist eine solche Entscheidung auch nicht immer fremd. Im Kant'schen Sinn ist jedoch selber für seine „Unmündigkeit“ selbst verantwortlich! Will sagen, das Menschenbild prägt die Wege, in der Sozialisation stattfindet und Menschen sich freiwillig oder „veranlasst“ auf den eigenen Weg machen, mit ihren eigenen Möglichkeiten sich ihre Welt einzurichten, resistent zu werden gegen Bevormundung, wehrhaft und mutig nicht den opportunistischen Weg gehen und lernen, Differenz zu ertragen.

Die hier angesprochene Fähigkeit zu denken und zu unterscheiden, kann nahezu jeder Mensch erwerben, wenn der Staat das Staatsklima und unser Bürgerbild die Stärkung von Denk- und Unterscheidungsvermögen für wichtig hält und die so gebildeten Menschen dann auch auffordert, Gebrauch von ihren Möglichkeiten zu machen und Verantwortung zu übernehmen!

Vor diesem Hintergrund scheint mir das gegenwärtige staatliche Schulsystem in Deutschland in einem hohen Maße verantwortungslos zu sein, weil es Förderung vorenthält und aussortierend handelt (im Vergleich dazu: Finnland). Die dadurch nicht entwickelten und nicht ausgeschöpften Potenziale sind enorm!

Inzwischen scheint sich immer mehr herauszustellen, dass unser Staat mit seinen heutigen Methoden wohl nicht mehr in der Lage sein wird, in Zukunft die entstehenden Probleme mit den ihm bislang eigenen Mitteln zu lösen. Insofern ist es höchste Zeit, genau das zu tun, was der Titel dieser Tagung und des KBE-Projektes verspricht, nämlich dazu beizutragen, dass Menschen mehr über ihr eigenes Leben nachdenken mögen, dies in Gemeinschaft tun können, Unterscheidungsvermögen entwickeln und Handlungsstärke daraus erwächst – wohl das, was man vital und zukunftsfähig nennt.

Mein persönliches Fazit

Es scheint mir sehr klar um eine Stärkung des Einzel-Menschen zu gehen, der in diesem Staat lebt, wenn eine intensivere Partizipation der Bürger stattfinden sollte. Eine Stärkung, die durch Solidarisierung mit anderen wächst. Bürger sollten erleben, dass es zahlreiche Bürger in ihrer Nähe gibt, die ähnlich denken wie sie selbst, die ähnliche Probleme haben. Mit diesen ins Gespräch zu kommen und sich sodann im Handeln gegenseitig zu unterstützen, würde einen großartigen Fortschritt bedeuten in Richtung zu mehr Demokratie.

Damit wir wissen, woher wir kommen, zum Schluss meines Beitrags ein Zitat von Ludwig Börne; er starb 1839 in Paris:

„Wir denken gut und reden schlecht, reden viel und tun wenig, tun manches und vollbringen nichts. Aber unsere Gleichgültigkeit gegen Handlungen entspringt nicht aus unserer Vorliebe für Worte, sondern umgekehrt, unsere Vorliebe für Worte entspringt aus Scheu vor Handlungen. Die keuschen Deutschen wenden ihre Augen weg vor jeder nackten Tat.“

Kontakt: springorum@tuc-consulting.de

„L(i)ebens-wert“: Bürgerkommune als Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung der lokalen Gesellschaft ⁸

Paul-Stefan Roß, Stuttgart

1. „Der Kopf denkt, wo die Füße stehen“



(Theoretische) Gedanken entstehen nicht unabhängig von der Praxis, in der die-/ derjenige steht, die/ der sie entwickelt. Dieser Erkenntnis folgend, die wohl auf Paolo Freire zurückgeht und z.B. in der Theologie der Befreiung eine wichtige Rolle gespielt hat, möchte ich ein paar Stichworte zu jener „Praxis“ vorausschicken, aus der heraus die hier vorgelegten Überlegungen entwickelt werden:

Es sind sehr unterschiedliche Felder, in denen meine Beine standen und stehen: Eines steht in der (katholischen) Theologie, das andere in der Sozialen Arbeit. Eines in persönlichem freiwilligem Engagement in Kirchengemeinde und Lokaler Agenda 21; eines in der beruflichen Befassung mit bürgerschaftlichem Engagement und seiner Förderung seit nun über 10 Jahren. Dieses berufliche Standbein wiederum bezieht sich auf der einen Seite auf die konkrete Unterstützung bürgerschaftlicher Gruppen in Stadtteilprojekten, aber auch auf die Beratung von Kommunen und freien Trägern bei der Frage, wie freiwilliges bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung angemessen unterstützt werden können. Auf der anderen Seite bezieht es sich auf wissenschaftliche Praxisforschung zu bürgerschaftlichem Engagement, Bürgerbeteiligung, Freiwilligendiensten und Lokaler Agenda 21, aber auch auf die Auseinandersetzung mit der Veränderung staatlichen Handelns und der Rolle der großen Organisationen des Dritten Sektors. Als berufliches Feld kommt schließlich die Ausbildung künftiger SozialarbeiterInnen an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg und der Berufsakademie Stuttgart hinzu.

Diese sehr unterschiedlichen Standorte prägen verschiedene Sichtweisen auf die Thematik. Im Vordergrund steht an dieser Stelle die *fachliche* Sicht, nicht die des engagierten Bürgers und Christen. Die primäre Fachperspektive wiederum ist hier

⁸ Erweiterte Fassung des Tagungsbeitrags.

Vgl. auch den Tagungsbeitrag von A. Hennesperger: L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde. Werte und Entwicklung der kirchlichen Gemeinden.

die des *Sozialwissenschaftlers*, nicht die des Theologen (wobei ich mir gelegentliche „Ausflüge“ vorbehalte). Die sozialetische Perspektive schließlich hat – und zwar sowohl von der Theologie als auch von der Sozialen Arbeit her kommend – viel mit einer „*Option für die am Rande*“ zu tun.

2. Kommunalentwicklung orientiert am Leitbild der „Bürgerkommune“

Die „*lebens-werte*“ und „*liebens-werte*“ Gemeinde: In dem KBE-Projekt „*lebens-wert? Lernort Gemeinde*“, das den Rahmen für diese Fachtagung bildet, geht es ausdrücklich und ganz bewusst um *Werte*. Deshalb sofort und ohne Umschweife eine erste These:

These: Wenn Städte und Gemeinden zukunftsfähig sein wollen, dann sollten sie sich in Richtung einer „Bürgerkommune“ entwickeln.

Was hat es mit der Idee der „Bürgerkommune“ konkret auf sich? Und wie kann die gerade formulierte These, diese Idee markiere ein zukunftsfähiges Leitbild für Kommunalentwicklung, begründet werden? Dies soll im Folgenden erläutert werden.

Doch zunächst eine zweifache Vorbemerkung.

Mit der Rede von der „Bürgerkommune“, in deren Hintergrund die Diskussion um die Bürger- oder Zivilgesellschaft steht, ist ein *Leitbild* für die Entwicklung von Städten und Gemeinden angesprochen: ein Bild also, das Entwicklungen *an-leiten*, nicht nur beschreiben will. Insofern geht es bei der Bürgerkommune auch um normative Orientierungen, um *Werte* der Kommunalentwicklung; ich werde darauf noch zurückkommen.

Wenn es also bei der Bürgerkommune durchaus um eine Vision handelt, so dennoch nicht um eine reine Utopie: Aus einer Reihe (z.T. gut „beforschter“) praktischer Versuche wissen wir, dass Schritte in Richtung Bürgerkommune möglich sind. Wir verfügen aber auch über Erfahrungen mit Schwierigkeiten, Stolpersteinen und Widersprüchen; Erfahrungen, die uns mahnen, nicht in eine naive oder sogar missionarische „Zivilgesellschaftseuphorie“ zu verfallen.

3. Drei Aspekte von Bürgerkommune

Zentraler Ort, an dem die Bürgergesellschaft, von der in letzter Zeit oft die Rede ist, lebendig wird, sind die Städte und Gemeinden. Die Gestaltung des lokalen Raumes im partnerschaftlichen Zusammenwirken von BürgerInnen, freien Trägern, Politik und

Verwaltung – dies ist gewissermaßen eine erste Arbeitsdefinition von „Bürgerkommune“. Dabei geht es meinem Verständnis nach nicht vorrangig um die Kommune als Verwaltungseinheit, aber auch nicht allein um den sog. „Dritten Sektor“ zwischen Staat und Markt, sondern um die lokale Gesellschaft *insgesamt* mit all ihren Teilbereichen.

Drei Aspekte sind zu anzusprechen, wenn versucht werden soll, das Leitbild „Bürgerkommune“ zu definieren.

(1) Eine „Bürgerkommune“ ist eine Stadt oder Gemeinde, die sich durch vielfältiges *bürgerschaftliches Engagement* (i. S. von bürgerschaftlicher Mitwirkung und Mitentscheidung) auszeichnet.

Bürgerschaftliches Engagement ist derzeit in aller Munde: „Jugendbegleiter“, „Pflegebegleiter“, „Senior-Experte“, „Job-Pate“ – kaum eine Woche vergeht, in der (insbesondere seitens der Politik) nicht ein neues Betätigungsfeld für Freiwillige aufgerissen und beworben wird. Und die „Bürgergesellschaft“ hat es im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung vom November 2005 sogar zu einem eigenen, wenn auch kurzen Kapitel gebracht (Kapitel 8).

Dieser rhetorische Boom hat ohne Frage auch mit finanziellen Aspekten zu tun: Die schwierige Finanzsituation der öffentlichen Kassen, aber auch der der Wohlfahrtsverbände oder anderer freier Träger im Sozial-, Kultur- und Umweltbereich trägt wesentlich dazu bei, dass das freiwillige Engagement Konjunktur hat! Und nur der Vollständigkeit halber sei angemerkt: Die großen Kirchen bilden hier keine Ausnahme. Dieser Aspekt ist Realität und sollte nicht beschönigt werden. Vor allem trägt er dazu bei, dass sowohl (engagementbereite) BürgerInnen als auch beruflich tätige Fachkräfte ausgesprochen misstrauisch auf die Hochkonjunktur des freiwilligen Engagements reagieren: „Wer will uns hier für was einspannen?“, fragen die einen, „Wer will uns hier durch billigere Kräfte ersetzen und fachliche Standards senken?“, sorgen sich die anderen.

Diese neue Wertschätzung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit hat aber keineswegs *nur* mit finanziellen Aspekten zu tun. Im Kern geht es um etwas noch sehr viel Grundsätzlicheres: es geht um die Grenzen dessen, was der Staat, aber auch was der Markt oder die großen gesellschaftlichen Organisationen jeweils für sich genommen leisten können. Zugespitzt formuliert:

Auch wenn dem Staat die doppelte Etatsumme zur Verfügung stünde, als dies momentan der Fall ist, würde freiwilliges Engagement nicht einen Deut weniger wichtig! Warum?

Unsere Gesellschaft steht heute und in nächster Zukunft vor einer Reihe großer Herausforderungen: Gestaltung des demografischen Wandels; Bildung und Betreuung von Kindern und Heranwachsenden; Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen; Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern; nachhaltige Entwicklung im Dreieck von ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragen; Unterstützung pflegebedürftiger Menschen; Neubewertung von Arbeit; Teilhabe von Menschen mit Behinderungen usw. Meine Behauptung lautet: Keine dieser Aufgaben wird allein von den Betroffenen selbst (auf dem Wege der Selbsthilfe) zu lösen sein, noch allein vom Staat (mit Gesetzen oder Finanzmitteln) oder allein durch den Markt (nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage). Vielmehr werden sich die genannten Herausforderungen nur befriedigend gestalten lassen, wenn es Menschen gibt, die bereit sind, aus dem Bereich ihres Privatlebens hervorzutreten und die gemeinsam mit anderen versuchen, einen Beitrag zu einem gelingenderen Leben in ihrer Stadt, ihrem Dorf, ihrem Quartier zu leisten – sprich: die sich bürgerschaftlich engagieren.

Das mag zunächst kompliziert und abstrakt klingen, ist aber sehr konkret:

Bürgerschaftliches Engagement, das heißt

- immer wieder aus den vier Wänden der eigenen Privatheit von Beruf, Freizeit, Familie und Freundeskreis hervorzutreten, sich mit offenen Augen auf einen Rundgang durch die Gassen und Straßen des Wohnquartiers, des Dorfes oder der Stadt zu machen und zu schauen, wie es um den Ort, an dem ich lebe, vor allem um die Menschen, die hier leben, bestellt ist.
- sich dann auf den öffentlichen Marktplatz zu begeben, wo über das, was anliegt, und darüber, was zu tun ist, diskutiert und durchaus gestritten wird. - Ein solcher „Marktplatz“, ein solches „Forum“ im besten Sinne des (lateinischen) Wortes können Parteien und offizielle Bürgerversammlungen sein, aber auch unabhängige Bürgerinitiativen oder Vereine. Und es können die örtlichen Kirchengemeinden sein!
- sich mit den eigenen Wahrnehmungen, aber auch den eigenen Werten in diese Debatten einzumischen.
- die o.g. Herausforderungen (die sich noch um viele andere ergänzen ließen) als Aufgaben zu verstehen, die nur von der Gesellschaft insgesamt bewältigt werden können.
- ... und es heißt, dazu auch selbst einen aktiven Beitrag zu leisten – an welcher Stelle und in welchem Umfang auch immer.⁹

⁹ Konkretisiert an Beispielen aus der Jugendarbeit:

Wenn Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit an einer kirchlichen Pfadfindergruppe teilnehmen oder im örtlichen Sportverein Handball spielen, so kann man sicher mit guten Gründen sagen: „Gut, dass

Ohne bürgerschaftliche Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement keine zukunftsfähige und vor allem lebenswerte Gesellschaft – dass ist ein *Kernaspekt* der Idee der Bürgergesellschaft. Aber es ist auch nur *ein* Aspekt.

- (2) Eine „Bürgerkommune“ ist eine Stadt oder Gemeinde, in der die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche – Staat (Rat und Verwaltung), Verbände des Dritten Sektors, Wirtschaft – einerseits eine solche Stärke bürgerschaftlichen Engagements zur Geltung kommen lassen bzw. durch geeignete Maßnahmen *unterstützen und aktiv ermöglichen*, andererseits mit den BürgerInnen zur Gestaltung des lokalen Raums *gemeinwohlbezogen ko-produktiv und kooperativ-demokratisch zusammenwirken*.**

Wenn von „Bürgergesellschaft“, „Bürgerkommune“ und „bürgerschaftlichem Engagement“ die Rede ist, geht es (neben der mit dem ersten Aspekt angesprochenen Initiative der BürgerInnen) wesentlich auch darum, dass *alle* Teilbereiche von Gesellschaft eben solches Engagement ermöglichen. Der Staat, die Wirtschaft und die großen Verbände bzw. Organisationen sind aufgefordert, so zu handeln, dass bürgerschaftliche Eigeninitiative und Mitbestimmung nicht nur nicht behindert, sondern aktiv ermöglicht und gefördert werden. Bürgergesellschaft und Bürgerkommune sind also nicht nur ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger, sondern das Projekt der „Zivilisierung“ von Gesellschaft *insgesamt*. Insofern formuliert die Idee der Bürgergesell-

sie hier aktiv sind, statt daheim allein vorm Fernseher zu sitzen oder einfach irgendwo in der Stadt abzuhängen!“. Ob in der kirchlichen, der sportlichen, politischen, kulturell-musischen, ökologischen oder offenen Jugendarbeit: junge Menschen können hier persönliche, soziale und organisatorische, aber auch ethische Kompetenzen erwerben, die es (wie eine Engagierte es ausdrückte) „nirgends zu kaufen“ gibt.

Auf der anderen Seite würde man die, die Handball spielen, im Chor singen oder Mitglied bei den Pfadfindern sind, nicht unbedingt als „Ehrenamtliche“ bezeichnen. Dieser Begriff trifft jedoch auf diejenigen zu, die über das Mitmachen hinaus - auf Dauer oder kurzfristig - eine Aufgabe in Verein oder Verband übernehmen: Als Gruppenleiter, Trainerin, im Vorstand, bei der Durchführung einer Freizeit usw. Ob diese Menschen sich dabei als „Ehrenamtliche“, „Freiwillige“, „bürgerschaftlich Engagierte“ oder wie auch immer bezeichnen, hängt von ihrer eigenen Sichtweise oder der Tradition ihrer Organisation ab.

Diese Ehrenamtlichen setzen sich zunächst für den Zweck ihres Verbandes oder Vereins ein: Für guten Handball, für spannende Gruppenstunden, für gelungene Musikaufführungen, für erfolgreiche Projekte im Umweltschutz. Und so soll es auch sein. Wenn nun diese Ehrenamtlichen wahrnehmen, dass in dem Stadtteil, in dem sie mit ihrem Verein verankert sind, eine zunehmende Zahl von Jugendlichen ohne nennenswerte Perspektive auf der Straße hängt; wenn sie darüber hinaus auf den Gedanken kommen, Sport, Musik oder Ferienfreizeiten zu nutzen, um solchen Jugendlichen sinnvolle Betätigungsmöglichkeiten, neue Lernfelder und neue Netzwerke zu bieten; und wenn sie diesen Gedanken auch in die Tat umsetzen – genau dann sind sie *bürgerschaftlich* engagiert! Über ihre privaten Aktivitäten und über ihre Gruppen- bzw. Vereinarbeit leisten sie einen Beitrag für ein Gemeinwesen, das auch „schwierigen“ Jugendlichen Teilhabemöglichkeiten eröffnet.

schaft oder Bürgerkommune Handlungs- und Rollenerwartungen an alle gesellschaftlichen Teilbereiche:

- an die einzelne Person (wie oben bereits erläutert) die Erwartung, ihren Handlungsradius nicht auf die eigenen primären Netze zu beschränken, sondern immer wieder aus dem informellen Bereich heraus zu treten und sich gemeinsam mit anderen für die eigenen Belange und die Belange anderer einzusetzen – sprich: sich bürgerschaftlich zu engagieren.
- an den Staat die Erwartung, solches sich in freien Assoziation kristallisierendes bürgerschaftliches Engagement aktiv zu ermöglichen: durch das Einräumen von Spielräumen für Mitgestaltung und demokratische Mitbestimmung, aber auch durch eine aktive Förderpolitik freiwilligen Engagements.
- an die bestehenden Assoziationen des Dritten Sektors die Erwartung, sich nicht in para-staatliches Handeln hier oder marktförmiges Agieren dort aufzulösen, nicht allein auf die Verberuflichung der Wohlfahrtsproduktion zu setzen und sich schließlich nicht abzuschotten, sondern einerseits in ihre Wohlfahrtsproduktion freiwilliges Engagement systematisch zu integrieren, andererseits „Andockstellen“ für neu entstehende selbstorganisierte bürgerschaftliche Gruppierungen zu bieten.
- an die Wirtschaft die Erwartung, sich nicht auf kurzfristige betriebswirtschaftliche Gewinnmaximierung zu beschränken, sondern im Sinne von „corporate social responsibility“ (CSR) für eine sozial stabile Gesellschaft zu engagieren, die wiederum (langfristige) Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens ist.

Diese Forderungen sind nicht nur normative Postulate, sondern entspringen schierer Notwendigkeit. Alltägliche Erfahrungen zeigen und wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen: Der Staat gerät in immer mehr wichtigen gesellschaftlichen Fragen mit seinen klassischen Mitteln an Grenzen. Dabei geht es neben finanziellen Restriktionen um sehr grundsätzliche Grenzen: In einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft wie der unseren können ein solidarisches Zusammenleben verschiedener Generationen, Fairness zwischen Männern und Frauen, Dialog zwischen Kulturen, gesellschaftliche Teilhabe Behinderter usw. durch Gesetze, Verwaltungsvorschriften und finanzielle Zuschüsse zwar *unterstützt*, nicht aber *hergestellt* oder *erzungen* werden.

Angesichts dieser Grenzen staatlicher Möglichkeiten hat man in den vergangenen Jahren (gerade auch im Sozialbereich) verstärkt auf den Markt gesetzt. Verbunden damit war die Hoffnung, ökonomisches Denken und Handeln in den Kategorien von Dienstleistung, von Angebot und Nachfrage, Konkurrenz und Profitmaximierung werde zu besseren und günstigeren Lösungen führen als staatliche Steuerung über Finanztransfers,

Gesetze und Vorschriften. „Kundenorientierung“ hat viele positive Aspekte. Aber auch hier wurden Grenzen deutlich: Soziale Hilfen sind nur bedingt als „Produkte“ darzustellen, die auf einem freien Markt angeboten und eingekauft werden. Und wo die ökonomische Logik nicht nur den wirtschaftlichen Sektor (also sozusagen ihr „Stammland“) prägt, sondern auch im Bereich der privaten Lebenswelt oder im Bereich der kleinen und großen freien Organisationen vorherrschend wird, wo die ökonomische Logik diese Bereiche gleichsam „kolonialisiert“, dort drohen Werte wie gegenseitige Hilfe, Solidarität und gemeinschaftliches Handeln ins Hintertreffen zu geraten. Einen Raubbau an „sozialem Kapital“, also einen nicht-nachhaltigen Umgang mit den geraden genannten Gütern, kann sich eine Gesellschaft auf Dauer nicht leisten.

Lange glaubte man also, der *Staat* könne mit seinen Interventionen und Reformen die „gute Gesellschaft“ erreichen. In den letzten Jahren vertraute man der „unsichtbaren Hand“ des *Marktes*. Wo nun beide an ihre Grenzen kommen, wäre es meiner Überzeugung nach der dritte Trugschluss, zu meinen, die *BürgerInnen* mit ihrem freiwilligen Engagement könnten es richten. Eine solche Rechnung kann aus zwei Gründen nicht aufgehen:

- Erstens ist freiwilliges Engagement nun einmal *freiwillig*. Es lässt sich nicht herbeikommandieren und nicht beliebig einplanen. Und wo solches doch versucht wird, ziehen sich engagementbereite Menschen sehr schnell wieder zurück.
- Zweitens zeigen alle unsere Untersuchungen, dass freiwilliges Engagement zwar in hohem Umfang *vorhanden* ist - etwa 36% der BundesbürgerInnen über 14 Jahren engagieren sich regelmäßig (wenn auch in unterschiedlichem Umfang) -, aber durchaus *voraussetzungsreich* ist: Menschen werden dann freiwillig aktiv, wenn sie entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Rahmenbedingungen, die von Einführung, Fortbildung und Begleitung bis zu tatsächlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten reichen.

All das aber fällt nicht vom Himmel. Sprich: es geht um eine aktive Engagementförderung, die nicht umsonst zu haben ist. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, auch das sei unmissverständlich gesagt, stellt für diejenigen, die seine Förderung ernsthaft und wirksam betreiben wollen, *ein Investitionsprogramm* dar – *kein Sparprogramm*.

Bürgergesellschaft und Bürgerkommune bedeuten keinen beliebigen Verschiebebahnhof von Verantwortlichkeiten, sondern die Suche nach neuen, übergreifenden *Verantwortungspartnerschaften* für die Lösung drängender gesellschaftlicher Aufgaben. Die Leitfrage der Bürgergesellschaft lautet: Wie können Staat, Wirtschaft, die großen Verbände des Dritten Sektors und engagierte BürgerInnen so *zusammenwir-*

ken, dass tragfähige Lösungen zustande kommen? Die BürgerInnen spielen dabei mit ihrem freiwilligen Engagement eine zentrale, unverzichtbare Rolle. Aber sie spielen kein Solo. Es geht vielmehr um die Kombination von Beiträgen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Fachbegriffe, die hier genannt werden können, sind „Wohlfahrts-Mix“ oder „Ko-Produktion“. Ob Pflege, Kinderbetreuung, interkulturelles Zusammenleben, Betreuung von Demenzkranken, Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, aber auch Betrieb öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie Bäder oder Bibliotheken: Unter dem Leitbild der Bürgergesellschaft werden all diese Aufgaben weder „privatisiert“ (also an die Einzelnen und ihre Familien verwiesen – nach dem Motto: „Darum muss sich jeder selbst kümmern!“) noch „verstaatlicht“ (Lösung über Gesetze und Geldtransfers – nach dem Motto: „Wozu haben wir die ganzen Einrichtungen, die ich mit meinen Steuern mit finanziere?!“) oder „ökonomisiert“ (also der Regelung durch den Markt anheim gegeben – nach dem Motto: „Wo eine Nachfrage ist, entsteht auch ein Angebot!“), sondern gewissermaßen „vergesellschaftet“ – nach dem Motto: „Wie können wir das Problem gemeinsam möglichst optimal lösen?“.

„Verantwortungspartnerschaften“, „Wohlfahrts-Mix“ oder „Ko-Produktion“ – dafür gibt es (jenseits der abstrakten Fachbegriffe) bereits viele konkrete Beispiele:

- Eine kleine Gemeinde geht unter dem Leitmotto „Das Dorf übernimmt den Generationenvertrag“ neue Wege, um älteren MitbürgerInnen auch bei Pflegebedürftigkeit ein Verbleiben im Dorf (statt eines Umzugs ins entfernte Heim) zu ermöglichen. In Trägerschaft eines eigens hierfür gegründeten und von mehreren hundert BürgerInnen unterstützten Vereins wird in der Dorfmitte ein Betreutes Wohnen aufgebaut. Das Betreuungsnetz spannen die am Ort lebenden Angehörigen und Freunde, eine ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe und die regionale Pflegestation. Die Kommune hat den Entwicklungsprozess angestoßen und sichert das Gesamtprojekt letztlich auch finanziell ab. Die beiden Kirchengemeinden tragen es mit und sorgen für Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein Architekt entwickelt gemeinsam mit der Planungsgruppe aus BürgerInnen und Fachleuten das Baukonzept und tritt zugleich als Investor auf. Durch dieses Zusammenwirken entsteht im Dorf eine Qualität für Leben im Alter, die keiner der Beteiligten allein hätte ermöglichen können.
- In einer Stadt erfolgen sämtliche Spielplatzneu- oder Umgestaltungen in Kooperation von städtischem Grünflächenamt, Fachleuten aus Landschaftsbau und Pädagogik sowie interessierten Kindern und Eltern. Die VerwaltungsmitarbeiterInnen sorgen für die Rückkoppelung mit der gesamtstädtischen Planung und für die erforderlichen Finanzmittel. Die Fachleute tragen ihr Know-how bei. Die Eltern und Kinder bringen ihr Alltagswissen um die Bedarfe im jeweiligen Quartier, ihre Ideen, aber auch ihre handfeste Mitwirkung bei der Umsetzung (mit der „Schaufel in der Hand“) ein. Wo so viele BewohnerInnen beteiligt sind, lassen sich in der Regel Firmen als Sponsoren für ein Gerät oder eine Bepflanzung finden. Eine externe Fachperson übernimmt die Moderation des Planungs- und Umsetzungsprozesses. So kommen Spielplätze zustande, die nicht an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbeigeplant sind, die sich von Anfang an einer hohen Akzeptanz und Identifikation seitens der Bewohnerschaft erfreuen (im Übrigen eine wirksame Verbeugung gegen Vandalismus!) und auf denen sich manche Lösung realisieren lässt, die sonst den knappen Kassen zum Opfer gefallen wäre.
- Wo es um Menschen mit Behinderungen geht, ist in der Diskussion der vergangenen Jahre immer wieder betont worden, Ziel müsse eine möglichst umfangreiche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sein. Um diesem Ziel näher zu kommen, setzt ein Träger der Behindertenhilfe konsequent auf dezentrale ambulante Wohnformen (an Stelle großer Komplexeinrichtungen). Damit aus örtlicher Dezentralität tatsächlich ein „Leben in der Gemeinde“ wird, wird in der Nachbarschaft solcher

Wohngruppen intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Vielerorts finden sich „Nachbarn“, die die Wohngruppe bei alltäglichen Dingen (Einkauf, kleinen Reparaturen, Kino- oder Gottesdienstbesuchen usw.) unterstützen. Darüber kommen viele „normale“ zwischenmenschliche Kontakte zustande. In unspektakulärer Weise werden Brücken ins Vereins- und Kirchengemeindeleben geschlagen und Netze genutzt. In den örtlichen Kindertagesstätten wird dafür geworben, Kinder mit Behinderungen in die Einrichtung zu integrieren. Mit Betrieben am Ort wird über fachlich und finanziell geförderte Arbeitsplätze verhandelt. So entstehen Begegnungen, deren besondere Qualität gerade in ihrer Alltäglichkeit liegt.

Die als zentrales Kennzeichen von Zivilgesellschaft und Bürgerkommune genannten Verantwortungspartnerschaften, die nichts mit dem Abwälzen von Zuständigkeiten zu tun haben, brauchen also nicht erst erfunden zu werden: in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in der Betreuung von Demenzkranken, im Betrieb öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie Bäder oder Bibliotheken, aber auch in der Behindertenarbeit gibt es längst überzeugende „Prototypen“. Aber sie müssen dringend Schule machen, sie müssen „in Serie“ gehen.

Die genannten und viele weitere Beispiele zeigen, dass eine solche „Ko-Produktion“ oder „gemischte Wohlfahrtsproduktion“ nicht nur gelingen kann, sondern im Ergebnis zu Lösungen führt, die der Staat, der Markt oder die BürgerInnen jeweils für sich genommen so nie hätten erreichen können. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, dass diesem Weg die Zukunft gehört. Gleichwohl kommt Ko-Produktion nicht von selbst zu Stande, sondern ist ein (oft mühsamer und nicht selten konfliktreicher) Prozess, der Investitionen von allen Seiten erfordert. Schließlich: Eine gemeinsame Übernahme von Verantwortung gelingt nur dort, wo sie auch gemeinsam, transparent und demokratisch *ausgehandelt* wird; wo also nicht die einen Beteiligten den anderen einfach Aufgaben zuschieben wollen.

Der dritte konstitutive Aspekt von Bürgerkommune führt nun unmittelbar zur Werte-Thematik:

(3) Eine „Bürgerkommune“ ist eine Stadt oder Gemeinde, in der sowohl für die Interaktion innerhalb ihrer Teilbereiche als auch für die Interaktion zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen *zivile und demokratische Werte und Interaktionsregeln* gelten.

„Zivilgesellschaft“ und „Bürgerkommune“ beinhalten damit auch ein normatives Konzept für das Zusammenspiel sowohl *innerhalb* der gesellschaftlichen Sektoren (also z.B. innerhalb der Bürgerschaft, innerhalb der Politik usw.) als auch zwischen ihnen. Es geht um eine Zivilisiertheit der Interaktion, deren inhaltliche Eckpunkte nicht von vornherein und nicht ein für alle mal feststehen, sondern die sich in einem Kulturalisierungsprozess diskursiv entwickeln und – ganz im Sinne der im Beitrag von Tho-

mé¹⁰ herausgestellten Nicht-Endgültigkeit einer als Prozess verstandenen Werteorientierung - beständig weiter formen. Gegenwärtig können für unsere deutsche Gesellschaft (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) genannt werden:

- gegenseitige Rücksichtnahme und Bemühen um Gewaltfreiheit;
- Rechtstaatlichkeit auf Grundlage einer unabhängigen Justiz als Teil funktionierender Gewaltenteilung;
- demokratische Partizipation als dauerhaftes Bemühen um die Sicherung von Teilhabe und Mitgestaltung in unterschiedlichen Spielarten;
- bürgerschaftliches Engagement als aktive, freiwillige und ebenso eigennutz- wie gemeinwohlorientierte Mitwirkung an der Gestaltung lokaler Lebensräume, in sozialer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Hinsicht;
- Gerechtigkeit als ein Prinzip, das Orientierung bietet;
- offene Gesellschaft in dem Sinne, Pluralität zu akzeptieren, Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensstilen, Werthaltungen und Glaubensrichtungen zu üben sowie gesellschaftlichen Wandel zu akzeptieren;
- Herstellung von Wohlfahrt als gemeinsamer gesellschaftlicher Aufgabe;
- Nachhaltigkeit im Sinne einer sozial gerechten, ökonomisch erfolgreichen und ökologisch verträglichen Entwicklung von Gesellschaft.

Damit sind „zivile Regeln des Umgangs“ benannt, an denen sich der Staat genauso orientieren soll wie der Markt oder wie die einzelne Person in ihrer Lebensführung. „Zivile Regeln“ aber auch, über die ein gesellschaftlicher Konsens immer wieder hergestellt werden muss.

Mit Blick auf den Lernort „l(i)ebens-werte Gemeinde“ verdient dieser Aspekt eingehende Aufmerksamkeit.

4. Bürgerkommune: auch eine Frage von Werten

In der Bürgerkommune geht es nicht nur um praktisches Handeln, Strukturen der Engagementförderung oder ordnungspolitische Rahmenbedingungen.

These: In der Bürgerkommune muss über Werte gesprochen und gestritten werden.

Diese These kann mit drei Betonungen vorgetragen bzw. gelesen werden:

¹⁰ Martin Thomé: Was etwas wert ist. Begriffsbestimmungen und Orientierungsfragen. Einführender Beitrag zur KBE-Fachtagung „L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde ...“ (vgl. die Tagungsdokumentation).

- *Erstens: In der Bürgerkommune **muss** über Werte gesprochen und gestritten werden – statt sich gegenüber Wertfragen indifferent zu verhalten („Jeder soll sich für das engagieren, was ihm wichtig ist!“).*

Argumentiert man im Zusammenhang mit der Bürgerkommune nur formal („Wichtig ist, dass BürgerInnen sich engagieren – worum es geht, ist zweitrangig“), gerät man schnell in Schwierigkeiten: es droht eine problematische Beliebigkeit.

Diese Problematik kann man von zwei Seiten aus beleuchten:

(a) Greifen wir das gerade genannte Beispiel von dezentralen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen auf. In diesem Zusammenhang kann es – neben tatkräftiger Unterstützung - auch zu einem bürgerschaftlichen Engagement kommen, das darin besteht, dass AnwohnerInnen sich zu einer Protestinitiative gegen die Ansiedlung der Wohngruppe zusammenschließen. Aus der Befürchtung heraus, ihre Wohnqualität könne sich mindern oder der Wert ihrer Immobilien sinken, entfalten sie ein hohes selbstorganisiertes Engagement, sammeln Unterschriften, laden zu Bürgerversammlungen ein und suchen das Gespräch mit Rathaus und Ratsfraktionen. In einer solchen Situation ist meines Erachtens weder „moralische“ Empörung („Wie kann man nur gegen Behinderte sein?“) angemessen noch der formal richtige Hinweis, auch hier handele es ja um Bürgerengagement („Was soll man da sagen?“). Notwendig ist vielmehr ein offener Streit um die jeweils (implizit oder explizit) vertretenen Werte: Ist „Teilhabe aller an der Gesellschaft“ für mich ein Wert? Und was ist diese Teilhabe mir wert? Welche konkurrierenden Werte gibt es und wie werden sie begründet? Ähnliches ließe sich am Beispiel von Kinderspielplätzen (wo nicht selten „elternschaftliches“ und „nachbarschaftliches“ Bürgerengagement aufeinander prallen) oder am Beispiel von Verkehrsprojekten (Initiativen für und gegen eine Umgehungsstraße) verdeutlichen. Immer geht es um die Abwägung unterschiedlicher Werte. Die damit erhobene Forderung, sich diesem Streit oder Diskurs zu stellen (statt entweder nur mit den Schultern zu zucken oder aber ohne Umschweife vor Gericht zu ziehen), markiert auf einer zweiten Ebene gewissermaßen einer der zentralen o. g. „Meta-Werte“ der Bürgerkommune.

Bisweilen wird man in diesem Zusammenhang aber auch extreme Beispiele zu verhandeln haben. Wenn sich Menschen für „ausländerfreie Zonen“ stark machen, so sind auch hier – formal gesehen – BürgerInnen engagiert, stimmen „demokratisch“ über den einzuschlagenden Kurs ab, bestimmen in freier Wahl ihren Sprecher usw. Hier steht die „offene Bürgergesellschaft“ schnell vor den Grenzfragen jeder freiheitlichen Demokratie: Erstens vor der Frage, wie viel Toleranz sie aufbringen will gegenüber Personen, die sie (die Gesellschaft) selbst in ihrer Offenheit nicht tolerieren; Personen, die ihre Werte nicht in einen Diskurs einbringen, sondern ohne Rücksicht

auf andere mit Gewalt durchsetzen wollen. Hier steht Gesellschaft dann vor der zweiten Frage, wann und wo sie zur „wehrhaften“ Bürgergesellschaft wird, die an einem bestimmten Punkte demokratische Werte mit Hilfe staatlicher (nicht bürgerschaftlicher!) Gewalt schützt.

(b) Die angesprochene Problematik ist jedoch nicht nur mit Blick auf das Handeln von BürgerInnen zu beleuchten, sondern auch mit Blick auf das Agieren der staatlichen Akteure:

Hier ist nun sozusagen das Rathaus, das sich das Leitbild der Bürgerkommune auf die Fahnen geschrieben hat, gefragt: „Welches Bürgerengagement ist für uns ein Wert? Und was ist es uns wert?“. Konkret: Welches bürgerschaftliche Engagement wollen wir mit Geld und Personal unterstützen, welches nicht? Die Notwendigkeit, sich dieser Frage zu stellen und begründbare Antworten zu formulieren, ergibt sich zum einen aus den gerade oben angestellten Überlegungen zu den höchst unterschiedlichen Werten, die in bürgerschaftlichem Engagement zum Tragen kommen können. Es kann einer auf die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Kommune nicht gleich-gültig sein, welches Engagement sie fördert. Die Notwendigkeit ergibt sich zum anderen aus der Praxiserfahrung, dass Kommunalpolitik und öffentliche Verwaltungen oft noch in ganz anderer Hinsicht dazu neigen, zwischen „erwünschtem“ und „unerwünschtem“ bürgerschaftlichen Engagement zu unterscheiden – entlang ihrer eigenen strategischen oder inhaltlichen Interessen: dass Eltern beim Bau eines Spielplatzes Hand anlegen oder BürgerInnen eine Nachbarschaftshilfe gründen, wird hoch gelobt - dass BürgerInnen eine Initiative gründen, um die vom Gemeinderat beschlossene Umwidmung eines Landschaftsschutzgebiets in Gewerbeflächen zu verhindern, wird als „mangelnde Akzeptanz demokratisch gefasster“ Beschlüsse diskreditiert. Wenn der Anspruch „Bürgerkommune“ nur halbwegs ernst gemeint ist, so hilft auch hier nur eines: jenseits von indifferenter Gleichgültigkeit hier und Engagementförderung nach Gutsherrenart dort muss es einen offenen, fairen Disput darüber geben, ob es „solches“ und „solches“ Bürgerengagement gibt, an welchen Kriterien sich eine Grenzziehung festmachen lässt, was unter „Demokratie“ verstanden wird und wie Konflikte zwischen verschiedenen Subjekten demokratischer Rechte auszutragen sind.

- *Zweitens: In der Bürgerkommune muss über **Werte** gesprochen und gestritten werden – statt zu „moralisieren“.*

Die Unterscheidung von „Moral“, „Ethik“ und „Werten“, wie sie im Beitrag von Thomé vorgenommen wird, ist auch für die Bürgerkommune von erheblicher Bedeutung. Denn gerade im Zusammenhang mit Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement wird in der öffentlichen Debatte heute in hohem Maße „moralisiert“. Damit

wird aber die notwendige Auseinandersetzung um Werte verhindert oder zumindest verstellt.

„Moralisch“ kommen zum einen viele Appelle seitens der Politik daher: Die durch den Wohlfahrtsstaat der „Eigeninitiative entwöhnten“ BürgerInnen müssten der „sozialen Hängematte“ entsteigen, ihre „Vollkaskomentalität“ ablegen und nunmehr wieder selbst Verantwortung übernehmen. Das Recht auf bestimmte Leistungen sei zu koppeln an die Pflicht zu Eigenaktivität usw. All dies hat mit „ethischen Dialogen“ oder einem Streit über Werte zunächst wenig zu tun.

Dies gilt auch dort, wo – im Zusammenhang mit der Bürgergesellschaft oft zu hören – in sehr pauschaler Weise Gemein Sinn-Rhetorik gepflegt wird: Letztlich säßen „alle im selben Boot“ heißt es hier, Engagement habe „dem Gemeinwohl zu dienen“ dort. Worin aber dieses Gemeinwohl genau besteht und wer es auf welchem Wege definiert, wird selten offen verhandelt.

Wo aber in dieser Weise „moralisiert“ wird, droht die Gefahr von Ideologie: die jeweils eigene Deutung von „Gemeinwohl“ wird als allgemeingültig absolut gesetzt und als unhinterfragbar dargestellt. Oder noch schärfer formuliert: Eigene partikulare Interessen werden als Gemeinwohl definiert und sollen den weniger mächtigen Akteuren als Orientierung aufgenötigt werden. Was als „Gemeinwohl“ propagiert wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als „Wohl“ der Mehrheitsfraktion im Rathaus, als Wohl der Oberbürgermeisterin, der örtlichen Wirtschaft oder eines Verbandes. All diese Perspektiven haben ihre Berechtigung. Nur müssen sie - jedenfalls in der Bürgerkommune – offen als eigene Interessen (und möglicherweise Werte) deklariert und in eine öffentliche, möglichst herrschaftsfreie Debatte eingebracht werden.

- *Drittens: In der Bürgerkommune muss über Werte gesprochen und **gestritten** werden.*

In einer pluralen, ausdifferenzierten Gesellschaft gibt es keinen unhinterfragten „Wertehimmel“, auf den sich alle Mitglieder der Gesellschaft umstandslos beziehen könnten. Auch in Deutschland sind an die Stelle einer überschaubaren Zahl gesellschaftlicher Großgruppen oder sozio-kultureller Milieus (Katholizismus, Protestantismus, Arbeiterschaft, liberales Bürgertum...), die jeweils auch für ein bestimmtes normatives Programm standen, eine Vielfalt höchst unterschiedlicher Milieus oder „Werteinseln“ getreten; „Werteinseln“, die untereinander oft kaum noch in Sichtweite liegen.

Genauso würde, wie oben zu begründen versucht wurde, eine Indifferenz gegenüber Werten die Bürgerkommune schnell ad absurdum führen. Insofern wird, wie es M. Brumlik einmal formuliert hat, „die Bürgergesellschaft der Zukunft nicht Ergebnis gemeinsam geteilter Werte, sondern fair ausgetragener Konflikte“ sein. Dieser „bürgergesellschaftliche Wertestreit“ setzt zweierlei voraus: erstens Gruppierungen, die ihre

Vorstellungen einbringen; zweitens Arenen und Foren, in denen der Streit fair ausgetragen wird. In beiderlei Hinsicht sehe ich die Kirchengemeinden gefordert: als Faktor wie als Forum.

Mit Blick auf die „L(i)ebenswerte Gemeinde“ verdienen zwei der o.g. zivilen und demokratischen Werte, die für die Interaktion in einer Bürgerkommune normativ leitend sein sollen, eine genauere Betrachtung:
„Demokratische Partizipation“ und „Nachhaltigkeit“.

5. Kernwerte in der Bürgerkommune I:

„Demokratische Partizipation“ - Stärkung *durch* und *zur* Teilhabe

Demokratische Partizipation, verstanden als dauerhaftes Bemühen um die Sicherung von Teilhabe und Mitgestaltung aller Mitglieder einer Gesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Formen, markiert einen zentralen Wert in der Bürgerkommune – über diese These wird ein Verbal-Konsens leicht herzustellen sein. Näheres Hinsehen zeigt jedoch, dass die Tücken im Detail liegen.

These: Die Bürgerkommune braucht transparente und von allen Beteiligten akzeptierte Regeln, wie Bürgerschaft, öffentliche Verwaltung und Politik innerhalb kooperativ-demokratischer Verfahren zusammenwirken.

Eine Schwierigkeit, die auf der lokalen bzw. kommunalen Ebene sehr bald auftaucht (und schnell zum handfesten Konflikt werden kann), hängt mit der Frage zusammen, in welchem Verhältnis neue erweiterte Formen der Beteiligung – Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Stadtteilinitiativen usw. – zu den klassischen Formen demokratischer Beteiligung stehen, d.h. zu den Gremien und Verfahren repräsentativer Demokratie (gleiche und geheime Wahlen, Bürgerentscheide, Kommunalparlamente, direkt gewählte BürgermeisterInnen usw.). Wenn hier nicht von Anfang an transparente Regeln vereinbart werden, kommt es zu erheblichen Reibungsverlusten und Frustrationen, wird die ohnehin beklagte „Politikverdrossenheit“ (die freilich weniger Verdrossenheit mit Politik als solcher ist, sondern mit der Art und Weise, wie gegenwärtig Politik organisiert wird) weiter verstärkt.

Genauer eingehen möchte ich an dieser Stelle jedoch auf eine andere Problematik, die mit freiwilligem Engagement und Bürgerbeteiligung unlösbar verknüpft ist und die mit Blick auf den Teilhabe-Gedanken schwerwiegende Fragen aufwirft, ja die Idee der Bürgerkommune insgesamt massiv in Frage stellt.

These: Die Bürgerkommune braucht „aufsuchende Beteiligungsarbeit“, die systematisch jene Personengruppen zur Teilhabe stärkt, die in geringem Maße in die Gesellschaft inkludiert sind.

Das Phänomen ist empirisch gut belegt: Gerade zu den neuen Formen von Engagement und Beteiligung (jenseits traditioneller Vereine und jenseits von Wahlen) finden bestimmte Bevölkerungsgruppen erheblich leichteren Zugang als andere. Es sind ganz überwiegend diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die beruflich und sozial gut integriert sind, die es gewohnt sind, sich in öffentlichen Bereichen zu bewegen und sich zu Wort zu melden, die sich auch in die Planungsgruppe für den neuen Kinderspielplatz einbringen oder ein Wochenende lang an der Werkstatt „Unser Dorf 2020“ teilnehmen, die sich über Monate hinweg in Arbeitskreisen der Agenda 21 engagieren, die eine Vormittagsbetreuung für Kleinkinder organisieren oder Unterschriften für den Erhalt des Schwimmbades sammeln usw. Jene BürgerInnen dagegen, deren Lebensverhältnisse in vielfacher Hinsicht „prekär“ sind (fehlende Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnbedingungen usw.) wird man in all den genannten Projekten und Initiativen weit unterrepräsentiert finden. Im einschlägigen Jargon ist daher von einer „Mittelschichtslastigkeit“ die Rede, die im Übrigen auch mit Blick auf die durchschnittlichen Kirchengemeinden und die kirchlichen Bildungsangebote diskutiert wird.

Diese soziale Selektivität ist dabei jedoch mehr als ein bedauerlicher Schönheitsfehler einer insgesamt positiv zu bewertenden Tendenz hin zu erweiterter Bürgerbeteiligung und verstärkter Förderung freiwilligen Engagements. Denn es sind gerade *diejenigen* BürgerInnen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohnehin eingeschränkt ist, die auch dort keinen Zugang finden, wo bürgerschaftliche Teilhabe ausdrücklich und in besonderer Weise ermöglicht werden soll. Bestehende Ausschlussphänomene werden – entgegen der etwa mit der Durchführung von Beteiligungsverfahren verbundenen Beteuerung – nicht nur nicht überwunden, sondern sogar weiter verstärkt. Bürgerbeteiligung im gängigen Format hat mit Blick auf bestimmte Bevölkerungsgruppen weder einen positiven Effekt noch einen neutralen, sondern sogar einen negativen! Zugleich nutzen diejenigen BürgerInnen, die auch sonst gesellschaftlich gut integriert und beteiligungsgewohnt sind, Beteiligungsverfahren in überdurchschnittlich hohem Maße – und können so ihre Teilhabe- und Gestaltungspotenziale weiter ausbauen. Dieses Phänomen könnte man – soziologisch – als „Exklusionsverdoppelung“ bzw. „Exklusionsverstärkung“ bezeichnen. Manche sprechen auch vom „Matthäus-Effekt“ und spielen damit auf ein berühmtes Jesuswort an: „Denn wer hat, dem wird gegeben. Wer aber nicht hat...“ (Mt 25, 29). In jedem Fall ist festzuhalten: „Gut gemeint“ wirkt hier „doppelt schlecht“!

Das Bemühen um die Förderung von freiwilligem Engagement und von Beteiligung - unabhängig davon, ob es sich nun in einem kommunalen, kirchlichen oder verbandli-

chen Rahmen abspielt - wird somit nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die faktisch überdurchschnittliche Resonanz, die sie bei BürgerInnen der mittleren und gehobenen gesellschaftlichen Milieus erfährt, nicht nur statistische Selektivität, sondern „Exklusionsverdoppelung“ bedeutet. Dieser Umstand ist nicht marginal. Er führt vielmehr das eigene zivilgesellschaftliche Anliegen ad absurdum und erfordert deshalb ein entschiedenes und systematisches Gegensteuern sowohl auf der strategischen als auch auf der operativen Ebene.

Hier hilft jedoch eine andere Erkenntnis aus zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Projekten weiter. Sie lautet, dass diese Selektivität weder zufällig noch prinzipiell unvermeidbar ist. Sie ist vielmehr Produkt der Anwendung bestimmter *Verfahren* der Bürgerbeteiligung bzw. Engagementförderung in Bezug auf bestimmte *Personengruppen*: Bestimmte Verfahren sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen in sehr viel höherem Maße „anknüpfungs“- oder „einstiegsfähig“ als für andere – und gegenwärtig werden im Kontext von Beteiligungsprozessen und Engagementförderung überwiegend solche Verfahren zur Anwendung gebracht, die vor allem Personen mit hoher gesellschaftlicher Integration ansprechen bzw. die kaum Personen erreichen, die gesellschaftlich gering integriert, mit weniger Kapitalien ausgestattet usw. sind. Die konstatierte Selektivität ergibt sich also zwar fast immer unbeabsichtigt, jedoch logisch folgerichtig aus den Handlungsstrategien der verantwortlichen Akteure.

Dass die beobachtete (und vom Leitbild der Zivilgesellschaft her als ausgesprochen problematisch zu bewertende) Selektivität von Bürgerbeteiligung und Engagementförderung in hohem Maße verfahrensinduziert ist, stellt eine weitere wichtige „Lektion“ dar, die das Bemühen um eine „li(e)benswerte Gemeinde“ unbedingt berücksichtigen sollte. Auf der Praxisebene geht es um eine doppelte Konsequenz:

- (1) Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die sich nach meinem Verständnis sowohl auf die *Mitwirkung* als auch die *Mitentscheidung* von BürgerInnen bezieht, muss ihr methodisches Repertoire erweitern: Sie muss verstärkt auch solche Verfahren aufnehmen, die gesellschaftlich weniger integrierten BürgerInnen einen Zugang zu freiwilligem Engagement und zu Mitbestimmung an der Gestaltung ihres Sozialraums ermöglichen: lebensweltbezogene aktionsorientierte Engagementformen, aktivierende Befragung, Lokaltermine, Planen am Modell, Anwaltsplanung und wohl auch die hier im Rahmen der Tagung von Klingenberg und Wenzel vorgestellte „Wertschätzende Erkundung“¹¹. In Anlehnung an eine bekannte Formel aus der Sozialen Arbeit kann man hier von „aufsuchen-

¹¹ Für eine Darstellung des Verfahrens „Wertschätzende Erkundung“ (Appreciative Inquiry) vgl. Hubert Klingenberg, Florian M. Wenzel: Wertschätzende Erkundung. Ein ressourcenorientierter Blick auf li(e)benswerte Gemeinden“. Beitrag zur KBE-Fachtagung „Lebens-wert ...“ (vgl. die Tagungsdokumentation)

der Beteiligungsarbeit“ sprechen. Diese Formulierung macht zudem deutlich, dass nicht nur Methodenwissen bzw. -beherrschung angesprochen ist, sondern auch eine grundsätzliche Handlungsfrage. Der Grundsatz „Wer sich beteiligen will, ist herzlich willkommen – wer nicht kommt, hat selber Schuld“ ist zwar griffig, mit dem oben entfalteten Verständnis von Bürgerkommune jedoch nicht vereinbar (und ebenso wenig mit einem an der Verkündigung Jesu orientierten Entwurf christlicher Gemeinde!). Die Forderung, das Verfahrensrepertoire gezielt zu erweitern, richtet sich zum einen an diejenigen Fachkräfte, die unmittelbar beruflich für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zuständig sind (Erwerb erweiterter methodischer Kompetenzen), zum anderen an VerantwortungsträgerInnen aus Kommunalpolitik und -verwaltung, aber auch Organisationen des Dritten Sektors, die strategische Grundsatzentscheidungen über die Rahmenbedingungen von Bürgerbeteiligung und Engagementförderung treffen.

Damit ist der zweite Aspekt angesprochen.

- (2) Insbesondere die kommunale Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss ein systematisches „Partizipationsmanagement“ entwickeln, das es ermöglicht, je nach Ausgangssituation zu entscheiden, welche Zielgruppen jeweils für eine Mitwirkung gewonnen werden sollen und welche Beteiligungsverfahren dazu in welcher Kombination zur Anwendung zu bringen sind. Die Implementierung eines solchen Partizipationsmanagements umfasst dabei neben den bereits angesprochenen Aspekten der Grundhaltungen, die das Verwaltungshandeln leiten, und der fachlichen Methodenkompetenz der einzelnen MitarbeiterInnen auch Fragen der verwaltungsinternen Organisationsentwicklung (Innerhalb welcher Strukturen und Prozeduren werden Beteiligungsprozesse geplant und gesteuert?) sowie der Gestaltung der Kooperationsbeziehungen im Dreieck von Bürgerschaft, Verwaltung und Gemeinderat (Innerhalb welcher Strukturen und Prozeduren werden die Initiierung, vor allem aber die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen rückgekoppelt?).

„Teilhabe“ und „Partizipation“ stehen damit in einer nicht aufzulösenden Dialektik: Teilhabe stärkt – aber oft ist auch eine Stärkung zur Teilhabe erforderlich. Von vornherein zu meinen, bestimmte Menschen seien „Schwache“ und müssten von den „Starken“ an die Hand genommen werden, führt zu einer anmaßenden Entmündigung. Und umgekehrt davon auszugehen, jede und jeder habe aus sich heraus die Kraft und das Potenzial sich einzubringen, wenn nur die Tür offen stehe, wird in letzter Konsequenz ebenso zu einem unmenschlichen Prinzip. (Genau hier wäre m. E. – die kurze Randbemerkung sei gestattet – sehr kritisch über Vieles zu diskutieren, was derzeit im Zusammenhang mit dem „Umbau des Sozialstaats“ als unhinterfragte Wahrheiten propagiert wird). Auch in diesem Zusammenhang gewinnt das aus der Katholi-

schen Soziallehre und –verkündigung bekannte Subsidiaritätsprinzip in seiner zweifachen Stoßrichtung als Abwehr- und Aufforderungsprinzip neue Aktualität
Unterstützung zur Teilhabe *nur* dort, aber zugleich *überall* dort, wo eine Person aus eigener (sozialer, kommunikativer, materieller) Kraft heraus nicht in der Lage ist, sich angemessen einzubringen.

Die doppelte Sicht von Stärkung *durch* und *zur* Teilhabe gilt nun freilich keineswegs allein für die Mitwirkung im freiwilligen Engagement oder in Prozessen der (kommunalen oder politischen) Gemeindeentwicklung, sondern für alle denkbaren Bereiche der Partizipation: für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft genauso wie für die Teilhabe älterer Menschen, für die Teilhabe von jungen Menschen ebenso wie für die von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen. Stärkung *durch* Teilhabe und Stärkung *zur* Teilhabe – das muss dem Lernort „I(i)ebenswerte Gemeinde“ etwas wert sein!

6. Kernwerte in der Bürgerkommune II:

„Nachhaltigkeit“ – Ziel und Grundsatz der Förderung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements

Obwohl von „Nachhaltigkeit“ in den vergangenen Jahren viel die Rede war, ist eine einheitliche Definition dieses Begriffs nach wie vor nicht in Sicht. Im Kern ist unter Nachhaltigkeit eine Entwicklung von Gesellschaft zu verstehen, die a) zugleich sozial gerecht, ökonomisch erfolgreich und ökologisch verträglich ist und die b) sowohl langfristig (d.h. bezogen auf die kommenden Generationen) als auch global (d.h. bezogen auf die anderen Länder der Erde) so ausgerichtet ist, dass nicht die einen (Generationen oder Länder) auf Kosten der sozialen, ökonomischen oder ökologischen Ressourcen der anderen leben.

These: Der langfristige und weltweite Einklang von sozialer Gerechtigkeit, ökonomischem Erfolg und ökologischer Verträglichkeit ist ohne Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement nicht zu erreichen

Unter dem Begriff „Lokale Agenda 21“ geht es – im Anschluss an die internationale Umweltkonferenz von Rio de Janeiro (1992) und die Charta von Aalborg - darum, einen kommunalen Handlungsplan für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung im o.g. Sinne zu formulieren und umzusetzen. Da insbesondere die Aalborg-Charta betont, eine breite Bürgerbeteiligung sei nicht nur für den Agendaprozess als solchen

zentral, sondern zugleich ein wesentlicher Faktor für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune insgesamt, liegen die Berührungspunkte zur Idee der Bürgerkommune auf der Hand.

Die Denkfigur der „Nachhaltigkeit“ lässt sich jedoch noch in einer anderen Weise nutzen, um die Konturen der Idee der Bürgerkommune zu präzisieren: nämlich mit Blick auf bürgerschaftliches Engagement als eine *nachhaltig* zu pflegenden fördernde Ressource (also ganz ähnlich, wie Schüßler¹² es in ihrem Beitrag mit Blick auf die Ressource Bildung entfaltet).

These: In der Bürgerkommune ist freiwilliges bürgerschaftliches Engagement, aber auch die Bereitschaft zu seiner Unterstützung im Sinne von Ressourcen nachhaltig zu „pflegen“.

Die Erfahrungen aus der Kooperation mit vielen Städten und Gemeinden lassen typische Situationen deutlich werden, in denen sich die jeweiligen Bemühungen um eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements als *nicht* nachhaltig erweisen, in denen mit dem knappen Gut bürgerschaftliches Engagement *nicht* nachhaltig umgegangen wird:

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist *nicht* nachhaltig,

- wo sie zu einer Konkurrenz zwischen verschiedenen Formen und Kulturen des Engagements führt, die nicht in eine produktive Auseinandersetzung mündet, sondern in gegenseitige Abgrenzungen (Beispiel: neue Initiativen und bestehende Vereine ignorieren sich gegenseitig oder stehen sogar im Dauerkonflikt).
- wo Politik, Verwaltung oder freie Träger sich Engagementförderung verbal zu eigen machen, wo BürgerInnen aktiviert werden, dieses Engagement dann aber ins Leere läuft, weil versäumt wurde, die vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Spielräume eindeutig zu klären und transparent zu machen oder weil Engagement unbequem wird (Beispiele: Zukunftswerkstätten, deren Ergebnisse in Schubladen wandern; Menschen werden für ein Engagement gewonnen, ohne dass in der Institution die notwendigen Rahmenbedingungen und die Akzeptanz freiwilligen Engagements vorhanden sind).
- wo sie zwar begonnen, jedoch nicht wenigstens mittelfristig abgesichert wird; wo also Projekte begonnen und BürgerInnen gewonnen werden, dann aber die Arbeit nicht zu einem einigermaßen sinnvollen Abschluss gebracht werden

¹² Ingeborg Schüßler: Überlegungen zu einer wertorientierten Erwachsenenbildung. Beitrag zur KBE-Fachtagung „Lebens-wert! Lernort Gemeinde ...“ (vgl. die Tagungsdokumentation)

kann, weil die erforderlichen personellen oder/und finanziellen Unterstützungsressourcen plötzlich abbrechen (Beispiel: medienwirksame Anfangsinitiativen ohne finanzielle Absicherung).

- wo sie von öffentlichen oder freien Trägern dergestalt betrieben wird, dass freiwilliges Engagement umstandslos in „Dienstleistungsketten“ eingebaut, in eine Trägerstrategie eingepasst und managerialistischer Planung unterworfen wird (Beispiel: ein sozialer Träger legt fest, x Prozent seiner Dienstleistungen mit Freiwilligen erbringen zu wollen).
- wo sie mit dem Abbau von Rahmenbedingungen für andere Formen des Tätigseins einhergeht; also z.B. mit dem Abbau bezahlter Arbeitsplätze oder mit der Rückführung von Engagementförderung in anderen Bereichen (Beispiel: freiwilliges Engagement stößt in einer Einrichtung auf Ablehnung, weil gleichzeitig Fachkraftstellen abgebaut werden und die Ehrenamtsförderung mit dem Hinweis auf fehlende Mittel begründet wird).

In allen genannten Fällen werden Motivation und Engagementbereitschaft von BürgerInnen nicht nur nicht „gebildet“, sondern „verbrannt“: Die „Neubildung“ dieser Ressourcen wird, wenn sie überhaupt gelingt, lange Zeiträume in Anspruch nehmen, da die Frustrationen tief sitzen und auch auf andere Engagementfelder übertragen werden. Darüber hinaus wird auch mit den Unterstützungsressourcen wenig nachhaltig umgegangen: mit der Bereitschaft von beruflich tätigen Fachkräften, neue Rollenbilder und Praxisformen zu entwickeln (bereits gegangene, in der Regel keineswegs einfache Schritte laufen ins Leere), aber auch mit öffentlichen Geldern (bereits investierte Finanzmittel sind sozusagen „in den Sand gesetzt“, weil sie nicht nur die angezielten Effekte nicht erreicht haben, sondern ggf. sogar kontraproduktiv gewirkt haben).

Insofern lassen sich aus diesen Erfahrungen (gewissermaßen im Sinne der bei sog. „paradoxen Interventionen“ gern geübten „Kopfstand-Technik“) Vorschläge zur Abschaffung bürgerschaftlichen Engagements ableiten – und im Umkehrschluss sehr präzise Hinweise für eine langfristige Stärkung von Freiwilligentätigkeit formulieren.

Die in den beiden abschließenden Punkten zu Partizipation und Nachhaltigkeit entwickelten Überlegungen mögen zeigen, dass die Realisierung von Werten in der Bürgerkommune neben ethischen Reflexionen zugleich klare strategische Optionen und methodische Fachlichkeit (eben z.B. mit Blick auf die Gewährleistung von Partizipation und Nachhaltigkeit in der Praxis) erfordert.

Literatur

Eine ausführliche Darstellung vieler der hier skizzierten Gedanken findet sich in:

Klie, Thomas; Ross, Paul-Stefan (2005): Wieviel Bürger darf's denn sein? Bürgerschaftliches Engagement im Wohlfahrtsmix. Eine Standortbestimmung in acht Thesen. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4/2005, S. 20-43

Oelsner, Gerd; Ross, Paul-Stefan (2001): Thesen zur Verknüpfung von Förderung Bürgerschaftlichen Engagements und Lokaler Agenda 21 in Baden-Württemberg. In: Die Gemeinde, 124. Jhg. Nr. 10, Mai 2001, S. 377-379

Kontakt: ross@ba-stuttgart.de

L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde: Werte und Entwicklung der kirchlichen Gemeinden ¹³

Anna Hennersperger



*„seit ich weiß dass ich gehe
trinke ich langsamer
kaue das brot zwölfmal
lese den lokalteil
stocke wenn jemand fragt
warum gehst du
seit ich weiß dass ich gehe
schmecke ich heimat.“*

... so ein lyrischer Text von Wilhelm Bruners,
einem Priester der Diözese Aachen.

Gefährdete Heimat.

Bisher Selbstverständliches wird im Modus des möglichen Verlustes betrachtet. Da kann es sein, dass man dessen Wert plötzlich anders oder stärker wahrnimmt, als in ungefährdeten Zeiten.

In der Diözese Essen ist geplant, bis zum Jahr 2009 die derzeit 263 Pfarreien der Diözese zu 35 Kirchengemeinden zusammenzulegen. Noch findet sich aktuell auf der Homepage der Diözese der wohl nicht mehr sehr programmatische Satz: „Die Pfarreien sind die Kirche vor Ort und der zentrale Kristallisationspunkt für das kirchliche Leben.“

Alle sieben bayerischen Diözesen befinden sich derzeit in Umstrukturierungsprozessen, die nicht in erster Linie von Visionen geleitet sind, sondern durch den Mangel. Es geht – vor allem unter den Ehrenamtlichen – die Befürchtung um, dass nun auch die kleinen Einheiten auf dem Land die vielfach letzte Bastion der Selbständigkeit verlieren und selbst auf dem Land die Kirche nicht mehr im Dorf gelassen wird.

¹³ Leicht ergänzter Tagungsbeitrag.

Dr. Anna Hennersperger ist Leiterin des Instituts für Theologische und Pastorale Fortbildung Freising.
- Vgl. auch den Tagungsbeitrag von P.-S. Ross: „L(i)ebens-wert“: Bürgerkommune als Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung der lokalen Gesellschaft.

Es ist bei dieser Tagung nicht Thema, welche neuen Möglichkeiten sich eröffnen und welche Chancen für das Wirken sich auftun, wenn sich kleine Gemeinden mit anderen vernetzen und in mehrererlei Hinsicht aus der Kooperation ein echter Mehrwert entsteht. Vielmehr geht es um Fragen wie:

- Was würde uns fehlen, wenn es keine kirchlichen Gemeinden gäbe?
- Was zeichnet kirchliche Gemeinden aus, was macht sie wertvoll für die Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft und für die Gesellschaft, die sich selber in rasantem Wandel befindet?
- Was sind die Werte, die kirchliche Gemeinden unverwechselbar und unverzichtbar machen?

1. Grundlage jeder Gemeinde ist die Orientierung an Jesus Christus

Eine kirchliche Gemeinde steht primär auf einem „Werte-Fundament“, das nicht beliebig ausbau- oder veränderbar ist. Jede kirchliche Gemeinde hat als Grundlage die Orientierung an Jesus Christus, wie es im 1 Brief an die Korinther (Kapitel 3, Vers 11 heißt): *„Denn einen anderen Grund kann niemand legen als den, der gelegt ist: Jesus Christus“*.

Kirchliche Gemeinden nehmen an Jesus Christus Maß. Seine Zuneigung zu den Armen, zu den kurz Gekommenen und Ausgegrenzten, seine Hinwendung zu den Belasteten und Kranken, seine voraussetzungslose und bedingungslose Barmherzigkeit, seine heilende Nähe, seine Freiheit im Umgang mit belastenden Normen, seine Freude an Festen, seine innige Beziehung zu Gott, seine befreiende Botschaft von der Liebe Gottes zu allen Menschen, sein Beispiel im Dienst der Fußwaschung: das sind die Grundlagen für das Leben und Handeln christlicher Gemeinden. Von Jesus Christus her benennen sie sich, auf ihn beziehen sie sich.

2. Unter den Augen Gottes haben alle die gleiche Würde

Ohne die Christen und ohne die kirchlichen Gemeinden wäre unser Land um vieles kühler und ärmer. In einer Gesellschaft, die sehr stark wettbewerbs- und leistungsorientiert agiert, in der Gesundheit, Jugendlichkeit, Fitness und Kaufkraft eine gewichtige Rolle spielen, machen christliche Gemeinden das Ranking solcher Leistungsfähigkeit nicht mit.

Christliche Gemeinden stehen dafür, dass jede und jeder unter den Augen Gottes Ansehen und Würde hat: unterschiedslos. „Vor aller Leistung und trotz aller Schuld“ – so die Formulierung des Kreuzberger Pfarrers und Neutestamentlers Klaus Kliesch. Die zentrale Botschaft des Evangeliums heißt, dass Wert und Würde eines Menschen unbedingt sind.

3. Gemeinden leben (aus der) Hingabe

Christliche Gemeinden leben Hingabe. Bereitet werden die Gemeinden dafür in der regelmäßigen Feier der Eucharistie. In der (sakramentalen) Verbindung mit Christus können sie zu dem werden, was sie feiernd begehen: eine Gemeinschaft von Menschen, die in Gottes Art für die zu-kurz-Gekommenen und Ausgegrenzten Partei ergreift und sich stark macht für die Schwachen.

Dabei geht es nicht nur darum, wie im Gleichnis vom barmherzigen Samariter beschrieben, sich um die Opfer zu kümmern, sondern auch darum, dafür zu sorgen, dass Menschen langfristig nicht mehr unter die Räuber fallen, weil räuberische Strukturen keine Existenzberechtigung mehr haben.

Christliche Gemeinden sind als Hort der Menschenfreundlichkeit Gottes Licht der Welt und Salz der Erde. Sie sind in dieser Weise hochpolitisch und zeitgeistkritisch. Sie haben damit eine orientierende Funktion. An ihnen ist erkennbar, was die Absicht Gottes für die Welt und die Menschen ist. Sie haben zudem auch eine motivierende Funktion: „Christi Liebe treibt uns“¹⁴, so Paulus in seinem zweiten Brief an die Korinther. Gemeinden können in der Nachfolge des Heilands zum Heil-Land werden.¹⁵

4. Vielfalt als Stärke

Die Freiheit suchenden und Freiheit gewohnten Menschen von heute brauchen eine gute Balance von Mobilität und Stabilität, von gelebter Individualität und verbindlicher Gemeinschaft.

Christliche Gemeinden gleichen sich ja nicht wie ein Ei dem anderen sondern existieren in einer großen Vielfalt von Sozialformen. Sie sind territorial und personal verortet. Man findet sie im Bereich der Universitäten ebenso wie in kleinen Orten im Sauerland. Sie haben ein unterschiedliches Gesicht und Profil in der Verschiedenheit der

¹⁴ Denn die Liebe Christi drängt uns, da wir erkannt haben: Einer ist für alle gestorben, also sind alle gestorben. 2 Kor 5,14.

¹⁵ Vgl. Beranek, Markus (2002): Gemeinde als Heil-Land, Wien.

Lebenswelten im städtischen und ländlichen Raum. Sie ermöglichen – und das wird zunehmend zur Stärke – freiheitlich geprägte Nahgemeinschaft in einer Gesellschaft der Einzelnen. Christliche Gemeinden bieten den bisweilen innerlich unbehausten modernen Menschen ein Dach über der Seele. Sie schaffen den Menschen Räume, um aus der transzendenz- und rastlosen Diesseitigkeit und erschöpften Säkularität herauszukommen. Kirchliche Gemeinden halten die Menschen dafür offen, dass Gott die Mitte allen Lebens ist.

5. Christliche Gemeinden als Lebens- und Hoffnungsräume

Kirchliche Gemeinden sind Lebens- und Hoffnungsräume. Sie sind Orte,

„an denen Menschen mit übergroßen Fragen und übergroßen Hoffnungen gut aufgehoben sind; Orte, an denen der Kontakt mit einer Tradition ermöglicht wird, die die Sehnsucht nach Gerechtigkeit wach hält ...; einen Ort, an dem das Versprechen des Lebens angesichts seiner Krisen und Herausforderungen begangen und gefeiert wird, an denen Leiden und Scheitern nicht übergangen werden müssen und der Trost nicht billig ist; Orte aber auch, an denen Menschen sich sammeln, um Verantwortung zu übernehmen; Orte, an denen Notleidenden geholfen wird.“¹⁶

- so der Münsteraner Fundamentaltheologe Jürgen Werbick.

Eine Stärke der kirchlichen Gemeinden ist, dass sie vielgestaltige Lebens-Räume eröffnen. Dass in ihnen vorkommen muss und darf, woraus Menschen leben und dass sie das Unbegreifbare im Leben jedes Menschen in seiner Unverfügbarkeit in gutem Sinne wertschätzen und sein lassen.

6. Christliche Gemeinden: Netzwerke diakonaler Aufmerksamkeit

In den kirchlichen Gemeinden weiß man – im Normalfall – umeinander. Kirchliche Gemeinden (als Territorialgemeinden) sind „Bewährung des Evangeliums in der Fläche“.¹⁷ Sie verfügen über ein Netzwerk an diakonaler Aufmerksamkeit und sind so eine Gemeinschaft, die sich solidarisch derer annimmt, die der Hilfe bedürfen: im Bereich der Gemeinde und entgrenzend weit darüber hinaus. Christliche Gemeinden

¹⁶ Werbick, Jürgen (2006): Auslaufmodell Ortsgemeinde? Rückfragen eines systematischen Theologen, in: *Diakonia* 37, 168 – 173, hier: 171.

¹⁷ Vgl. Bucher, Rainer (2006): Wider den sanften Institutionalismus der Gemeinde. In: *Lebendige Seelsorge* 57 (2/2006), 64-70.

sind somit ein „Lebensnetz, das trägt und stärkt“. Menschen, die in christlichen Gemeinden leben, lernen in einer Kultur des Wegschauens das Hinschauen, sind Aug' und Ohr für die verschämten Armen, wissen, dass sie nicht allen helfen können, aber dennoch wissen sie, auf welcher Seite sie stehen.

7. Entwicklung heißt Erneuerung

„Jede Pfarrgemeinde erneuert und entwickelt sich – oder sie stirbt.“ Diese etwas provokanten Zeilen finden sich im Passauer Pastoralplan 2000, der in einem synodalen Leitbildprozess über zwei Jahre – getragen vom Engagement und der Beteiligung vieler Menschen in meiner Heimatdiözese Passau – entstanden ist.

Antonyme zu Entwicklung sind Abbau, Regression und Rückschritt. Wo keine Entwicklung in Form von wie auch immer gearteten Veränderungen mehr stattfindet, geht Leben zu Ende. Das gilt für Lebewesen in gleicher Weise wie für Organisationen. Entwicklung ist nicht dem Wachstum gleichzusetzen, weil Wachstum eine quantitative Veränderung beschreibt, welche im Normalfall die Grundstrukturen nicht antastet. Entwicklung ist stärker qualitativ zu verstehen:

„Entwicklung hat mit Krisen zu tun, die durchgearbeitet und durchlitten werden müssen und aus denen Personen und Strukturen keineswegs immer, wie Phönix aus der Asche, größer und strahlender hervorgehen, sondern oft auch kleiner, bescheidener, zum Verzicht auf Omnipotenzphantasien bereit.“¹⁸

Weil auch Organisationen – wie die darin arbeitenden Menschen – dazu neigen, sich einzurichten, auf Bestehendem zu beharren und sich so wenig wie möglich dem Wandel auszusetzen, bedürfen sie Initiativen, um in Bewegung und damit in Entwicklung zu bleiben. Die Balance zwischen der Treue zum Ursprung und einem der Situation angemessenen Handeln ist für die Kirche und damit für kirchliche Gemeinden unter dem Blickwinkel der Organisation ein dauernder Anspruch, „sich selbst permanent spirituell und strukturell bzw. organisational zu erneuern und sich als Institution bzw. Organisation in schöpferischer Treue zu ihrem wesentlichen Auftrag fortzugestalten.“¹⁹

¹⁸ Hage, Ulrich (1980): Auf dem Weg zur Organisationsentwicklung, in: Industrielle Organisation 49, 13-16, hier 14.

¹⁹ Fürst, Walter/ Severin, Burkhard (2000): Organisationsentwicklung – Überlebensstrategie für die Kirche? in: PThI 20, 51-76, hier 68.

7.1 Partizipation als gelebte Synodalität

Hinsichtlich der Zukunft der Gemeinden wird auf mehreren Ebenen gerungen:

- Die eine Ebene, auf der zur Zeit viele Suchbewegungen stattfinden, heißt: Braucht es neben oder auch anstatt der lokal verorteten Gemeinden nicht mehr kirchliches Leben in größeren Lebensräumen?
- Die andere Ebene geht der Frage nach: Wie organisieren Gemeinden ihr „Innenleben“? Brauchen Gemeinden nicht mehr „moderne Spielregeln“, mehr „Demokratisierung“ etwa?

Zu den letztgenannten Fragen folgende Anmerkungen:

Zunächst gilt als Grundsatz aus der Ekklesiologie des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass unter allen Gläubigen eine wahre Gleichheit waltet „in der allen Gläubigen gemeinsamen Würde und Tätigkeit zum Aufbau des Leibes Christi“ (LG 32,3).²⁰

Partizipation, also Teilhabe, ist in modernen demokratisch geprägten Gesellschaften ein wichtiger Grundwert. „Partizipation, Dialog, Selbstverantwortung, Freiheitlichkeit und Gewaltenteilung sind Werte, die das persönliche und soziale Leben der Menschen prägen.“²¹ Partizipation ereignet sich – in die Sprache der Theologie übersetzt – in Prozessen der Synodalität. Eine kirchliche Gemeinde ist – anders als eine Kommune – mehr als ein demokratisch verfasstes System. Eine alte Regel lautet: Was alle angeht bzw. betrifft, muss von allen entschieden oder zumindest gebilligt werden. Dazu soll es in den wichtigen Fragen am Ende eines langen Ringens in der Gemeinde „Einmütigkeit“ geben: Minderheiten sollen (anders als in der Demokratie) nicht unterliegen.

Die Ernsthaftigkeit der „Volk-Gottes-Theologie“ des Zweiten Vatikanischen Konzils macht sich heute ganz wesentlich an den eröffneten Partizipationsmöglichkeiten fest. Es ist der jetzt anstehende weitere Schritt nach dem, den das Zweite Vatikanum mit dem gemeinsamen Priestertum gegangen ist. Dabei geht es nicht um eine Demokratisierung der Kirche, sondern um eine deutlichere Synodalisierung. Es muss der gemeinsamen Berufung des Gottesvolkes in der Weise Rechnung getragen werden, dass die Gemeinde bei wichtigen, ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen Trägerin der Verantwortung wird.

²⁰ Zweites Vatikanisches Konzil: „Lumen Gentium“, Dogmatische Konstitution über die Kirche, 21. November 1964.

„Die Christen in der Kirche besitzen eine undelegierbare und in ihrem Christsein unmittelbar begründete ursprüngliche Eigenständigkeit. Sie bleibt selbstverständlich auf das Ganze der Kirche und damit auch auf das Amt bezogen, ist aber nicht von ihm ableitbar.“²² Diese Eigenständigkeit ist zu stärken und auszubauen. Das erfordert auch den Mut, die bereits bestehenden synodalen Strukturen in den Gemeinden wie darüber hinaus kreativ weiter umzugestalten und noch stärker institutionell zu sichern. Denn in der Frage der Partizipationsmöglichkeiten

„... handelt es sich in der Tat um den entscheidenden Ernst- und Testfall für die Kirche der Zukunft, der es zudem allein zu verhindern vermag, dass die konziliare Wiedereinsetzung des Volkes Gottes in seine fundamentale kirchliche Würde nicht weiterhin auf halbem Wege stehen bleibt, sondern mutig vorankommt und konsequent zu Ende gedacht und vor allem in die kirchliche Praxis des Alltags in glaubwürdiger Weise übersetzt wird.“²³

7.2 Verbindlichkeit und Konfliktfähigkeit fördern

Bedeutsam für das Innenleben von Gemeinden ist ein hohes Maß an Verbindlichkeit. Gemeinden sind ja zunächst Lebensgemeinschaften, die zudem gemeinsame Aufgaben vollbringen. Da reicht eine bloße „Kundenorientierung“ nicht aus.

Wie in allen Gemeinschaften gibt es auch in den kirchlichen Gemeinden Konflikte. Sie sind ein Zeichen von Lebendigkeit und haben Sinn. Ihr Sinn spielt sich – vor allem bei strukturellen Veränderungen – zwischen vier Dimensionen ab: Zum einen in der Spannung von Einheit und Vielfalt. Zum anderen in der Spannung: Bewahrung des Bestehenden („Es soll so bleiben wie es ist“) und Veränderung (Stillstand ist Abbau). Gemeinden benötigen daher – auch im Sinne der Nachhaltigkeit - eine ausgereifte Konfliktkultur.

Schließlich brauchen Gemeinden eine starke Leitung. Eine solche ist nicht Herrschaft über andere, sondern Dienstleistung in der Art eines Hirten, der sich um die Schwachen kümmert und die unbotmäßig Starken in Schranken hält, damit das Wohl aller gewahrt ist und jede und jeder sich optimal entfalten kann.

²¹ Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (2000) (Hrsg.): Die Gemeinde von Heute auf dem Weg in die Kirche der Zukunft. Bonn, 11.

²² Beinert, Wolfgang (1994): Der Glaubenssinn der Gläubigen in Theologie- und Dogmengeschichte. Ein Überblick, in: Wiederkehr, Dietrich (Hrsg.): Der Glaubenssinn des Gottesvolkes - Konkurrent oder Partner des Lehramts? Freiburg i. Breisgau, 66-131, hier 103.

²³ Koch Kurt (1991): Kirche der Laien? Plädoyer für die göttliche Würde des Laien in der Kirche. Freiburg i.d. Schweiz, 52

7.3 Nachhaltigkeit durch begleitete Qualifizierung der Ehrenamtlichen

Das Jahr 2001 wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen. Alle 123 Länder, die sich dieses Thema zu eigen machten, haben sich verpflichtet, die Freiwilligenarbeit in stärkerem Maße (öffentlich) anzuerkennen.²⁴ Nach einer Studie der Bundesregierung aus dem Jahr 1999 engagieren sich in Deutschland 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Parteien, Verbänden, Vereinen, Kirchen, Selbsthilfeorganisationen, Bürgerbewegungen, bei Feuerwehr und Erster Hilfe, zu Wasser und auf dem Land.

Auch die Kirche bzw. die kirchlichen Gemeinden leben wesentlich vom Ehrenamt, was häufig von den (Haupt-)Amtlichen wenig genug gewürdigt wird. Dennoch verhält es sich im Raum der Kirche nochmals anders mit den „Ehrenamtlichen“ als z.B. bei einer politischen Partei, weil alle, die sich in irgendeiner Weise im kirchlichen Bereich einbringen, dies nicht für die Kirche tun, sondern als Kirche.

Jeder Getaufte und jede Getaufte ist Glied dieser Kirche und steht somit in tiefer Verbundenheit mit Christus als dem Herrn der Kirche, der die Seinen in seinen Dienst nimmt. „Pflicht und Recht zum Apostolat haben die Laien kraft ihrer Vereinigung mit Christus dem Haupt. Denn durch die Taufe dem mystischen Leib Christi eingegliedert und durch die Firmung mit der Kraft des Heiligen Geistes gestärkt, werden sie vom Herrn selbst mit dem Apostolat betraut. Sie werden zu einer königlichen Priesterschaft und zu einem heiligen Volk... geweiht, damit sie durch alle ihre Werke geistliche Opfergaben darbringen und überall auf Erden Zeugnis für Christus ablegen.“²⁵ Dieses Apostolat, so Artikel 5 des Dekrets über das Laienapostolat, gilt Kirche und Welt. Es ist im Sinne einer gegenseitigen Durchdringung zu verstehen.

„Noch nie gab es in der Kirche von Passau so viele Frauen und Männer wie heute, die bereit sind, ihre Kraft, Phantasie und Zeit einzubringen. Sie tun dies in der Überzeugung, dadurch einen Beitrag zu einer christlichen und damit auch zu einer menschlicheren Welt zu leisten. Sie erfahren dabei Anerkennung und entdecken nicht selten neue Sinnperspektiven für ihr eigenes Leben.“²⁶ Diese Sätze finden sich im bereits zitierten Pastoralplan 2000 des Bistums Passau, der ohne die unverzichtbaren Beiträge der „Ehrenamtlichen“ im Zusammenspiel mit den „Hauptamtlichen“, also den Priestern und allen in der Pastoral Tätigen, nicht in dieser Weise hätte entstehen können.

²⁴ So gibt es z.B. den Vorschlag, Schülerinnen und Schülern, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, einen entsprechenden Vermerk ins Zeugnis einzutragen.

²⁵ Zweites Vatikanisches Konzil: „Apostolicam actuositatem“, Dekret über das Apostolat der Laien, 18. November 1965, Artikel 3.

²⁶ Gott und den Menschen nahe: Passauer Pastoralplan 2000, 24.

Jede getaufte Christin und jeder getaufte Christ hat eine von Gott geschenkte unvertretbare Berufung und damit zugleich die Verantwortung, auf ihre bzw. seine Weise Gottes befreiendes und erlösendes Tun in der Welt sichtbar zu machen. Diese Vielfalt an Begabungen und Kompetenzen macht eine Gemeinde zu dem was sie ist.

Hauptamtliche in den kirchlichen Gemeinden kommen und gehen. Das gilt für die Pfarrer ebenso wie für die pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Pastoral- bzw. GemeindereferentInnen). Die Menschen vor Ort bleiben und haben hier – im Normalfall - ihren dauerhaften Lebensraum. Deshalb betrifft die Nachhaltigkeit vor allem diejenigen, die zu den stabil ansässigen Mitgliedern einer kirchlichen Gemeinde gehören. Nachhaltigkeit wird sich im kirchlichen Bereich bzw. im Binnenraum der kirchlichen Gemeinden dort einstellen, wo ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkrete Förderung im Sinne von Qualifizierung erfahren und in ihrem Engagement begleitet, unterstützt und gefördert werden.

Dazu braucht es hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Rolle subsidiär verstehen und den Ehrenamtlichen weder etwas vorschreiben, noch sie entmündigen. Nachhaltigkeit in kirchlichen Gemeinden wird sich eher einstellen, wenn es für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche und Projekte klare Aufgabenbeschreibungen gibt.

„Eine klare Aufgabenumschreibung ist eine wichtige Voraussetzung, um MitarbeiterInnen ansprechen zu können. Was genau ist zu tun? Was wird erwartet? Welche Voraussetzungen sind gegeben, sind mitzubringen. Was erhalte ich an Unterstützung für meinen Dienst? Wer ist AnsprechpartnerIn bzw. wer begleitet mich?“²⁷

Ehrenamtlichen müssen Foren eröffnet werden, in denen Erfahrungen in den Blick genommen und reflektiert werden können. Nachhaltigkeit stellt sich nur ein, wenn bei Projekten oder dauerhaften Vorgängen, Reflexionsschleifen eingebaut werden. In diesen „Zwischenräumen“ bzw. Freiräumen kann dann das bisher Angestoßene, Geleistete oder Getane überprüft und gegebenenfalls verbessert werden. Es gilt, Diskussionsprozesse auf Ergebnisse hin zu konzentrieren: konkrete und handhabbare Vereinbarungen zu treffen und überschaubare und nachvollziehbare Ziele zu vereinbaren. Ehrenamtliche brauchen jedoch nicht nur Förderung auf der „Sachebene“ sondern wollen sich in ihrem Engagement wohl fühlen. Sie suchen Kontakt und Austausch mit anderen. Aufgabe der Hauptamtlichen ist es hier, Teamarbeit zu initiieren, Gruppen zu koordinieren und zu vernetzen.

²⁷ Hofrichter, Claudia (1999): Sind wir jetzt für alles zuständig? Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gemeindekatechese, in: Lebendige Seelsorge 50, 147-151, hier 148.

7.4 Subsidiarität und Solidarität

Gemeinden sind – zumindest nach katholischem Verständnis – keine isolierten Gemeinschaften, sondern von Haus aus Verdichtungen in einem lebendigen Netzwerk namens Kirche. Doch gilt hier das katholische Prinzip der Subsidiarität wie der Solidarität.

Künftig braucht es aber auch ein hohes Maß an Solidarität über die Gemeinden hinaus. Der Blick richtet sich in die armen Regionen der Welt. Partnerschaften zwischen Gemeinden hierzulande und in Afrika oder Lateinamerika sind kein Luxus, sondern Ausdruck dafür, dass – wenn nur ein Gott ist – auf der einen Welt jeder und jede eine von uns ist. Auch hier zeigt sich, dass gerade kirchliche Gemeinden faktisch auch eine hohe politische Bedeutung haben. Denn ohne Solidarität zwischen Reich und Arm in der einen Welt wird es keinen dauerhaften, weil gerechten Frieden geben. Das macht Kirche und damit auch kirchliche Gemeinden zum Licht der Welt und zum Salz der Erde. Sie sind „Stadt auf dem Berg“, für alle sichtbar und attraktiv als Modell einer lebenswerten Welt.

Kontakt: hennersperger@theologischefortbildung.de

Überlegungen zu einer werteorientierten Erwachsenenbildung²⁸

Ingeborg Schüßler

1. Zum erweiterten Verständnis eines „Nachhaltigkeitslernens“



Wir haben heute das Thema einer werteorientierten Gemeindearbeit ins Zentrum unserer Diskussion gestellt. Ich möchte versuchen, zentrale Punkte dieser Diskussion noch einmal unter dem Fokus einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zusammen zu fassen. Dabei will ich dieses „Nachhaltigkeitslernen“, wie ich es nenne, in einem erweiterten Sinne verstehen:

- (a) Zum einen geht es um *Bildung für nachhaltige Entwicklung*, wie wir es aus der Agenda 21 kennen, mit dem Ziel der Entwicklung von Gestaltungskompetenz, um in der Lage zu sein, sich für eine Ressourcen schonende, sozial gerechte und wirtschaftlich vertretbare Zukunft einzusetzen. Der Bildung kommt dabei allerdings eine eher normative Rolle zu, hier: für einen entsprechenden Bewusstseinswandel zu sorgen.
- (b) Vergessen wird in dieser eher bildungspolitischen Perspektive allerdings, *Bildung selbst* als eine *nachhaltig zu pflegende Ressource* zu betrachten, also z.B. zu fragen,
 - ob allen Menschen in gleichem Maße die Nutzung dieser Ressource zur Verfügung steht und sie auch an ihrer Wertschöpfung beteiligt werden; welche Bedingungen eine Exklusion aus dem Bildungssystem eher forcieren und von welchen weiteren gesellschaftlichen Ressourcen die Gruppe der „Bildungsverlierer“ dadurch zusätzlich ausgeschlossen wird. Hier wäre z.B. zu untersuchen, inwieweit bildungsferne Zielgruppen durch Weiterbildung aktiv angesprochen werden. Das hieße auch die viel propagierte Selbstorganisation der Lernenden kritisch in den Blick zu nehmen, denn die Selbststeuerung ist ge-

²⁸ Erweiterte Fassung des Tagungsbeitrags.

Vgl. auch I. Schüßler (2006): [Nachhaltigkeit – nachhaltiges Lernen – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Gestaltungskompetenz. Grundlegende Überlegungen zu zentralen Begrifflichkeiten im Kontext des KBE-Projekts „lebens-wert? Lernort Gemeinde“](#). Download unter www.lernortgemeinde.de > Dokumente und Materialien.

PD Dr. Ingeborg Schüßler lehrt an der TU Kaiserslautern; gleichzeitig ist sie Senior Researcher des Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE).

rade bei den habituell Benachteiligten am Geringsten ausgeprägt (vgl. Wittpoth 2005).

- wie in Bildungsprozessen ein verantwortungsvoller Umgang mit z.B. persönlichen, materiellen und institutionellen Ressourcen gepflegt wird. Zu analysieren wäre hier z.B., inwieweit die Lernmotivation und –bereitschaft durch Bildungsprozesse nachhaltig gefördert wird – als zentrale Voraussetzung für lebenslanges Lernen. Das hieße auch unsere traditionellen Lernkulturen kritisch in den Blick zu nehmen, die den Lernenden häufig noch zu geringe Partizipationsmöglichkeiten im Lernprozess gewähren (Schüßler/ Thurnes 2005).

Zum anderen heißt „nachhaltige Bildung“ also auch, die *Nachhaltigkeitsprinzipien auf das Funktionssystem Bildung selbst zu beziehen* und beispielsweise zu klären, worin mögliche *Risikolagen des Bildungssystems* liegen, die die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft und die Entfaltung menschlicher Potenziale bedrohen.

- (c) Schließlich meint Nachhaltigkeitslernen auch, dass das, was gelernt wird, *von nachhaltiger Wirkung* ist, also dass Wissen auch tatsächlich *in Handeln umgesetzt* werden kann. In dieser eher lerntheoretischen Perspektive geht es um die Frage, wie Bildungsprozesse aussehen müssten, die zum nachhaltigen Lernen anregen. Vergessen werden darf hier allerdings auch nicht, dass es nicht nur darauf ankommt, *dass* nachhaltig gelernt wird, sondern auch *was* dauerhaft gelernt wird und *welche Bedeutung* dies für die Subjektbildung wie auch für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft hat. Es kann nicht darum gehen, alles zu lernen und das möglichst nachhaltig. Auch reicht es nicht aus, nur die eigene Handlungskompetenz zu erweitern und das möglicherweise um jeden Preis, sondern es geht darum, etwas zu lernen, was human,- sozial- und umweltverträglich und insofern zukunftsfähig ist. Damit schließt sich der Kreis wieder zur Agenda 21.

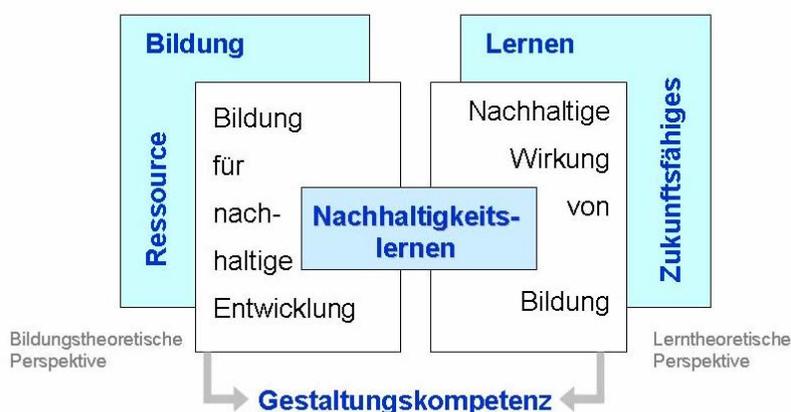


Abbildung 1: Zum erweiterten Verständnis eines „Nachhaltigkeitslernens“

Erinnern wir uns noch einmal an dieses vor 15 Jahren verabschiedete weltweite Aktionsprogramm²⁹, das [nachhaltige Entwicklung](#) (sustainable development) zur Leitlinie öffentlichen Handelns machen sollte. Bei der Umsetzung dieser Leitidee wurde der Bildung eine zentrale Bedeutung beigemessen. In Kapitel 36 heißt es entsprechend:

„Sowohl die formale als auch die nichtformale Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen. Sie sind auch von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines ökologischen und eines ethischen Bewusstseins sowie von Werten und Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind, sowie für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung“ (Bundesministerium 1993, 306).

Es war vor allem die Umweltbildung, die es sich zum Ziel setzte, diesen Bewusstseinswandel zu initiieren. Doch schon bald merkte man, dass die Grundlagen dieser Nachhaltigkeitsidee auf den Wertevorstellungen der Menschen basieren. Die vielfältigen Bildungsbemühungen und Aufklärungsversuche halfen alles nichts, die Menschen veränderten ihr Verhalten nicht in dem gewünschten Maße: weder reduzierten sie z.B. ihr Müllaufkommen, noch fuhren sie weniger Auto oder engagierten sich stärker für das Gemeinwohl. Vor allem der Glaube, durch Wissensvermittlung und Aufklärung ließe sich das Verhalten entsprechend verändern, erwies sich als Trugschluss. Die Umweltbewusstseinsforschung lieferte schließlich den Beweis. Trotz gestiegenen Umweltbewusstseins hat sich das Umweltverhalten nicht in entsprechendem Maße verbessert. „Zwischen Umweltwissen und -verhalten lassen sich keinerlei Zusammenhänge finden“, so Kuckartz (1995, 81) in einer zusammenfassenden Darstellung der Forschungsergebnisse.

Die Herbeiführung eines Bewusstseinswandels, die laut Agenda 21 die Aufgabe einer Nachhaltigkeitsbildung sein sollte, gelingt auf jeden Fall nicht (allein) durch Wissensvermittlung im klassischen Sinne. Gefragt ist weniger das nötige Wissen oder Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung als vielmehr die Fähigkeit im Sinne dieser Leitidee zu handeln – gefragt ist die nachhaltige Entwicklung von Gestaltungskompetenz (vgl. Haan/ Harenberg 1999, 62). Und da Kompetenz auf eine subjektive Verhaltensdisposition verweist, die ein Mensch hat und der wiederum Einstellungen, Überzeugungen und spezifische Deutungs- und Emotionsmuster zugrunde liegen, muss

²⁹ beschlossen von 179 Staaten auf der „[Konferenz für Umwelt und Entwicklung](#) der [Vereinten Nationen](#)“ (UNCED) in [Rio de Janeiro 1992](#)

die Bildungsarbeit selbst auf eine stärkere Werteorientierung setzen, will sie etwas bewirken, will sie also selbst nachhaltig sein (vgl. Erpenbeck/ Heyse 1996, 35).

Und genau hierin liegt die Aufgabe der ErwachsenenbildnerInnen und LernbegleiterInnen in dem KBE-Projekt „lebens-wert? Lernort Gemeinde“:

Lernprojekte in der Gemeinde zu initiieren, die sowohl dem Gedanken der Nachhaltigkeit Rechnung tragen, wie er in der Agenda – auch in dem von mir dargestellten erweiterten Sinne – propagiert wird, die aber vor allem auch eine nachhaltige Wirkung für die Gemeinde und die in ihr Lebenden selbst haben.

2. Perspektiven einer werteorientierte Erwachsenenbildung

Wie genau müssen wir uns eine solche werteorientierte Bildungsarbeit vorstellen?

Ich will im Folgenden zwei Punkte beleuchten, die ich der Einfachheit halber als das Arbeiten an den äußeren (expliziten) und inneren (impliziten) Werten bezeichne:

2.1 Das Arbeiten an den expliziten Werten

Kommen wir zunächst zu den expliziten Werten, also zu solchen Werten, die offensichtlich sind:

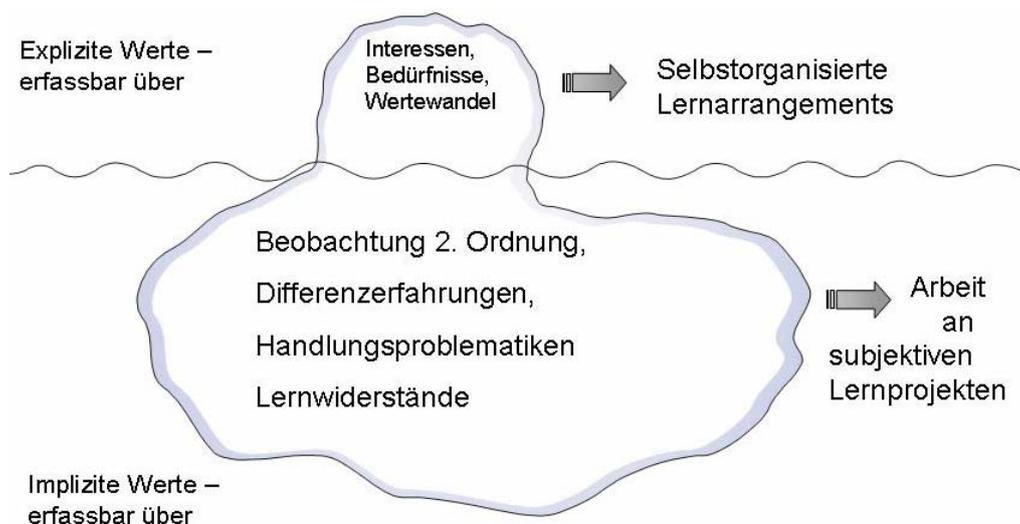


Abbildung 2: Perspektiven einer werteorientierten Erwachsenenbildung

Als Lernbegleiter müssen wir die Interessen und Bedürfnisse der BürgerInnen bzw. Gemeindemitglieder erkunden und zum Ausgangspunkt unserer Bildungsbemühungen machen. Sie sagen, ja, das sei doch selbstverständlich, das sollte sowieso immer das Anliegen von Bildungsarbeit sein. Aber wenn wir ehrlich sind, ist es doch meist so, dass ein Angebot vorab definiert wird, noch ehe man weiß, wer überhaupt teilnimmt. Zu Beginn werden vielleicht Interessen abgefragt, aber dies dient mehr der Herstellung einer freundlichen Arbeitsatmosphäre. Die wenigsten DozentInnen nehmen das zum Anlass, ihr Angebot zu revidieren oder ganz und gar über den Haufen zu werfen oder den Lernprozess partizipativ mit den Teilnehmenden zu gestalten. Es bedarf nämlich des Mutes und der Kompetenz seitens der ErwachsenenbildnerInnen bzw. LernbegleiterInnen, mit Unsicherheit umzugehen und auch die Rolle der Alleinverantwortlichen, der ExpertInnen aufzugeben oder doch zumindest zu teilen. Nehmen wir beispielsweise den vielbeschworenen Wertewandel unserer Gesellschaft ernst, so macht dieser ja nicht vor den Bildungsinstitutionen und den Lernprozessen halt. Betrachten wir die Mentalitätsveränderungen aufgrund des Wertewandels einmal etwas genauer (vgl. Klages 1999, S. 5):

Die Menschen heute zeichnet aus

- ein verstärktes Bedürfnis nach persönlicher Autonomie, nach Unabhängigkeit, nach eigenem Handlungsspielraum
- ein verstärktes Bedürfnis, über Dinge, die einen selbst betreffen, selbst (mit-) entscheiden zu können
- der Wunsch, ihre Leistung oder Normbefolgung von eigener Motivation, eigener Einsicht, „ehrlicher“ Überzeugung, eigenem Interesse abhängig zu machen
- eine verringerte Bereitschaft zur Übernahme von Rollenpflichten unabhängig von eigener Zustimmung
- ein verstärktes Bedürfnis, sich spontan, aus momentanem Entschluss, „ungezwungen“ engagieren, „einbringen“ zu können, und umgekehrt das Eingehen von Verpflichtungen mit unabsehbarer Dauer zu vermeiden
- eine verringerte Bereitschaft, formale Autoritätsansprüche zu akzeptieren
- ein verstärkter Wunsch nach „ungezwungener“ Kommunikation
- insgesamt: ein wachsendes Bedürfnis, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.

Postmaterialistische Werte wie Partizipation, Autonomie und Selbstbestimmung gewinnen daher auch in der Erwachsenenbildung zunehmend an Bedeutung (vgl. Inghelhart 1989, Klages/ Hippler/ Herbert 1992). Bestätigung findet dies auch in der Selbstbestimmungstheorie von Deci und Ryan (vgl. 1993). Diese beiden Forscher

konnten zudem zeigen, dass Menschen vor allem dann besonders zum Lernen motiviert sind, wenn sie ihr psychologisches Bedürfnis nach Kompetenz bzw. Wirksamkeit, Autonomie – also Selbstbestimmung – und sozialer Einbindung bzw. Zugehörigkeit befriedigen können. Die Motivation, Gelerntes auch umzusetzen, dürfte daher umso höher sein, je besser es den Individuen gelingt, diese Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Interessant ist auch zu sehen, warum sich Menschen bürgerschaftlich engagieren: Betrachtet man die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung (3000 Befragte) zum Thema „Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement“ aus dem Jahre 1997 des Speyerer Wertesurvey (vgl. Klages/ Gensicke 1999, S. 69), so zeigt sich, dass das Motiv „dass es mir Spaß macht“ an erster Stelle steht. Ich denke, dies sollte man keinesfalls negativ sehen, denn die Lernmotivation wird auch zentral davon bestimmt, ob eine Person Freude an der Beschäftigung mit einer Sache erlebt. In der psychologischen Lehr-Lern-Forschung spricht man hier von tätigkeitsspezifischen Vollzuanreizen (vgl. Rheinberg 1989). In eine ähnliche Richtung weist die so genannte Flow-Theorie, bei der es darum geht, dass ein Verhalten oder eine Tätigkeit als intrinsisch lohnend erscheint. Flow bezeichnet dabei ein Gefühl des völligen Aufgehens in einer Tätigkeit, bei dem das Handeln als ein Fließen von einem Augenblick zum nächsten erlebt wird – Zeit und die investierte Mühe spielen dann keine Rolle mehr (vgl. Csikszentmihalyi 1992).

Wir sehen also - und damit komme ich noch mal zurück zur Abbildung, dass ein Lernen besonders dann nachhaltig wird, wenn es im Lernprozess gelingt, den Selbstentfaltungswerten in besonderem Maße Rechnung zu tragen, z.B. im Rahmen selbstorganisierter Lern-/Lehrarrangements.

Dabei gilt es freilich die oben angedeutete Gefahr einer Exklusion im Auge zu behalten: Selbstorganisiertes Lernen ist vor allem für solche Lernende sehr voraussetzungsreich, die bisher wenig an Bildung teilgenommen haben, sei es aus Mangel an Möglichkeiten oder durch früher bedingte schlechte Lernerfahrungen. Das Problem dieser Gruppe liegt darin, dass sie sich kaum „Selbstlernkompetenzen“ aufbauen konnte (vgl. Schüßler 2007, insb. Kapitel 4). Diese Selbstlernkompetenzen sind aber wiederum Voraussetzung für selbstorganisierte Lernprozesse. Das heißt, dass in Bildungsprozessen zunächst analysiert werden muss, über welche Lernkompetenzen und -einstellungen die Teilnehmenden verfügen. Sind diese noch nicht sehr elaboriert, geht es darum, den Teilnehmenden zunächst Sicherheit zu vermitteln und zwar dadurch, dass man ihnen möglichst viel Struktur (vor-) gibt und ausreichend Möglichkeiten bietet, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Es gilt, sie sukzessive an didaktisch-methodische Fragestellungen heranzuführen und an entsprechenden Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen: Am Anfang frage ich vielleicht

nur Interessen ab, später kann ich mit den Lernenden z.B. einen Lehr-Lernkontrakt vereinbaren u.ä.

2.2 Das Arbeiten an den impliziten Werten

Kommen wir nun zu den inneren, impliziten Werten, die das Subjekt seinem Alltags-handeln zugrunde legt und die so selbstverständlich sind, dass sie nicht so offen zu-tage treten. Nachhaltiges Lernen setzt jedoch voraus, dass ich die Grundlagen mei-nes Handelns kenne, also die eingelebten Werte und Deutungsmuster – oder wie der Berner Psychiater Luc Ciompi (1999) dazu sagt, die tief verwurzelten „Fühl-Denk-Verhaltensprogramme“.

Gestaltungskompetenz im Sinne nachhaltiger Entwicklung lässt sich daher nicht ein-fach vermitteln, denn Erwachsenen verfügen natürlich bereits über routinierte Hand-lungsmuster. Es geht vielmehr darum, diese vertrauten Muster und die ihnen zugrun-de liegenden Wertehaltungen zu reflektieren, auf ihre Funktionalität und auch Ange-messenheit im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu überprüfen, um sie gegebenenfalls zu transformieren. Sich also selbst bei dem, was man tut und wie man es tut, zu be-obachten. Diese Beobachtung zweiter Ordnung hilft, sich seiner innersten Werte be-wusst zu werden und sich damit eher für eine Veränderung bzw. Erweiterung des Verhaltens zu öffnen. Denn Erwachsene sind zwar „lernfähig, aber unbelehrbar“, wie das Horst Siebert (1996, 90), ein bekannter Erwachsenenpädagoge, so schön formu-liert hat.

Wenn es nun darum geht, Menschen zu mehr bürgerschaftlichem Engagement zu bewegen und einen Wertediskurs anzustoßen, dann muss ich stets berücksichtigen, dass dies nur gelingt, wenn ich gleichzeitig eine Arbeit an diesen inneren Werten an-stoße. Ansonsten laufen die Bildungsbemühungen ins Leere, sprich: von ihnen geht keine nachhaltige Wirkung aus (vgl. Schüßler 2000, Stabenau/ Gergs/ Kammerer 2003).

In meinen eigenen Untersuchungen hat sich gezeigt, dass Menschen vor allem in solchen Situationen nachhaltig lernen, in denen ein starker Bezug zur eigenen Le-benswelt gegeben ist und die mit intensiven und emotionalen Erlebnissen verbunden sind (vgl. Schüßler 2007, Schüßler 2004). Vor allem solche Erlebnisse, die durch Irritationen ausgelöst werden, die aufwühlen, einen nicht mehr loslassen oder provo-zieren, so genannte Differenz- bzw. Diskrepanzerfahrungen, wirken nachhaltig. Also die Diskrepanz zwischen Intention („ich will“) und Kompetenz („aber ich kann nicht“). Aus diesem Widerspruch heraus entstehen Lernthemen, die sich somit nicht auf von außen vorgegebene oder vorab geplante Gegenstände beziehen, sondern auf ihre jeweilige Bedeutung für das lernende Individuum im Hinblick auf die Bewältigung der

Problematik. Klaus Holzkamp (1993) - ein Lernpsychologe - spricht hier vom expansiven Lernen (vgl. auch Faulstich/ Ludwig 2004). Er grenzt dieses Lernen vom defensiven Lernen ab, bei dem es nur darum geht Sanktionen abzuwenden, wie wir es beispielsweise aus der Schule oder von SGB III-Maßnahmen kennen, das aber nicht nachhaltig ist.

Voraussetzung für dieses expansive Lernen ist, dass ich dieses Differenzenerleben für mich „aufdrösele“. Es geht darum, dass ich mir meiner vertrauten Emotions-, Deutungs- und Handlungsmuster bewusst werde. Dann gilt es zu differenzieren, inwieweit diese für mein Handeln identitätsnotwendig sind oder aber nur vertraute Routine, in der ich mich lediglich aus Bequemlichkeit so und nicht anders verhalte, obgleich dieses Verhalten nicht mehr zweckmäßig ist.

Erwachsenenbildung kann hier die Aufgabe übernehmen, solche Differenzenerfahrungen zu initiieren und zu begleiten oder auch aus dem Alltag mitgebrachte Handlungsirritationen aufzugreifen und sie in Lernprojekte zu überführen mit dem Ziel, wieder ein Gefühl von Kohärenz und innerer Stimmigkeit zu erleben (vgl.u.). Irritationen zum Lernanlass zu machen – wie dies auch Ortfried Schöffter (1997) fordert, schließt dabei stets auch eine Wertereflexion mit ein und diese ist hoch emotional besetzt (vgl. Arnold 2005). Nicht selten führt dies zu Widerständen, Abgrenzung oder Verdrängung, weil man seine vertrauten Ordnungsschemata, mit denen man die Welt deutet, aufrechterhalten will.

Freilich nicht jede Form der Irritation führt zu nachhaltigem Lernen: „Man lernt nur das, was einem der eigene Bezugsrahmen in den Stimuli zu sehen erlaubt“ (Kelly 1986). Irritationen müssen von den Beteiligten zunächst als solche gedeutet und als Mobilisierungsereignis für Lernen gewertet werden. Entscheidend ist dabei u.a., inwieweit Lernende Bildung als Ressource nutzen können, um ihre – durch die Irritation verunsicherte – Handlungsfähigkeit wieder zu gewinnen. Notwendig wird dazu auch die Fähigkeit zur Biographizität, sprich: neues Wissen an biographische Sinnressourcen anzuschließen und sich mit diesem Wissen neu zu assoziieren (vgl. Alheit 1990). Erst dies ermöglicht ein Erleben von Kohärenz und innerer Stimmigkeit.

In der Medizin wird im Konzept der „Salutogenese“ dem Kohärenzgefühl eine zentrale Bedeutung für den Erhalt der Gesundheit und des Wohlbefindens zugesprochen (Wydler/ Kolip/ Abel 2000). Dieses Gefühl gleicht einer positiven Grundeinstellung zum Leben und setzt sich zusammen aus

- dem Gefühl von *Verstehbarkeit* (sense of comprehensibility), also die Fähigkeit, bekannte und unbekannte Stimuli als geordnete, konsistente, strukturierte Informationen zu verarbeiten,

- dem Gefühl von *Handhabbarkeit bzw. Bewältigbarkeit* (sense of manageability), also der Überzeugung und dem Vertrauen darauf, dass geeignete Ressourcen zur Verfügung stehen, um den Anforderungen zu begegnen,
- dem Gefühl von *Sinnhaftigkeit bzw. Bedeutsamkeit* (sense of meaningfulness), also der Einstellung, die im Leben gestellten Anforderungen als Herausforderungen zu betrachten, die es wert sind, dafür Energie und Engagement zu investieren.

Die lernförderliche Verarbeitung von Irritationen setzt somit ein in der bisherigen Lebens- und Lerngeschichte gewachsenes Kohärenzgefühl voraus. Zumindest müsste der Aufbau eines solchen auch im Lernprozess gezielt gefördert werden. Dazu gehören die Bereitstellung von Supportstrukturen, um bedeutsame und kohärente Erfahrungen zu machen, aber auch die Förderung der Entwicklung von Widerstandsressourcen, die die Bewältigung des erlebten Spannungszustands unterstützen helfen. Ebenso müsste dem individuellen Bedürfnis nach Sinnhaftigkeit und Verstehbarkeit Rechnung getragen werden, indem die Irritationserfahrungen reflexiv zugänglich gemacht werden und Lernende verstehen, warum sie sich unsicher, irritiert oder bedroht gefühlt haben.³⁰

3. Herausforderungen einer werteorientierten Bildungsarbeit

Eine werteorientierte Bildungsarbeit steht daher vor erheblichen Herausforderungen. Angebote, die keine Impulse für Differenzenerfahrungen setzen, können kaum nachhaltige Lernprozesse anregen. Provokative oder auch irritierende Impulse dürfen aber nicht als zu massiv und identitätsbedrohend erlebt werden, sonst werden sie abgewehrt und Lernen kommt erst gar nicht in Gang. ErwachsenenpädagogInnen stehen somit vor der schwierigen Aufgabe, aus den z.T. widerständigen Handlungen eines Lernenden heraus zu lesen, welche weiteren Schritte das Lernen unterstützen können oder aber welche stabilisierenden bzw. vertrauensbildenden Maßnahmen zunächst noch wichtig sind, damit der Lernende sich auf weitere Verunsicherungen – die zum Weiterlernen notwendig sind - einlassen kann.

Wir sehen also, eine werteorientierte Bildungsarbeit ist nicht mit der klassischen Wissensvermittlung gleich zu setzen. Nicht der Inhalt steht im Vordergrund, sondern die Person mit ihren eingelebten Werten, alltäglichen Handlungsproblematiken und erlebten Irritationen. An diesen müssen wir ansetzen, damit Menschen im Rahmen

³⁰ Einige konkrete Methoden (z.B. die biographische Methode) finden sich auch in dem Reader „Weitere Methoden des Lebendigen Lernens“. (Heft 15 der Schriftenreihe: „Pädagogischen Materialien der Universität Kaiserslautern“. Veröffentlicht durch Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz). Kaiserslautern 2003 (mit Rolf Arnold).

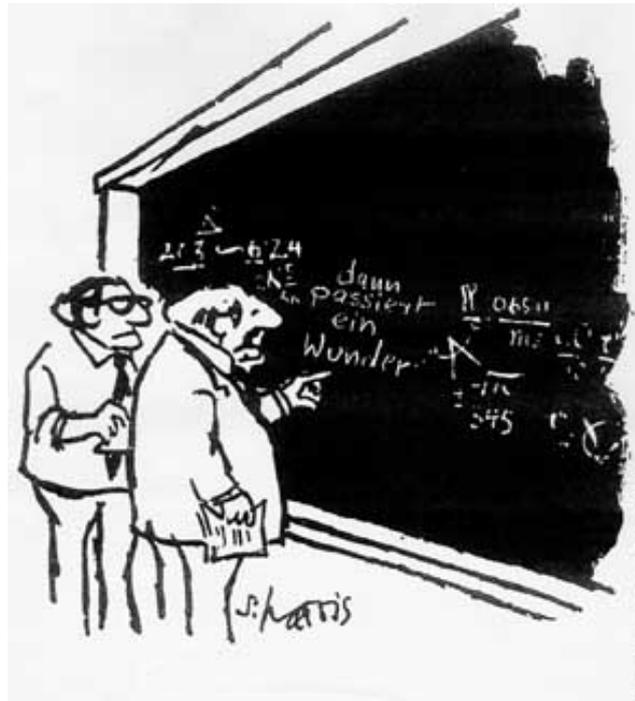
nachhaltiger Entwicklung handlungsfähig werden, kurzum: Gestaltungskompetenz entwickeln.

Literatur

- Alheit, P. (1990): Biographizität als Projekt. Der „biographische Ansatz“ in der Erwachsenenbildung (Werkstattberichte des Forschungsschwerpunktes Arbeit und Bildung, Bd.12) Bremen
- Arnold, R. (2005): Die emotionale Konstruktion der Wirklichkeit. Baltmannsweiler
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1993) (Hrsg.): Agenda 21. Bonn
URL: www.bmu.de/download/dateien/agenda21.pdf Zugriff am 31.1.2003
- Deci, E.L./ Ryan, R.M. (1993): Die Selbstbestimmung der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik. In: Zeitschrift für Pädagogik 39, 2, S. 223-238
- de Haan, G./ Harenberg, D. (1999): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Gutachten zum Programm. (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung; BLK, Heft 72). Bonn
- Ciampi, L. (1999): Die emotionalen Grundlagen des Denkens: Entwurf einer fraktalen Affektlogik. 2. durchges. Aufl. Göttingen
- Csikszentmihalyi, M. (1992): Flow – Das Geheimnis des Glücks. Stuttgart
- Erpenbeck, J./ Heyse, V. (1996): Berufliche Weiterbildung und berufliche Kompetenzentwicklung. In: Arbeitsgemeinschaft QUEM (Hrsg.): Kompetenzentwicklung '96. Berlin u.a., S.15-152
- Faulstich, P./ Ludwig, J. (2004)(Hrsg.): Expansives Lernen. Baltmannsweiler
- Holzkamp, K. (1993): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/ M.
- Ingelhart, R.: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. New York, Frankfurt 1989
- Kelly, G.A. (1986): Die Psychologie der persönlichen Konstrukte. Paderborn (amerik. Erstausgabe 1955);
- Klages, H. (1999): Zerfällt das Volk? Von der Schwierigkeit der modernen Gesellschaft mit Gemeinschaft und Demokratie. In: ders./ Gensicke, T.. Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer, S. 1-20
- Klages, H./ Gensicke, T. (1999): Bürgerschaftliches Engagement im Ost-West-Vergleich. In: Dies.: Wertewandel und Bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer, S. 53-72
- Klages, H./ Hippler, H.W./ Herbert, W. (1992) (Hrsg.): Werte und Wertewandel. New York, Frankfurt
- Kuckartz, U. (1995): Umweltwissen, Umweltbewusstsein, Umweltverhalten. Der Stand der Umweltbewusstseinsforschung. In: de Haan, G. (Hrsg.): Umweltbewusstsein und Massenmedien: Perspektiven ökologischer Kommunikation. Berlin, S. 71-85
- Rheinberg, F. (1989): Zweck und Tätigkeit. Göttingen
- Schäffter, O. (1997): Irritation als Lernanlass. Bildung zwischen Helfen, Heilen und Lehren. In: Krüger, H. H. u.a. (Hrsg.): Bildung zwischen Markt und Staat. Opladen, S. 691-708
- Schüßler, I. (2000): Deutungslernen. Baltmannsweiler

- Schüßler, I. (2004): Nachhaltiges Lernen – Einblicke in eine Längsschnittuntersuchung unter der Kategorie „Emotionalität in Lernprozessen“. In: Beiheft zum REPORT. Dokumentation der Jahrestagung 2003 der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften. 27, 1, S. 150-156
- Schüßler, I. (2007): Nachhaltigkeit in der Weiterbildung. Baltmannsweiler
- Schüßler, I./ Thurnes C.M. (2005): Lernkulturen in der Weiterbildung. Hrsg. vom DIE. Bielefeld
- Siebert, H. (1996): Didaktisches Handeln in der Erwachsenenbildung. Didaktik aus konstruktivistischer Sicht. Neuwied u.a.
- Stabenau, H.-J./ Gergs, H./ Kammerer, H. (2003): Ermöglichungsdidaktik und wertebezogene Kompetenzentwicklung - am Beispiel eines Seminarbausteins zur Teamentwicklung
In: Arnold, R./ Schüßler, I. (Hrsg.): Ermöglichungsdidaktik. Baltmannsweiler, S. 187-220
- Weitere Methoden des Lebendigen Lernens (Reader). Heft 15 der Schriftenreihe: „Pädagogische Materialien der Universität Kaiserslautern“. Veröffentlicht durch Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz. Kaiserslautern 2003 (mit Rolf Arnold).
- Wittpoth, J. (2005): Autonomie, Feld und Habitus. Anmerkungen zum Zustand der Erwachsenenbildung in der Perspektive Bourdieus. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 55 , 1, S. 26-35
- Wydler, H./ Kolip, P./ Abel, T. (2000) (Hrsg.): Salutogenese und Kohärenzgefühl. Grundlagen, Empirie und Praxis eines gesundheitswissenschaftlichen Konzepts. Weinheim

Kontakt: schuessler@sowi.uni-kl.de



„Ich denke, Sie sollten hier bei Schritt zwei etwas präziser sein“³¹

© 2007 by Sidney Harris – ScienceCartoonsPlus.com

Wertschätzende Erkundung

Ein ressourcenorientierter Blick auf l(i)ebens-werte Gemeinden

- Ansatz und Prozessdokumentation³² -

Hubert Klingenberger und Florian M. Wenzel

³¹ Wir danken Sidney Harris für die freundliche Genehmigung zum Abdruck der Karikatur in deutscher Sprache. Der Text in der Darstellung lautet im Original: THEN A MIRACLE OCCURS. Im Untertitel heißt es: „I think you should be more explicit here in step two.“

³² Beitrag für die KBE-Fachtagung L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde. Anstößiges rund um Werte, Gemeindeentwicklung und die (künftige) Rolle der Erwachsenenbildung“ am 10./11. Januar 2007 im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Bad Honnef. (hier: 11.01.2007, 09.00 Uhr – 12.15 Uhr). Dr. Hubert Klingenberger ist Fachreferent für Pädagogik an der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS), München, freiberuflicher Dozent in den Bereichen Lernen, Führung und Persönlichkeitsentwicklung und Vorsitzender von "LebensMutig - Gesellschaft für Biografiearbeit e.V.", Florian M. Wenzel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München.

A. ZUM ANSATZ DER APPRECIATIVE INQUIRY

Problemzentrierung vs. Wertschätzung

Im Folgenden wird in pointierter Form die Problemzentrierung einer wertschätzenden Perspektive gegenüber gestellt, die den Grundrahmen von Appreciative Inquiry verdeutlicht.

Problemzentrierung	Wertschätzende Orientierung
Ausgangspunkt von Veränderung	
Mangel	Funktionsfähigkeit
Defizit	Ressource
Problem	Motivation
Nachsorgend	Zukunftsorientiert
Herangehensweise	
Ursachen suchen	Motivationen kennen lernen
Lösungen finden	Visionen ausdrücken
Aktionen planen	Verwirklichen
Schwächen abschwächen	Stärken bestärken
Weltbild	
Linear-zerlegend	Systemisch-vernetzt
Richtig vs. falsch: Wahrheitsorientierung	Hilfreich vs. nicht hilfreich: Nutzenorientierung
Tatsachenorientiert	Personenorientiert
Machbarkeit	Vertrauen

Ausgangspunkt – Herangehensweise – Weltbild

Der Ausgangspunkt einer **problemzentrierten Sichtweise** ist grundsätzlich **nach-sorgend**, indem er den Fokus auf das richtet, was nicht (mehr) funktioniert, was als Mangel oder Defizit erkennbar ist. Mögliche Veränderung wird nur dort gesehen, wo konkret Probleme zu lokalisieren sind, die implizit den Weg weisen in eine Richtung, sie zu beseitigen und einen Zustand ohne Probleme herzustellen.

Problemorientierung bedeutet somit ein vorweggenommenes und implizites Wissen darüber, wie es „eigentlich“ sein sollte – zum Beispiel (im technischen Bereich:) das Auto funktioniert nicht so, wie es im Normalfall sollte, oder (im politischen Bereich:) das Gesundheitssystem ist marode und muss durch Reformen wiederhergestellt werden. Zudem werden in dieser Sichtweise „Probleme“ als objektivierte Tatsachen und zu bearbeitende Zustände vergegenständlicht.

Die **wertschätzende Orientierung** fokussiert zunächst auf das, was bereits gut funktioniert bzw. gegen Probleme immunisiert. Dies ist oft nicht so deutlich und offensichtlich erkennbar wie Defizite oder Mängel.

Deshalb werden zunächst die Ressourcen und Motivationen der Menschen in den Blick genommen, die Veränderungsprozesse tragen sollen. Der Ausgangspunkt ist **zukunftsorientiert**, indem er auf das fokussiert, welche tragfähigen Bestandteile von Gegenwart in der Zukunft weiter bestehen können. Dies ist ein kreatives Vorgehen in eine offene Zukunft, die noch keine denkbaren Lösungen impliziert.

Die Herangehensweise, die **Probleme** als Ausgangspunkt von Veränderung nimmt, analysiert deren **Ursachen**, schlägt **Lösungen** vor und plant Aktionen, um diese zu erreichen. Probleme werden als bearbeitbare Zustände zerlegt, die Handlungskonsequenzen handhabbar machen. Geplante Aktionen werden als notwendig erachtet, um dem Problem begegnen zu können. Sie werden kausal aus der Analyse der Probleme abgeleitet und sind deshalb unabhängig von individuellen Wünschen und Vorstellungen. Sie sind „notwendig“, indem sie einen angestrebten Normalzustand ohne Probleme wieder herzustellen helfen. Diese Herangehensweise will Schwächen abschwächen und minimieren.

Mit einer **wertschätzenden Orientierung** wird dagegen auf den individuellen wie vernetzten Visionen eines sozialen Systems aufgebaut. Diese werden nicht in Form einer objektiven Analyse ermittelt, sondern durch Symbole, Metaphern und Geschichten. Aus diesen werden in die Zukunft verlängerte Visionen erstellt, die eine Vorstellung davon vermitteln, wie eine umfassende und vollständige Erfüllung einzelner bestehender Motivationen im Rahmen einer Organisation oder Institution ausse-

hen würde. Damit wird ein Spannungsfeld zwischen Vergangenheit (⇒ **Motivation**) und Zukunft (⇒ **Vision**) aufgebaut, das Orientierungsmarken für tatsächliche Verwirklichung und Umsetzung bietet. Die Verwirklichung angestrebter Zukunft ist hier weniger ein technisch geplanter Prozess denn eine konkrete Kanalisierung der Ressourcen eines sozialen Systems. Damit werden bestehende Stärken ausgebaut und in eine grundsätzlich unvorhersehbare (hier: kreative) Richtung weiter getragen.

Das Weltbild, das sich auf Probleme zentriert, ist **linear-zerlegend**, indem es von der Kausalität von Ursache und Wirkung und einer Zerlegbarkeit von Einzelaspekten in z.B. Gemeinden ausgeht. Es operiert mit der Grundunterscheidung **richtig / falsch** und versteht Veränderung als etwas, das sich an Fakten und Tatsachen zu orientieren hat. Deshalb geht dieses Weltbild von einer prinzipiellen Machbarkeit aus, die plan- und umsetzbar ist, wenn die jeweiligen Lösungen auch tatsächlich von den Betroffenen umgesetzt werden. Demgegenüber geht das wertschätzende Weltbild davon aus, dass die Wirklichkeit von Gesellschaft nur **systemisch-vernetzt** zu begreifen ist. Nur indem der Interaktion und Eigendynamik von sozialen Systemen Rechnung getragen wird, können diese Veränderungen erreichen. Der Fokus richtet sich nicht auf Objektivität und das Finden richtiger Lösungen, sondern auf die Grundunterscheidung **hilfreich / nicht hilfreich**. Veränderungsprozesse in diesem Sinne sind deshalb von einer prinzipiellen Bescheidenheit und einem Vertrauen geprägt, die sich der eigenen Grenzen bewusst sind und gerade dadurch Eigenverantwortung und Selbstorganisation fordern und fördern.

Der Ansatz von „Appreciative Inquiry“

„Appreciative Inquiry“ (Cooperrider/ Whitney/ Stavros) ist eine Methode und Haltung, die versucht, von problemorientiertem Denken wegzukommen und die innovativen Ressourcen der Menschen als Grundlage jeglicher Interaktion miteinander zu sehen. Es wird versucht, mit den Ressourcen zu arbeiten, die Leben geben und den Qualitäten, die in der Vergangenheit erfolgreich waren. Die Visionen und der Wille der einzelnen werden als Ausgangsbasis für eine Weiterentwicklung einer Gruppe, Organisation oder eines Projektes genommen.

Philosophische Ursprünge findet man in *Positiver Theologie* (Matthew Fox: Betonung eines „Ursegens“ anstelle einer „Ursünde“), *Positiver Psychologie* (in dreißig Jahren psychologischer Forschung gab es 45.000 Studien zu Depression, aber nur 300 Studien über Glück und Freude), *Positiver Abweichung* (z.B. anstelle von Studien über die Gründe von krankhafter Fehlernährung Fokussierung auf Beispiele erfolgreicher und innovativer Abweichung vom Krankheitsmuster), *Positivem*

Management (anstelle von zu erfüllenden Kompetenzkatalogen Stärkung der individuellen Fähigkeiten von Mitarbeitern).

Der Ansatz von Appreciative Inquiry (AI) entstand in den 1980-er Jahren in den USA und wurde hauptsächlich von David Cooperrider und Diana Whitney entwickelt. AI ist eine Methode, die darauf zielt, in Organisationen Veränderungsprozesse anzustoßen und zu entwickeln. Wörtlich könnte man *Appreciative Inquiry* mit „wertschätzender Befragung“ übersetzen. Dabei ist *Inquiry* als „Befragung“ im Sinne eines neugierigen Erforschens zu verstehen, offen für neue Potenziale und Möglichkeiten, und *appreciative* als „wertschätzend“ im Sinne eines wertebundenen Aktes, der das Beste in den Menschen oder der Welt um uns betont.

Der Veränderungsprozess bezieht sich bei AI auf den „Organismus“, auf die menschlichen Aspekte und das soziale System der Organisation. Der Fokus wird dabei nicht auf die Verdeutlichung der Diskrepanz zwischen SOLL und IST gelegt, vielmehr werden die Potenziale der Menschen und der Organisation freigelegt und gefördert. Statt Veränderung im Glauben an Fakten und Daten zu verorten, werden hier die „weichen“ Faktoren als entscheidend für Veränderung von Wirklichkeit angesehen.

Die Methode, die aus der Organisationsentwicklung stammt, wurde sowohl in großen Unternehmen wie z.B. British Airways, als auch in Institutionen, in Städten und Gemeinden in Deutschland, Schweden und USA (z.B. Imagine Chicago) sowie in Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) und der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich eingesetzt.

Interessant ist seine Anwendung besonders im sozialen und im Non-Profit-Bereich, da es hier ja weniger um wirtschaftliche Prozesse mit bestimmten Produkten als Endergebnis geht als vielmehr um Lernprozesse und die Entwicklung von sozialen Beziehungen untereinander. Der Fokus bei Veränderungsprozessen, wie z.B. der Projektarbeit, wird hierbei speziell auf den „Organismus“ von Teams und Strukturen, auf die menschlichen Aspekte und das soziale System gelegt.

Erwachsenenbildung und Appreciative Inquiry

Dieser Ansatz fügt sich ein in die immer stärkere Konstruktivismus-Debatte in der Erwachsenenbildung in Deutschland und kann auch hier neue Impulse geben. Wenn Erwachsenenbildung nicht mehr als das Belehren von Individuen mit bestimmten Wahrheiten verstanden wird, sondern als ein systemisches Arbeiten mit je einzigartigen Gruppen, so ist dieser Ansatz hilfreich. Er nimmt die positiven Bilder und Per-

spektiven, die in den jeweiligen Teams, Gruppen, Projekten vorhanden sind, zum Ausgangspunkt für produktives Lernen und Umsetzen.

Erwachsenenbildung verändert sich auch strukturell stark. Es wird stärker auf Projektarbeit gesetzt und die generelle Öffnung von traditionellen Institutionen führt zu einer Veränderung bestehender Organisationsstrukturen. Weg vom traditionellen Jahresprogramm inszeniert sich Erwachsenenbildung zunehmend in der Kooperation mit anderen Institutionen, mit längerfristigen Projekten und eher mit Prozess- denn Inhaltsfokus. Hier bietet Appreciative Inquiry die Möglichkeit der Begleitung und Reflexion dieser Umbruchssituation und steht im Ansatz neuen innovativen Entwicklungen offen und kann diese sinnvoll verankern helfen.

Ein bisweilen zu hörender Einwand gegen eine Methodik dieser Art gilt der (vermeintlich) „positiven Manipulierung“ eines Untersuchungsobjektes. Hier wird kritisiert, es kämen nur die positiven Aspekte des Geschehens in vergrößerter Form zum Vorschein, während Negatives verdeckt und vertuscht werde. Bei AI geht es jedoch nicht darum, den Nutzen einer Problemzentrierung grundsätzlich infrage zu stellen – im technisch-naturwissenschaftlichen wie im ökonomischen Bereich ist diese Herangehensweise oft angebracht. Der Erfolg der Naturwissenschaften hat jedoch dazu geführt, dass auch im sozialen Bereich Veränderungsprozesse oft technisch-rational angegangen werden und dann z.B. an der Verweigerung oder auch Demotivation konkreter (nicht-) beteiligter Menschen scheitern.

Allein wenn es gelingt, mit dieser Methode und vor allem dieser Haltung und diesem Selbstverständnis von MultiplikatorInnen das Verhältnis von 80 % Problemfokus zu 20 % Ressourcenfokus umzuwenden, bekommen Projekte vor Ort Schwung und tragen sich selbstständig weiter.

Der klassische Ablauf einer Appreciative Inquiry

▪ **Themenauswahl (Topic Choice)**

Gegenseitige Befragung aller Beteiligten mittels eines wertschätzenden Interviews. Daraus ergibt sich die Entwicklung von relevanten Themen in Kleingruppen. Die Themen werden positiv formuliert, sind herausfordernd und reflektieren ein authentisches Interesse, Neues zu lernen.

Auswahl von 4 – 5 Themenfeldern und Erarbeitung eines Leitfragenkataloges in Kleingruppen zu jedem Thema.

▪ **Entdecken (Discovery)**

Durchführung von Interviews und Sammlung der „besten Geschichten“ (und nicht von Daten und Fakten). Es wird Raum gegeben für Zweideutiges, Paradoxes. Das, was man erfährt, wird immer positiv bewertet. Das vorhandene Potenzial der Interviewten wird registriert und der freie Redefluss wertgeschätzt.

Das Interview besteht aus einer Einleitung (einladende Formulierung des Themas, positiv formuliert auf der Basis der Annahme „Das Glas ist nicht halbleer sondern halbvoll“), Einleitungsfragen, die eine Verbindung des Interviewten zur jeweiligen Organisation herstellen („Was hat Sie anfänglich an Ihrer Gemeinde fasziniert? Was schätzen Sie heute in Ihrer Arbeit mit dieser am meisten?“), thematischen Fragen und abschließenden Fragen zu Zukunftsvisionen („Wenn Sie sich vorstellen, in fünf Jahren wieder aufzuwachen und alle Ihre Träume sind wahr, wie sieht die Gemeinde dann aus?“).

Die Fragen sind nicht-direktiv; sie beinhalten Erfahrungs- und Gefühlswörter und bestehen aus mehreren Sätzen. Sie werden quasi „geschichtet“, um dem Interviewten aus unterschiedlichen Perspektiven Anknüpfungspunkte zu geben und das Erzählen von Geschichten, Erlebnissen und Emotionen zu fördern. Dieses „layering“ (Überlagern) von verschiedenen Fragen macht die eigenen Ressourcen sichtbar und transparent.

Die Interviewpaare stellen sich in Kleingruppen von 4 – 8 Teilnehmenden die besten Geschichten vor, die sie gehört haben. So entsteht eine besondere Gesprächskultur, in der die Einzelnen nicht selber ihre Meinung einbringen müssen, sondern immer von der Perspektive des Anderen ausgehen: jeder ist „Anwalt des Anderen“. Im Verlauf zeichnen sich rote Fäden ab, die Mitwirkenden sammeln gemeinsam belebende Faktoren gesammelt und halten sie als Motivationspunkte zum Thema fest.

- **Erträumen (Dream)**

Die Geschichten als Ausgangsmaterial nutzend erarbeiten Kleingruppen für je eines der Themen Zukunftsvisionen, die in der Gegenwart formuliert sind. Leitfrage: „Wenn ich mir unsere Gemeinde in drei Jahren ansehe und die Höhepunkte der gehörten Geschichten sehe, fällt mir das Folgende ein...“ Die Präsentation dieser Themen soll kreativ sein – etwa in Form eines Wettbewerbs, einer Kampagne, einer Preisverleihung, eines Liedes o.ä.

- **Entwickeln (Design)**

Die Teilnehmenden erarbeiten auf Basis der Zukunftsvisionen umsetzbare Schritte. Die positive Fundierung in tatsächlichen Geschichten der Beteiligten führt dazu, dass es hier nicht bei einem neutralen Planungsprozess bleibt, sondern innovative Ansätze für eine Weiterentwicklung der Gemeinde aus den Interviews aufgenommen und verarbeitet werden. „Provokative Vorschläge“ fordern hier den Status quo heraus und beflügeln zum Beschreiten neuer Wege. Sie werden nicht als Forderungen formuliert sondern als quasi.

- **Erfüllen (Destiny)**

Arbeitsgruppen sorgen für die schrittweise Umsetzung der geplanten Schritte. Oftmals zieht sich die Kerngruppe, die den Prozess begleitet, komplett zurück und vertraut darauf, dass aufgrund der vorausgegangenen Schritte an den verschiedensten Stellen Umsetzungen passieren. Eine gute Dokumentation ist hier entscheidend: Oft folgt einer Hochphase eine Ebbe, und erst später finden sich wieder Anknüpfungspunkte, die dann umgesetzt und ebenfalls dokumentiert werden.

Die hier idealtypisch dargestellte Abfolge der einzelnen Schritte ist im Sinne eines Kreislaufs zu verstehen. In der Realität kann der Prozess Verästelungen in andere Beteiligtegruppen enthalten, in Zyklen ablaufen, verdichtet an einem Wochenende oder auch ausgedehnt über Jahre hinweg.

Das Verfahren lässt sich mit Gruppen ab ca. zehn Personen im Seminarsetting bis zu umfassenden Veränderungsprozessen mit mehreren Tausend Personen durchführen.

Grundprinzipien von Appreciative Inquiry

Zum besseren Verständnis und als Angebot für eine Weiterarbeit mit dieser Methode in der Erwachsenenbildung werden im Folgenden einige Grundprinzipien von Appreciative Inquiry kurz vorgestellt. Sie stellen abgesehen vom methodischen Vorgehen gleichsam den Kern des Weltverständnisses und der inneren Haltung dar, mit der Moderatorinnen und Moderatoren Appreciative Inquiry anwenden sollten.

1. Das konstruktivistische Prinzip (The Constructionist Principle)

Menschliches Wissen und Veränderung in Gruppen und Projekten hängen zusammen. Gruppen und Organisationen müssen bewusst als menschliche Konstruktionen wahrgenommen werden. Die Bilder, die wir uns von Organisationen machen, bestimmen unsere Wirklichkeit, unser Fühlen und Handeln. Nur so gesehen kann Wissen auch Veränderung bewirken (Institutionen sind die verfestigte Form von Ideen und Vorstellungen, die Menschen eines Tages hatten, z.B. Gottesgnadentum, Apartheid, Gleichberechtigung, Sozialstaat).

2. Das Prinzip der Gleichzeitigkeit (The Principle of Simultaneity)

Untersuchung, Befragung, Analyse und Planung sind nicht trennbar von tatsächlicher Veränderung, sondern geschehen gleichzeitig. Die Art der Perspektive, die Art und Weise wie Fragen gestellt werden, die Dinge, die diskutiert werden, bilden die Grundlage für den zukünftigen Umgang miteinander. Wertschätzende Befragung erlaubt keine „neutralen“ Fragen, sondern sie versucht, schon in der Art der Haltung und Offenheit für Geschichten bei den Erzählenden Veränderung zu bewirken, indem eine besondere Stimmung erzeugt wird.

3. Das poetische Prinzip (The Poetic Principle)

Gruppen und Organisationen bieten gleich offenen Büchern unendliche Interpretations- und Auslegungsmöglichkeiten. Zudem wird ihre Geschichte immer weiter geschrieben von den beteiligten Autoren. Wie ein gutes Gedicht sind hier zahlreiche Möglichkeiten der Inspiration vorhanden und es gibt nicht nur ein Thema, auf das man sich konzentrieren müsste. In der wertschätzenden Befragung wird Wert gelegt auf „literarische“ Formulierungen, bei der Themenbeschreibung wird Wert auf die

Wahl der Worte gelegt. Packende Metaphern motivieren Menschen und bilden Ankerpunkte, um die herum sich Tun ereignen kann.

4. Das vorwegnehmende Prinzip (The Anticipatory Principle)

Das zukünftige Bild, das wir von unseren Gruppen, Projekten und Organisationen haben, beeinflusst entscheidend, wie wir uns bereits in diesen Kontexten verhalten. Unser Erwartungshorizont bringt die Zukunft in die Gegenwart und jede künstlerische Gestaltung von positiven Metaphern für die Zukunft hat innovationsfördernde Wirkungen in der Gegenwart.

5. Das positive Prinzip (The positive Principle)

Die Welt ist kein Problem, das gelöst werden muss. Wir sind immer Anfänger, die etwas Neues schaffen. Die pure Freude, etwas gemeinsam zu gestalten, ist der stärkste Antrieb für dauerhafte Veränderung. In der Befragung von Gruppen und Organisationen ist die positive Art des Fragens entscheidend für die tatsächliche weitere Veränderung in ihnen.

B. PROZESSDOKUMENTATION

Der 2. Tag der KBE-Fachtagung bot den Teilnehmenden die Gelegenheit, nach einer kurzen theoretischen Einführung in Appreciative Inquiry den ersten methodischen Schritt von AI, das „Entdecken“, in verkürzter Form praktisch kennenzulernen. Mit dem Fokus der Werte- und Ressourcenorientierung wurde hier inhaltlich an die Impulsvorträge und Gespräche des Vortages angeknüpft. Auf diese Weise erhielten die Anwesenden eine passende methodische Anregung, das Thema der Tagung vor Ort in den Gemeinden weiter zu vertiefen.

Ablaufplan

- 09.00 Uhr „Fotografen-Übung“ (vgl. Anhang): Perspektiven wechseln zum Einstieg
- 09.15 Uhr Kurzvorstellung Moderatoren
- 09.20 Uhr AI als modellhaftes Vorgehen für Gemeindeentwicklung
- 09.25 Uhr Kurzvorstellung Ansatz AI und dessen Relevanz im Projekt
(Gegenüberstellung Defizitorientierung vs. Wertschätzung,
Methodische Schritte)
- 09.45 Uhr Einführung wertschätzender Austausch
- 09.50 Uhr Schritt 1: Bildung von Interviewpaaren, die sich paarweise anhand
vorgegebener Leitfragen (vgl. Arbeitsblatt unten) je 25 Minuten befragen
- 10.40 Uhr „Der interessanteste Satz meines Interviewpartners. Auf große
Karten schreiben und auf Pinnwände kleben
- 10.45 Uhr Pause
- 11.15 Uhr Schritt 2: Arbeitsgruppen à 8 TN: Austausch über die „Höhepunkte“
(Frage 2, vgl.u.). Jeweils Erstellen einer gemeinsamen Liste: „Das
Fundament, auf dem wir stehen“
- 11.45 Uhr Gemeinsame Methodenreflexion



AI-Moderatoren Dr. Klingengenberger (li.), Wenzel

AI als Motor von Gemeindeentwicklung

Appreciative Inquiry (Wertschätzende Erkundung) ist mit Blick auf Gemeindeentwicklung eine Methode und Haltung, die sich eignet, unter Einbeziehung vieler unterschiedlicher Beteiligter positive Veränderung zu schaffen.

Die Herangehensweise von AI ist...

- **partizipativ und Perspektiven orientiert**

Gemeinde bedeutet das Zusammenwirken der Beteiligten und Betroffenen unterschiedlicher Angelegenheiten. AI wählt ein Thema, das diejenigen zusammen bringt, die davon betroffen sind und Gestaltungskompetenz haben. Zudem werden die unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema ausgetauscht, so dass ein „Lernen vom Anderen“ im Mittelpunkt steht.

- **Ressourcen orientiert „auf gleicher Augenhöhe“**

Im Austausch werden die unterschiedlichen Ressourcen, Talente und Motivationen der Beteiligten in Gemeinde/n sicht- und nutzbar, ohne dass zunächst Hierarchien, Zuständigkeiten oder Entscheidungsstrukturen eine Rolle spielen. Jede/r ist eingeladen, aufgrund eigener Fähigkeiten Gemeindeentwicklung in die Hand zu nehmen.

- **Werte orientiert ohne Moralanspruch**

Die Prinzipien von AI bilden ein Wertefundament, das den Menschen ganzheitlich und als soziales Wesen in den Blick nimmt, als Wesen, das bestrebt ist „Leben gelingen“ zu lassen. Diese Wertebasis eröffnet Kreativität und einen gemeinsamen Blick in die Zukunft, ohne inhaltlich Wertentscheidungen vorzubestimmen. Gemeinde vernetzt und erarbeitet sich ihre Werte als gemeinsame „gelebte gute Praxis“.

- **systemisch und nachhaltig**

AI ist kein individueller Appell oder eine singuläre Sensibilisierung. Es versteht sich als Prozess, der von Anfang bis Ende systemisch angelegt und somit nachhaltig Entwicklung in Gemeindestrukturen und -institutionen anregt. Mit dem permanenten Blick auf Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart ist es ein schleifenartiger Prozess, der Entwicklung in Gemeinde/n immer wieder und immer neu begleiten hilft.

Wertschätzender Austausch zu zweit

Die Stärken stärken

Ein ressourcenorientierter Blick auf I(i)ebens-werte Gemeinden

Es tut sich was! Wir haben im Rahmen der KBE-Fachtagung „L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde“ neue Impulse zur Entwicklung von Gemeinde/n erhalten, haben Erfahrungen vor Ort ausgetauscht und vernetzen uns mit unseren Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten. Wir sind aktiv an der Gestaltung von I(i)ebens-werten Gemeinden beteiligt und wollen diesen Impuls nun gemeinsam vernetzen und für unsere Zukunft vor Ort konkretisieren.

1. Erzählen Sie mir bitte, wie Sie mit Gemeindearbeit in Kontakt gekommen sind. Was hat Sie motiviert, da aktiv zu werden? Was bewegt Sie heute, sich damit auseinander zu setzen?
2. Können Sie mir ein Erlebnis erzählen, das ein echter Höhepunkt in Ihrer Arbeit war? Etwas, wo Sie wussten: „So soll es sein, so ist es richtig!“ Was ist dort geschehen? Welche Rolle haben Sie gespielt?
3. Was sind Ihre eigenen Impulse, Ihr Beitrag zur aktuellen Arbeit in Gemeinden vor Ort? Was können Sie besonders gut und was würden Sie mit viel Energie anpacken, wenn Sie Zeit und Ressourcen dafür hätten?
4. Es ist nun 2010. Drei Jahre sind vergangen und Ihre Gemeinde hat sich umfassend verändert. Die Ressourcen der Beteiligten und Ihr persönlicher Einsatz haben dazu beigetragen, die Gemeinde im besten Sinne „I(i)ebens-wert“ zu machen. Was hat sich geändert? Gibt es ein Bild, das dies beschreiben würde?
5. Haben Sie 2-3 konkrete Empfehlungen, die für uns alle hilfreich sein könnten, um auf dem Weg zur Vision 2010 voran zu kommen? Was sollte als nächstes angepackt werden? Was können Sie selbst anbieten, wo braucht es Unterstützung?

„Best of ...“ – die schönsten Zitate aus den AI - Interviews

Im Anschluss an die gegenseitigen Interviews sichteten die Teilnehmenden ihre Notizen und schrieben jeweils ein markantes Zitat ihres Interviewpartners auf eine Karte auf – eine interessante Formulierung, eine spannende Metapher oder einen Satz, bei dem sie das „Leuchten in den Augen“ des Gegenübers gesehen hatten. Diese wurden auf Stellwänden in Form einer „Zitate-Galerie“ im Raum aufgehängt und begleiteten den weiteren Prozess – hier eine kleine Auswahl:



Die Großgruppe teilt sich in Interviewpaare auf, die sich jeweils paarweise gegenseitig interviewen

„Den Menschen ‚entdecken‘ heißt: ihn anschauen – ihm zuhören – ihm was zutrauen
– ihn beteiligen. Wort UND Tat = Glaubwürdigkeit“

„Begeisterte Menschen, alle sind anders, aber leben aus der gleichen Mitte“

„Jede Gabe – auch Aufgabe“

„Balance zwischen Steuern und Nichtsteuern mit Herz für sich und andere
+ pädagogisches Handwerkszeug“

„LICHTBLICK des gemeinsamen Entdeckens“

„Vernetzen, kommunizieren, motivieren – die Menschen machen lassen!“

„Angehäufter Reichtum: über 30 Jahre an Know-how und Erfahrung“

„Hätte ich diesen einen nicht kennen gelernt, hätte ich mich nie
für diese Gemeinde interessiert“

„Man muss den Menschen etwas zutrauen!“

Das Fundament, auf dem wir stehen ...

Nach den Interviews hielten insgesamt 10 Tischgruppen mit je 3-4 Interviewpaaren die wichtigsten Anknüpfungspunkte und Metaphern für ein potenzielles gemeinsames Engagement fest (vgl. Frage 2 des wertschätzenden Austauschs, s.o.). Dabei wurden erste gemeinsame rote Fäden erkennbar, die zeigen, was schon alles an positiven Erfahrungen und Motivationen im Sinne eines gemeinsamen Wertefundamentes vorhanden ist.

Hier exemplarisch die Ergebnisse aus vier Tisch-/ Vernetzungsgruppen:



Die Tisch-/ Vernetzungsgruppen erarbeiten je ein gemeinsames Wertefundament

L(i)ebenswerte Gemeinde gelingt, wenn ...

- ... wertschätzende **Kommunikation** in **Dialogforen** ermöglicht wird!
- ... gegenseitiges **Vertrauen** herrscht und **Zutrauen** entgegengebracht wird!
- ... den Menschen **Mittel & Möglichkeiten** gegeben werden,
um gemeinsame Ziele zu verwirklichen

Zutrauen in unsere eigenen Fähigkeiten und die Menschen, mit denen wir arbeiten,
ist der Ausgangspunkt für unsere Arbeit.

Aktive Teilhabe und Begegnung auf Augenhöhe schaffen Identifikation,
Zuverlässigkeit und Verantwortungsgefühl.

Der Weg ist das Ziel: Emanzipation.

Lustvoll, paritätisch, selbstorganisiert und mit Blick auf die Realitäten
und mit Beharrungsvermögen

Engagement braucht **Urvertrauen**

Wir sind auf Sinnerfahrung angewiesen,
Sinnerfahrung braucht Gemeinschaft,
Gemeinschaft braucht Engagement.
Engagement braucht Anerkennung

- Selbstanerkennung
- durch Andere
- durch Gesellschaft



1. Wir bauen Brücken zwischen ...

- Generationen
- Konfessionen
- Professionen
- Talenten
- ... ?

2. Wir lassen / schaffen Freiräume für Initiativen

3. Wir verfolgen Ziele hartnäckig / ausdauernd

Wir geben Wertschätzung – wir bekommen Wertschätzung. Das tut gut!



Mit der Zusammenstellung des gemeinsamen Wertefundamentes an den Tischgruppen wurde der exemplarische Praxiseinblick in Ansatz und Methodik von Appreciative Inquiry beendet.

Wird – anders als in der Fachtagung – der Prozess weitergeführt, besteht anschließend die Möglichkeit, in einer Art Galerie die unterschiedlichen Ergebnisse zu betrachten. Dies bietet den verschiedenen Arbeitsgruppen die Chance, sich wechselseitig inspirieren zu lassen und dann an ihrem eigenen Plakat Ergänzungen und Konkretisierungen vorzu nehmen. Im Anschluss daran setzen die Arbeitsgruppen ihren Austausch mit Fokus auf die „Visionsfrage“ fort und dazu eine kreative Umsetzung gestalten (z.B. eine Collage, einen kleinen Sketch, ein Lied, einen Zeitungsbericht, eine Preisverleihung o.ä.). Diese Umsetzungen werden allen vorgestellt und sollen die Kreativität für den Weg in die konkretere Zukunft vorbereiten.

Im Spannungsfeld von Vergangenheit (Entdecken) und Zukunft (Vision) wird dann der Raum zur Gegenwart (Entwickeln und Erfüllen) geöffnet. Hier geht es darum, möglichst konkret die nächsten Schritte zu planen und dann auch umzusetzen, um Zukunft sinn-voll zu gestalten. In diesen Schritten bestehen die ursprünglichen Arbeitsgruppen nicht mehr, sondern es werden wichtige Zukunftsthemen gesammelt, die konkret und umsetzbar sind, und von den jeweils Interessierten bearbeitet (Entwickeln). Im letzten Schritt werden diese Ergebnisse vorgestellt und entschieden, wer was mit wem umsetzen möchte (Erfüllen).

KONTAKT

Dr. Hubert Klingenberger: klingenberger@bvs.de

Florian M. Wenzel: florian.m.wenzel@cap-akademie.de

LITERATUR

Königswieser, Roswita; Keil, Marion (2000) (Hrsg.): Das Feuer großer Gruppen. Konzepte, Designs, Praxisbeispiele für Großveranstaltungen. Beratergruppe Neuwaldegg/syntz. Klett-Cotta

Dies ist ein Übersichtsband über Großgruppenmethoden, in Theorie und mit zahlreichen Praxis-beispielen. Er bettet Appreciative Inquiry in andere Methoden wie Open Space und Zukunfts-konferenz ein und gibt so auch methodische Anregungen, vor allem die Umsetzungsphasen von AI methodisch gut zu gestalten.

Zur Bensen, Matthias; Maleh, Carole (2001): Appreciative Inquiry (AI). Der Weg zu Spitzen-leistungen. Beltz Weiterbildung

Das einzige deutsche Buch zu Appreciative Inquiry. Enthält eine theoretische Übersicht, praktische Beispiele für den Einsatz und auch einige "Fahrpläne" von Appreciative Inquiry Seminaren, ist relativ knapp gehalten, basiert weitgehend auf der Übersetzung eines englischen Titels zu Appreciative Inquiry.

Cooperrider, David L. / Whitney, D., Stavros, Jacqueline M. (2003): Appreciative Inquiry Handbook. San Francisco, CA

Das gegenwärtig umfassendste Werk zu Appreciative Inquiry von den HauptentwicklerInnen dieser Methode und Sichtweise. Verdeutlicht neben anderem auch die spirituellen Wurzeln von Appreciative Inquiry und enthält sowohl theoretische Einblicke als auch praktische Beispiele und Tipps.

Wenzel, Florian (2004): Selbstevaluation wertschätzend gestalten. Methodisches Vorgehen in sechs Schritten, in: Wenzel, Florian / Uhl, Katrin / Ulrich, Susanne (Hrsg.). Evaluation Politischer Bildung. Ist Wirkung messbar? Gütersloh
Download unter http://www.cap-lmu.de/akademie/publikationen/wissenschaft/evaluation_politische_bildung.php

Der Artikel beschreibt die Anwendung von AI im Bereich von Selbstevaluation in Bildungsprojekten. Evaluation ist mit Ängsten und Legitimationsdruck behaftet und auch hier bietet AI eine gute Möglichkeit, solche Prozesse anders zu gestalten.

LINK-TIPP

<http://appreciativeinquiry.case.edu>

Auf dieser englischsprachigen Seite werden weltweit Ressourcen, Hintergründe, Newsletter und Projektbeispiele von Appreciative Inquiry gesammelt. Von dort aus finden sich Links in alle Richtungen.

C. ANHANG

Fotografen-Übung

Die Teilnehmenden finden sich zu Paaren zusammen: A spielt die Fotografin/ den Fotografen, B den Fotoapparat.

A führt B, der die Augen („Linsen“) geschlossen hält, durch den Raum/ das Haus und stellt ihn als „Fotoapparat“ vor verschiedene Motive (durchaus auch aus ungewöhnlichen Blickwinkeln). Vor dem Motiv legt A seinem/r PartnerIn die Hand auf den Kopf – für B das Signal, als Fotoapparat solange die „Linsen“ (Augen) zu öffnen, bis A ihre/ seine Hand wieder wegnimmt; daraufhin schließt B wieder die „Linsen“ (Augen). – Weiter geht's zum nächsten Motiv.

Nach 5 Minuten werden die Rollen getauscht. .

Die Fotografen-Übung lässt sich gut einsetzen, wenn Menschen dafür sensibilisiert werden sollen, wie ihre jeweilige Sichtweise ihr Denken und Handeln beeinflusst – und umgekehrt, wie abhängig diese von der jeweils eingenommenen Perspektive sind. Sie macht erfahrungsgemäß viel Spaß und kann so auch gezielt zur Auflockerung einer Arbeits-/ Lerneinheit eingesetzt werden.

Im Kontext der Fachtagung diente die Fotografen-Übung der Einführung und Bewusstmachung für die sich anschließende wertschätzende Erkundung (AI).



„Fotografin“ mit ihrem „Fotoapparat“ (gerade beim „Auslösen“)

Erwachsenenbildung als Hefe für nachhaltige Entwicklung (in) der Gemeinde³³

Im Dialog: Ralph Bergold und Reinhard Hohmann

Initiatoren und Auftraggeber des Projekts "L(i)ebens-wert! Lernort Gemeinde" teilen die Überzeugung, das *Ziel* nachhaltig entwickelter Gemeinden lasse sich mit den *Mitteln* der Erwachsenenbildung erreichen. Dabei ist nicht nur daran gedacht, den Akteuren Qualifikationen zu vermitteln. Vielmehr soll die Erwachsenenbildung über direkte pädagogische Interventionen hinaus einen entwicklungsförderlichen Projektrahmen schaffen.

Das dürfte mit der – auf den ersten Blick durchaus gewagten – Metapher von der Erwachsenenbildung als „Hefe“ nachhaltiger Gemeindeentwicklung gemeint sein. Es ist eine Wärmemetapher. Hefen, namentlich der Gattung *Saccharomyces cerevisiae*, stehen für erwünschte Gärungsprozesse, mit denen wir Bekömmlichkeit, Veredlung und – im Falle der alkoholischen Gärung – rauschhafte Beflügelung assoziieren. Die Erwachsenenbildung „als Hefe“ soll eine an sich träge Masse in Bewegung bringen.

Solche Entwicklungsschübe, angeregt durch Bildungsprozesse, sind gut verbürgt. Teilnehmende führen Weichenstellungen in ihrem beruflichen und privaten Alltag häufig auf Lernerlebnisse zurück, in denen im Hinblick auf bislang ungelöste Problemlagen „der Knoten geplatzt“ und damit Handlungsmächtigkeit wieder erworben worden ist. In allerdings unvorsichtiger Generalisierung nimmt namentlich die kirchliche Erwachsenenbildung auf der Grundlage solcher Szenen gern für sich in Anspruch, Lernhilfe als Lebenshilfe zu bieten.

Schauen wir nicht auf das einzelne Bildungsereignis, das den Lernenden tatsächlich „ein Stück weiter bringt“, sondern auf die Ebene der sogenannten „allgemeinen“ Erwachsenenbildung als kulturelle Institution. Mit ihr sind mindestens fünf Optionen darüber verbunden, wie Erwachsene lernen, wie sie miteinander Umgang pflegen und wie sich ihr Lernen von dem in schulischen und prüfungsbezogenen Kontexten abgrenzen sollte. Der Anschaulichkeit wegen verbinden wir diese fünf keineswegs erschöpfenden, aber zentralen Optionen mit **fünf „Aposteln“ der Erwachsenenbildung**. Sie stehen für eine Erwachsenenbildungskultur, die ihrerseits unter den ge-

³³ Zusammenfassung (R. Hohmann) eines Dialogs im Rahmen der Fachtagung.

PD Dr. Ralph Bergold ist Direktor des KSI und Privatdozent an der Universität Bamberg, Reinhard Hohmann Projektleiter bei der KBE.

genwärtigen bildungspolitischen Bedingungen zweckrationalen Denkens nicht ungefährdet ist.

Im Dialog ...



R. Hohmann



R. Bergold

Nikolai Frederik Severin Grundtvig: Aufklären statt Dahindämmern

Der dänische Pfarrer, Poet, Politiker und Schriftsteller Nikolai Frederik Severin Grundtvig gilt als Begründer der Erwachsenenbildung. Vor 150 Jahren hat er die erste Heimvolkshochschule in Dänemark gegründet. Seine Idee: Der Königsweg gegen den Teufelskreis von Armut, wie er sie in der bäuerlichen Bevölkerung Skandinaviens und im früh industrialisierten England kennen gelernt hatte, gegen Hoffnungslosigkeit, Alkoholismus und Apathie ist Bildung. Er nennt sie *folkeoplysning* (popular enlightenment) und meint damit mehr als Qualifizierung und Kompetenzerwerb, nämlich ein gemeinsames „Sich-auf-die-Suche-Machen“ nach Weltverstehen und Identität.

In dänischen Heimvolkshochschulen gibt es auch heute noch keine formalen Abschlüsse. Lehrer und Schüler leben unter einem Dach, zum Lernen gehört das Feiern, zur Muße die musische Bildung, zum Tagesritual eine politische Stunde und – wenn man sich in einer christlichen Heimvolkshochschule aufhält – der Gottesdienst. Die Atmosphäre ist *hyggelig* wie die dänische Lebensart insgesamt, was sich mit „gemütlich-unaufgeregt“ oder „relaxed“ übersetzen lässt.

In abgeleiteter Weise sollte das Projekt „L(i)ebenswert! Lernort Gemeinde“ als gemeinsame Suchbewegung gestaltet werden. Zielführend für solche Entwicklungsprojekte ist die ihrerseits lebenswerte Lernprozessgestaltung. Der Weg selbst ist das Ziel. Das zeigt sich für die unmittelbar Beteiligten ebenso wie für das Umfeld in der Art und Weise, wie gemeindliche Projekte initiiert, wie Fehler und Umwege zugelassen werden, wie die Akteure aufeinander hören und angewiesen sind, wie ihre Potenziale angefordert und entwickelt werden.

Johann Wolfgang von Goethe:

„Bedeutende Fördernis durch ein einziges geistreiches Wort“

Goethe hat den Terminus „Erwachsenenbildung“ nicht genutzt. Aber er hat in den 20-er Jahren des 19. Jahrhunderts einen schönen Aufsatz „Bedeutende Fördernis durch ein einziges geistreiches Wort“ geschrieben, in dem er einen lebenslangen Lernprozess als das latente Verfolgen eines geistigen Motivs beschreibt, das die Person nicht loslässt: „Mir drückten sich gewisse große Motive, Legenden, uraltgeschichtlich Überliefertes so tief in den Sinn, dass ich sie vierzig bis fünfzig Jahre lebendig und wirksam im Innern erhielt; mir schien der schönste Besitz, solche werthe Bilder oft in der Einbildungskraft erneut zu sehen, da sie sich denn zwar immer umgestalteten, doch, ohne sich zu verändern, einer reineren Form, einer entschiedeneren Darstellung entgegenreiften.“

Ein Bildungsprojekt, so lässt sich von Goethe lernen, wird nicht nur von aktuellen Lernmotiven getragen, sondern ebenso, wenn auch nicht immer ebenso offensichtlich, von latenten. Dazu gehören Vorstellungen darüber, wie Menschen miteinander leben, wie sie also Gemeinden gestalten wollen und warum ihnen die Gemeinde „am Herzen liegt“. Das Projekt sollte deshalb Reflexionsräume schaffen, in denen sie miteinander abgeglichen werden. Projektinitiativen sollten auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft werden. Tragfähig sind sie, wenn sie soziale Grundbedürfnisse realisieren.

Bertold Brecht:

„Verwenden hätt ich keins können“

Von Brecht gibt es in den „Flüchtlingsgesprächen“ eine hübsche Satire auf die Erwachsenenbildung der Weimarer Republik, die der modernen Erwachsenenbildung aber nicht ganz fremd ist:

„Ich bin auf die Volkshochschule gegangen,

Ich habe geschwankt, was ich lernen soll:

Walther von der Vogelweide oder Chemie oder die Pflanzenwelt der Steinzeit.

Praktisch gesehen wars gleich.

Verwenden hätt ich keins können.“

Die „gärende“ Lebendigkeit von Lernprozessen ist weniger einem Feuerwerk von Methoden und Arbeitsformen geschuldet als dem Bewusstsein der Lerner, für ihre nachgängige Praxis zu lernen, also anwendungsorientiert. Sie sind ganz bei der Sache, wenn sie wissen, was mit dem Gelernten anzufangen ist. „Was kann ich damit anfangen?“ ist in der projektorientierten Erwachsenenbildung anders als in der Schule eine hoch erwünschte Frage. Der „Flow“ innerer Bewegtheit beim Lernen entsteht, wenn ein Ziel förmlich greifbar wird. Man kann es dann kaum erwarten, das Erlernete auch in der Praxis zu erproben.

Erhard Meueler

„Lob des Scheiterns“

Erhard Meueler war Professor für Erwachsenenbildung in Mainz. Sein Buch „Lob des Scheiterns“ (2001) ist die Bilanz zwanzigjähriger Seminarartätigkeit an der Hochschule und in der Bildungspraxis. Da wird verarbeitet, was vielen KollegInnen Angst macht: Kurse und Seminare verlaufen anders als geplant. Die Leute lernen nicht, was sie lernen sollen und nicht so, wie es sich der Dozent wünscht und wie er es vorbereitet hat. Das kränkt. Schaut man aber genauer hin, so ist es notwendig. Denn Bildung ist Selbstbildung und Subjektentwicklung. Sie muss sich gegen „tödliche Belehrungen“ und „stellvertretende Deutungen“ wehren, die den Lernenden entmündigen.

Auch Projekte leiden gelegentlich darunter, dass ihre Zielvorgaben und Ergebnisantizipationen allzu detailliert sind und deshalb die Kreativität der Akteure unnötig fesseln. Projekte verdienen ihren Namen dann, wenn es in ihnen „anders kommt, als man vorher gedacht hat“. Sie sollten sich Umwege offen halten und Raum für Entwicklungsschritte zu lassen, die nicht vorbedacht und –geplant waren. Dies ist allerdings kein Plädoyer für planloses Handeln. Nur wer gut geplant hat, kann auch begründet abweichen.

Frank McCourt

„Man braucht die kleinen Scheißer nicht mehr sehen.“

Frank McCourt wuchs in Irland auf und wurde durch seine Autobiografie „Die Asche meiner Mutter“ weltberühmt. Was viele nicht wissen: Er hat dreißig Jahre lang an New Yorker high schools unterrichtet. Dreißig Jahre Lehrerdasein, darüber hat er jetzt „Tag und Nacht und auch im Sommer“ geschrieben. Auch von der Versuchung, lieber nicht mehr Lehrer, sondern etwas Besseres zu sein: „Je weiter man sich vom Klassenzimmer entfernt, umso mehr Geld und berufliches Ansehen heimst man ein. Man erwirbt die Lehrerlaubnis und unterrichtet zwei, drei Jahre. Dann belegt man Kurse in Verwaltung, Schulleitung und Studienberatung ... Man versteckt sich in seinem kleinen Büro und braucht die kleinen Scheißer nicht mehr sehen“.

Es galt lange als ein „Markenzeichen“ der Erwachsenenbildung, dass ihre Strukturen fluide, ihr Organisationsgrad gering, die bei ihren MitarbeiterInnen versammelte soziale Kompetenz aber in umgekehrtem Maße erheblich war. Ein hohes Niveau der Reflexion über Arbeitsformen, Methoden, Unterrichtsgestaltung, didaktische Planung und gruppendynamische Aspekte des Lernens gilt zu Recht als ihr konstitutiver Beitrag zum Bildungswesen insgesamt.

Dieses Niveau ist gefährdet. Kompliziertere Förderstrukturen, Qualitätsmanagementsysteme, Kennzahlen und Marketing lenken den Blick weg von der Lehr-/Lernebene hin zur Organisationsentwicklung. Das ist einerseits unvermeidlich, andererseits bedrohlich. Den Reiz eines Projekts wie „L(i)ebenswert. Lernort Gemeinde“ macht aus, dass – entgegen einem verbreiteten Trend - die Lernenden im Mittelpunkt stehen und die Gestaltung der Rahmenbedingungen subsidiären Charakter behält.